

7. Samstag, 2. April

des Volquhart  
klagen Hütte und  
sich auf den Aufstieg  
Berg rief. Schon  
Iversen auf den Berg  
g.

7 Stunden kämpfte  
m. Berg, dem Schme  
m. Dann fiel er. Die  
Grupp sollte sich

trausforderung

durchs Schneestrolche  
Festspalt, aus dem  
ein buntes Tasche  
wenkte. Von sieb  
überlebten die  
chten ihn sicher tot

igen Sie mol,  
nskind, wieso aus  
von der Nordseite  
solchem Wetter?

ter Berg rief etw  
s. Es war eine He  
ng für mich."

is Bewunderung  
Willi M. zu, wie  
Ihr Kind zur Welt  
ar eine Herausfor  
in.

JUSTUS ODE

alle ihre Feli  
sehr langweil  
OSCH

merly

alle ihre Feli  
sehr langweil  
OSCH

alle ihre Feli  
sehr langweil  
OSCH

alle ihre Feli  
sehr langweil  
OSCH

alle ihre Feli  
sehr langweil  
OSCH

alle ihre Feli  
sehr langweil  
OSCH

alle ihre Feli  
sehr langweil  
OSCH

alle ihre Feli  
sehr langweil  
OSCH

alle ihre Feli  
sehr langweil  
OSCH

alle ihre Feli  
sehr langweil  
OSCH

alle ihre Feli  
sehr langweil  
OSCH

alle ihre Feli  
sehr langweil  
OSCH

alle ihre Feli  
sehr langweil  
OSCH

alle ihre Feli  
sehr langweil  
OSCH

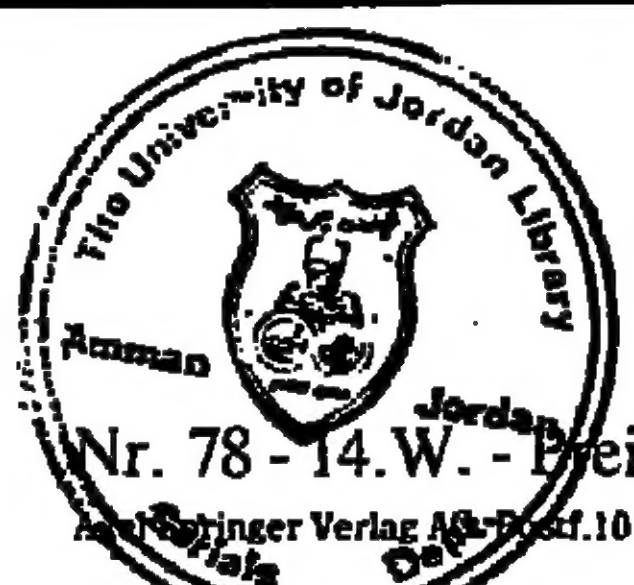
Dienstag, 5. April 1983 - D \*\*\*

Preisblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 96,00 Mr, Dänemark 8,00 Mr, Frankreich 6,50 Fr, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 50 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 85,00 Din, Luxemburg 25,00 Lit

# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND



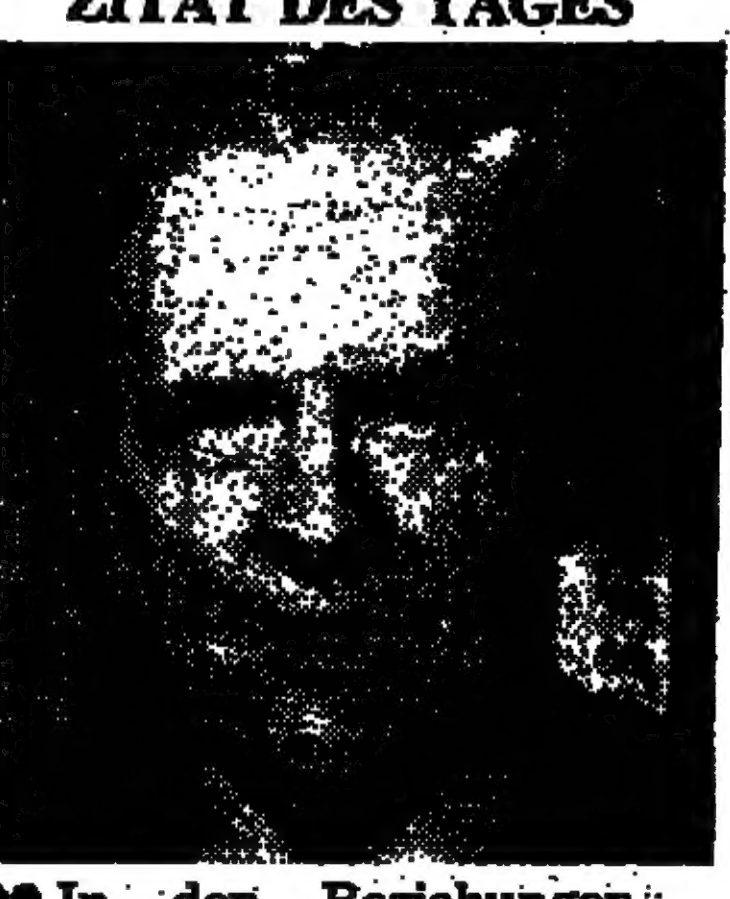
Nr. 78 - 14. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A  
Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 10 11  
Niederlande 200 fl, Norwegen 7,50 Nkr, Österreich 12 GS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,50 sfr, Spanien 110 Ptas, Kanarische Inseln 130 Ptas

## POLITIK

### Altenburg für längeren Wehrdienst

**DW, Hamburg**  
Der neue Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Altenburg, hält es für wünschenswert, wenn der Wehrdienst in der Bundesrepublik Deutschland verlängert wird. Wehrpflichtige dienen zur Zeit 15 Monate bei der Bundeswehr. In einem Interview der Bild am Sonntag forderte Altenburg außerdem mehr längerdienende Soldaten und setzte sich für mehr Wehrgerechtigkeit ein. Eine kampffähige Bundeswehr der 90er Jahre hängt nach Meinung des Generalinspekteurs nicht allein von neuen Waffen ab. „Zuerst müssen wir die Personalsituation in den Griff bekommen – das heißt sicherstellen, daß wir auch über die Soldaten verfügen, die diese Waffen bedienen können“, sagte der General. Altenburg hofft auf „das Verständnis der jungen Generation für die Notwendigkeit des militärischen Anteils an unserer Politik der Friedenssicherung“. Der Generalinspekteur meint, daß in diesem Zusammenhang auch „sichergestellt werden muß, daß Wehrdienstverweigerer einen gleichwertigen und gleich belastenden Ersatzdienst zu leisten haben – bisher war dies nicht der Fall“.

## ZITAT DES TAGES



„In den Beziehungen zwischen den USA und Deutschland überwiegt das Gemeinsame. Die kulturelle Verbundenheit, die Verwurzelung in der demokratischen Tradition, die Rolle, die die Menschenrechte in den Verfassungen spielen – das alles verbindet und stellt eine dauerhafte, verlässliche, letztlich nicht zu erschütternde Grundlage unserer Beziehungen dar.“  
Bundespräsident Karl Carstens im ZDF über 200 Jahre deutsche Einwanderer in Amerika. FOTO: DPA

## Gegen weiteren Zuzug

**DW/dpa, Berlin/Hamburg**  
Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker, hat sich dafür ausgesprochen, daß die Zahl der Türken in Berlin nicht weiter steigt. In einem Interview von RIAS Berlin zum Abschluß seines Besuchs in der Türkei sagte Weizsäcker, dies habe er bei seinen Gesprächen mit der politischen Führung des Landes deutlich gemacht. Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, hat in einem Interview der „Neuen Ostnarricker Zeitung“ gefordert, den weiteren Zuzug von Ausländern „abzubremsen“.

## Warschau zahlt

**VWD/dpa, Essen**  
Polen will die 9000 Mark Kautions zurückzahlen, die die Fahrer eines Hilfskonvois des Caritasverbandes im Bistum Essen zwischen Polen und der DDR hatten hinterlegen müssen. Das berichtete die Pressestelle des Ruhrbistums in Essen. Bei der Heimfahrt des Hilfskonvois der Spendengüter im Wert von 250 000 Mark nach Polen befürchtete, daß das Fehlen eines Stempels in der Devisenklärung beanstandet worden. Erst nach Zahlung der Kautions konnte die Fahrt fortgesetzt werden.

## WETTER

### Regen und Schnee

**DW, Essen**  
Meist stark bewölkt und zeitweise Regen oder Schnee. Temperaturen im Flachland 4 bis 7, im Bergland um 0 Grad.

## WIRTSCHAFT

### Ifo erwartet Ansteigen der Produktion

**AP, München**  
Deutsche Ansätze einer konjunkturellen Erholung sind nach Darstellung des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung seit Herbst 1982 für das verarbeitende Gewerbe zu erkennen. Selbst wenn man den Nachfrageschub im Investitionsgüterbereich außer acht lasse, gelte diese Beobachtung, erklärte das Institut gestern in München. Die Pläne der Industrieunternehmen deuteten für die nächste Zeit auf einen Wiederanstieg der Fertigung hin. Nachdem die Produktion im vergangenen Jahr vor allem durch den Rückgang der Auslandsbestellungen um drei Prozent gegenüber 1981 geschrumpft war, sieht das Ifo-Institut nun auch im Exportbereich eine Tendenz zur Stabilisierung. Insgesamt sei für das laufende Jahr zu erwarten, daß die Industrieproduktion – von einem recht niedrigen Stand aus – spürbar anzieht. Dennoch dürfte sie die Ifo-Konjunkturanalyse zufolge noch um etwa 1,5 Prozent unter das Vorjahres bleiben. Die Nachfragesituation im Auslandsgeschäft für das laufende Jahr bewertet das Ifo-Institut dagegen weniger positiv.

## Verstärkte Aktivitäten

**VWD, Tokio**  
Die japanischen Unternehmen werden ihre Aktivitäten in den nächsten Jahren auf den Gebieten der Industrietechnik, der Biotechnologie, der Computer und der Meereserschließung verstärken. Dies geht aus einer Umfrage der Wirtschaftsplanungsagentur EPA hervor. Zur Diversifizierung ihres Geschäfts seien bereits viele Gesellschaften in diesen Sparten tätig.

## Höhere Arbeitskosten

**dpa/VWD, Wiesbaden**  
Die Arbeitskosten der chemischen Industrie in der Bundesrepublik Deutschland sind 1982 – je Arbeiter und effektiv geleisteter Arbeitsstunde – um 4,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 28,51 Mark gestiegen. Hiervon entfielen nach Berechnungen des Bundesarbeitsgebersverbandes Chemie 15,85 Mark auf den Direktlohn und 12,66 Mark auf Personalsatzkosten. Umgerechnet auf das ganze Jahr beliefen sich die gesamten Arbeitskosten je Arbeiter auf 47 444 Mark, 6,2 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Krankenstand in den Chemieunternehmen ist 1982 weiter zurückgegangen.

## US-Schutzzölle

**dpa/UPI, Washington/Tokio**  
Der amerikanische Präsident Reagan hat eine drastische Erhöhung der Zölle für schwere Motorräder angeordnet, um den angeschlagenen US-Hersteller Harley-Davidson vor der japanischen Konkurrenz zu schützen. Die Schutzzölle für Motorräder mit einem Hubraum von 700 Kubikzentimetern und mehr werden von derzeit 4,4 Prozent auf bis zu 45 Prozent des Importpreises angehoben. Die japanische Motorradindustrie sprach in ersten Stellungnahmen von einem „schweren Schlag“.

## AUS ALLER WELT

### Miss-Welt Handel

**dpa/VWD, London**  
Die Proportionen der „schönsten Frau der Welt“ werden künftig an der Londoner Börse gehandelt. Am 14. April wird der Chef des „Miss World“-Turniers, Eric Morley, sein „Miss World Group“-Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umwandeln und an der Börse einführen. Dann kann jeder am „Miss-Erfolg“ teilhaben.

## SPORT

### Sieg für Opel-Ascona

**DW, Bonn**  
Der 30 Jahre alte Michel Frutschi aus Genf verunglückte beim Großen Motorrad-Preis von Frankreich in Le Mans tödlich. Zuvor hatte es bereits beim Training den Todessturz des Japaners Iwao Ishikawa gegeben. – Sieger der Safari-Rallye in Kenia, dem vierten Lauf zur Weltmeisterschaft, wurde der finnische Ex-Weltmeister Ari Vatanen auf einem Opel Ascona.

Seite 12, 13 und 14

## Schmidt: Moskau hätte niemals so viele SS 20 aufstellen dürfen

Neue Argumentationslinie der SPD? / Enttäuschung über Gromyko

**DW, Bonn**  
Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt sieht genügend „Zeit für Flexibilität“ auf beiden Seiten bei den Genfer Verhandlungen über den Abbau von Mittelstreckenraketen. In einem Interview der amerikanischen Fernsehgesellschaft ABC kritisierte er, daß es der Sowjetunion, deren Ziele expansionistisch seien, niemals hätte erlaubt werden dürfen, so viele Raketen vom Typ SS 20 aufzustellen. Seit dem NATO-Doppelbeschuß vom Dezember 1979 seien bereits dreieinviertel Jahre vergangen, ohne daß sich bei den Genfer INF-Verhandlungen etwas bewegt habe, sagte Schmidt. Weitere Aufrüstung mit SS-20-Raketen hätte aber schon durch eine Einbeziehung der Mittelstreckenraketen in die Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Rüstung (SALT II) verhindert werden können. Doch gegen seinen Rat habe der damalige US-Präsident Jimmy Carter dies nicht getan. Damit scheint Schmidt eine neue Argumentationslinie der SPD übernommen zu haben, die beim entscheidenden Parteilag die Debatte über die Nachrüstung bestimmen wird. Denn auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke warf den USA gestern vor, nicht die im NATO-Beschluß vorgeschriebenen Verhandlungen wirklich betrieben zu haben. Die Sowjetunion hat indes ihre Ablehnung der US-Vorschläge für eine Zwischenlösung bei den Genfer Verhandlungen bekräftigt. Die amtliche Nachrichtenagentur Tass meldete gestern: „Gewisse Kreise in den Vereinigten Staaten bauen mit ihren Spekulationen auf Sand, die Sowjetunion könnte ihre klare und eindeutige Haltung in bezug auf Reagans Vorschläge ändern.“ Bereits die eindeutige Ablehnung durch den sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko am Sonnabend hatte im Westen Enttäuschung hervorgerufen. Das amerikanische Außenministerium sprach von einer „wenig konstruktiven“ Erklärung Gromykos. Die Sowjetunion „schuldet der Welt eine positivere Antwort“. Aber wegen des „relativ gemäßigten“ Tons aus Moskau äußerte das State Department zugleich die Hoffnung, daß die Sowjets sich bei der Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen nachgiebiger zeigen würden.

## SEITE 2

### Gromykos neues Njet

tionen auf Sand, die Sowjetunion könnte ihre klare und eindeutige Haltung in bezug auf Reagans Vorschläge ändern.“ Bereits die eindeutige Ablehnung durch den sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko am Sonnabend hatte im Westen Enttäuschung hervorgerufen. Das amerikanische Außenministerium sprach von einer „wenig konstruktiven“ Erklärung Gromykos. Die Sowjetunion „schuldet der Welt eine positivere Antwort“. Aber wegen des „relativ gemäßigten“ Tons aus Moskau äußerte das State Department zugleich die Hoffnung, daß die Sowjets sich bei der Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen nachgiebiger zeigen würden.

## Man könnte „nicht genug für den Frieden tun“

Damit haben sich viele der Ostermarschierer in diesen Tagen darüber hinweggeholfen versucht, daß sie mit Kommunisten oder eindeutig kommunistisch gesteuerten Gruppen gemeinsame Sache gegen das westliche Bündnis gemacht haben. Zweifelloso gab es unter den Zehntausenden, die seit Karfreitag für den Frieden auf die Straße gegangen sind, viele Idealisten, die sich gar nicht bewußt gewesen sind, daß sie einer seit Monaten von der DKP und ihren in- und ausländischen Helfern vorbereiteten Kampagne dienlich waren. Diese Unwissenheit aber kann jenen führenden Sozialdemokraten schwerlich zugebilligt werden, die wie Bundesgeschäftsführer Peter Grotz, ihre Partei zur Teilnahme an den Ostermärschen aufgefordert haben. Wie immer Grotz seine Aufforderung auch eingeschränkt hat – ihm mußte bekannt sein, daß es der DKP in der Vorbereitung gelungen war, ihre Position des „Minimalkonsenses“ durchzusetzen. Im Klartext hieß das, daß in den Ostermarsch-Aufrufen nur Forderungen enthalten sein durften, die von Kommunisten mitgetragen werden konnten, den sowjetischen Interessen also nicht weh taten. Gleiches gilt für den saarländischen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine, der die Geschäftsgrundlage der NATO entfallen sieht und unser Volk gar als „Geisel“ für Abenteurer der ihm verhassten USA in anderen Teilen der Welt betrachtet. Und wenn Parteisprecher Clement jetzt die kommunistische Unterwanderung der Friedensbewegung in Abrede stellt, so tut er dies eigentlich wider besseres Wissen. Auch zu seiner Pflichtlektüre gehört die Wochenschrift „Das Parlament“, die in ihrer jüngsten Ausgabe auf einer ganzen Seite die Untersuchung des Bundesinnenministeriums über den linksextremistischen Einfluß auf die Ostermärsche dokumentiert hat. Die SPD verabschiedet sich auf solche Weise von dem außen- und sicherheitspolitischen Konsens mit Christ- und Frei Demokraten. Sie verläßt den Kurs, auf dem die Bundeskanzler Helmut Schmidt – wenn auch mit Mühe – gehalten hat. Gewiß bestimmen die Lafontaines nicht die ganze SPD. Aber wenn die führenden Männer der Partei – ob Hans-Jochen Vogel oder Willy Brandt – den Tanker SPD weiter steuerlos treiben lassen, kann es dazu durchaus kommen.

## DER KOMMENTAR

### SPD wohin?

GÜNTHER BADING

Man könnte „nicht genug für den Frieden tun“. Damit haben sich viele der Ostermarschierer in diesen Tagen darüber hinweggeholfen versucht, daß sie mit Kommunisten oder eindeutig kommunistisch gesteuerten Gruppen gemeinsame Sache gegen das westliche Bündnis gemacht haben. Zweifelloso gab es unter den Zehntausenden, die seit Karfreitag für den Frieden auf die Straße gegangen sind, viele Idealisten, die sich gar nicht bewußt gewesen sind, daß sie einer seit Monaten von der DKP und ihren in- und ausländischen Helfern vorbereiteten Kampagne dienlich waren. Diese Unwissenheit aber kann jenen führenden Sozialdemokraten schwerlich zugebilligt werden, die wie Bundesgeschäftsführer Peter Grotz, ihre Partei zur Teilnahme an den Ostermärschen aufgefordert haben. Wie immer Grotz seine Aufforderung auch eingeschränkt hat – ihm mußte bekannt sein, daß es der DKP in der Vorbereitung gelungen war, ihre Position des „Minimalkonsenses“ durchzusetzen. Im Klartext hieß das, daß in den Ostermarsch-Aufrufen nur Forderungen enthalten sein durften, die von Kommunisten mitgetragen werden konnten, den sowjetischen Interessen also nicht weh taten. Gleiches gilt für den saarländischen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine, der die Geschäftsgrundlage der NATO entfallen sieht und unser Volk gar als „Geisel“ für Abenteurer der ihm verhassten USA in anderen Teilen der Welt betrachtet. Und wenn Parteisprecher Clement jetzt die kommunistische Unterwanderung der Friedensbewegung in Abrede stellt, so tut er dies eigentlich wider besseres Wissen. Auch zu seiner Pflichtlektüre gehört die Wochenschrift „Das Parlament“, die in ihrer jüngsten Ausgabe auf einer ganzen Seite die Untersuchung des Bundesinnenministeriums über den linksextremistischen Einfluß auf die Ostermärsche dokumentiert hat. Die SPD verabschiedet sich auf solche Weise von dem außen- und sicherheitspolitischen Konsens mit Christ- und Frei Demokraten. Sie verläßt den Kurs, auf dem die Bundeskanzler Helmut Schmidt – wenn auch mit Mühe – gehalten hat. Gewiß bestimmen die Lafontaines nicht die ganze SPD. Aber wenn die führenden Männer der Partei – ob Hans-Jochen Vogel oder Willy Brandt – den Tanker SPD weiter steuerlos treiben lassen, kann es dazu durchaus kommen.

## Arafat erteilt Hussein eine Abfuhr

Kein Mandat für Verhandlungen über Palästinenser / Mubarak mahnt zur Eile

**PETER M. RANKE, Jerusalem**  
Die Verhandlungen des jordanischen Königs Hussein mit PLO-Chef Arafat in Amman sind ohne Ergebnis geblieben: Hussein äußerte kein klares Ja zum Nahost-Plan des amerikanischen Präsidenten Reagan, und Arafat erteilte dem Monarchen nicht die Vollmacht, im Namen der Palästinenser zu verhandeln. Dennoch sind beide Seiten bemüht, einen Bruch zu vermeiden und das Resultat der drei Verhandlungsrunden positiv zu umschreiben. König Hussein äußerte sich enttäuscht, aber nicht über das jordanische Mandat, sondern über die Einstellung Arafats und seiner Delegation, die im Reagan-Plan nichts Positives sehen und weiter am Fes-Plan der Arabischen Liga als Minimum festhalten. Im Gegensatz zum Reagan-Plan, der ein autonomes Gebiet für die Palästinenser in den besetzten Gebieten in Verbindung mit Jordanien empfiehlt, fordert der Fes-Plan einen unabhängigen PLO-Staat mit Jerusalem als Hauptstadt. Arafat wollte gestern das Exekutiv-Komitee der PLO unterrichten. Beobachter erwarteten, daß anschließend eine außerordentliche Sitzung der arabischen Staaten nach Marokko einberufen wird. Die PLO gab auch nicht ihren Standpunkt auf, daß sie in einer jordanisch-palästinensischen Delegation mit eigenen Sprechern vertreten sein müsse. Arafat ließ durchblicken, daß König Hussein keinerlei Verhandlungsspielraum ohne dauernde „Überwachung“ durch die PLO erhalten werde. Eine klare Befürwortung des Reagan-Plans durch Hussein war ohnehin nicht mehr erwartet worden, jedoch hofften politische Beobachter noch auf einen Kompromiß zwischen dem Plan Reagans und jenem der Araber. Darauf dürften sich aber weder die USA noch Israel einlassen. Hussein stellt nach wie vor Bedingungen und wird darin von Arafat unterstützt: vor einem Eingehen auf Washingtons Vorschläge, Räumung Libanons durch die Israelis, tatsächlicher Stopp der Besiedlung in den besetzten Gebieten und nicht nur entsprechende amerikanische Bemühungen sowie die Zustimmung aller Araber-Staaten zu seinen Verhandlungen mit

## Washington. Diese aber hat er

nicht einmal von Saudi-Arabien erhalten.

Wie schon König Hussein seit dem Krieg von 1967 die Räumung aller besetzten Gebiete als Vorbedingung verlangt hatte, erklärte Kronprinz Hassan in einem Interview: „Ohne einen Rückzug der Israelis aus Libanon und den anderen besetzten Gebieten sind alle Verhandlungen mit Israel politisch, wirtschaftlicher und sozialer Selbstmord.“ Wie und wann König Hussein jetzt Washington unterrichten wird, daß er sich Reagans Vorschläge nicht anschließen kann oder nur dann, wenn die USA für einen unabhängigen PLO-Staat vor einer Föderation mit Jordanien eintreten, bleibt abzuwarten. Der König kann seine „Entscheidung“ weiter aufschieben, aber Washington muß sich früher oder später damit abfinden, daß der Reagan-Plan in der am 1. September veröffentlichten Form keine Chance mehr hat. Vor allem die von den Amerikanern ursprünglich nicht beabsichtigte Stationierung von Pershing-2-Raketen in der Bundesrepublik zu stimmen, „bietet unsere Bevölkerung als Geisel für jedes amerikanische Abenteuer in der Dritten Welt an“, rief Lafontaine vor den Teilnehmern des „Ostermarsch Ruhr“ aus. Kanzleramtsminister Philipp Jenninger (CDU) sagte dazu, es müsse davon ausgegangen werden, daß der saarländische SPD-Vorsitzende für starke Kräfte in seiner Partei spreche. Wenn die SPD ihre Mitglieder zur Beteiligung an Ostermärschen auffordere, „kann ich das nur als Aufkündigung der gemeinsamen Sicherheits-, Verteidigungs- und Außenpolitik durch die SPD verstehen“.

## Wie und wann König Hussein

Washington unterrichten wird, daß er sich Reagans Vorschläge nicht anschließen kann oder nur dann, wenn die USA für einen unabhängigen PLO-Staat vor einer Föderation mit Jordanien eintreten, bleibt abzuwarten. Der König kann seine „Entscheidung“ weiter aufschieben, aber Washington muß sich früher oder später damit abfinden, daß der Reagan-Plan in der am 1. September veröffentlichten Form keine Chance mehr hat. Vor allem die von den Amerikanern ursprünglich nicht beabsichtigte Stationierung von Pershing-2-Raketen in der Bundesrepublik zu stimmen, „bietet unsere Bevölkerung als Geisel für jedes amerikanische Abenteuer in der Dritten Welt an“, rief Lafontaine vor den Teilnehmern des „Ostermarsch Ruhr“ aus. Kanzleramtsminister Philipp Jenninger (CDU) sagte dazu, es müsse davon ausgegangen werden, daß der saarländische SPD-Vorsitzende für starke Kräfte in seiner Partei spreche. Wenn die SPD ihre Mitglieder zur Beteiligung an Ostermärschen auffordere, „kann ich das nur als Aufkündigung der gemeinsamen Sicherheits-, Verteidigungs- und Außenpolitik durch die SPD verstehen“.

## Ostermärsche sorgen für Parteienstreit in Bonn

CSU: Kurswechsel der SPD in der Sicherheitspolitik

**DW, Bonn**  
Einen heftigen Parteienstreit haben die Ostermärsche in der Bundesrepublik und besonders die Teilnahme prominenter SPD-Politiker ausgelöst. Auf Kritik stieß vor allem eine Rede des SPD-Bundesvorsitzenden Oskar Lafontaine, der in Duisburg den USA vorgeworfen hatte, sie betrieben eine „unverantwortliche Hochrüstungspolitik“ und hätten der NATO die Geschäftsgrundlage entzogen. Wer angesichts des Strebens der USA nach einer „eindeutigen militärstrategischen Überlegenheit“ der Stationierung von Pershing-2-Raketen in der Bundesrepublik zustimme, „bietet unsere Bevölkerung als Geisel für jedes amerikanische Abenteuer in der Dritten Welt an“, rief Lafontaine vor den Teilnehmern des „Ostermarsch Ruhr“ aus. Kanzleramtsminister Philipp Jenninger (CDU) sagte dazu, es müsse davon ausgegangen werden, daß der saarländische SPD-Vorsitzende für starke Kräfte in seiner Partei spreche. Wenn die SPD ihre Mitglieder zur Beteiligung an Ostermärschen auffordere, „kann ich das nur als Aufkündigung der gemeinsamen Sicherheits-, Verteidigungs- und Außenpolitik durch die SPD verstehen“.

CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu erklärte, die „offizielle Teilnahme von Sozialdemokraten“ an Ostermärschen signalisiere „einen endgültigen Kurswechsel in der Sicherheitspolitik“ der ehemaligen Regierungspartei. Die Ostermärsche seien „eher an den außenpolitischen Interessen Moskaus orientiert als an denen des Westens“.

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Mertes (CDU), erklärte: „Würden die Ziele der Ostermarschierer sich gegen den Willen der Mehrheiten in den westlichen Demokratien durchsetzen, so würde die Chance der Abrüstung abnehmen und die Gefahr des Krieges wachsen. Ähnlich äußerte sich Verteidigungsminister Werner Kreysing. „Wer jetzt für einseitige Abrüstung demonstriert, macht beiderseitige Abrüstung unmöglich.“

SPD-Sprecher Clement nannte einen Ausdruck der politischen Hilflosigkeit, wenn CDU und CSU versuchten, die Friedensbewegung als kommunistisch unterwandert hinzustellen. Die Ostermärsche, an denen nach Angaben der Veranstalter etwa 500 000 Menschen, nach Schätzungen der Polizei jedoch wesentlich weniger teilnehmen, würden gestört durch die Großkundgebungen in Dortmund, Berlin, Hannover, Köln, Frankfurt und München. Die meisten Demonstrationen nahmen einen friedlichen Verlauf. Nach Auskunft der Veranstalter waren von Demonstranten bis zu drei Tage lang die Zufahrten von 15 militärischen Einrichtungen in der Bundesrepublik, in denen US-Atomwaffen lagern sollen, blockiert worden. Kleine Zwischenfälle gab es lediglich in Neuwied, in Fürth bei Bad Kreuznach und in West-Berlin.

Auch in Großbritannien, Italien, der Schweiz, den Niederlanden und in den USA fanden Demonstrationen und Aktionen der Ostermarsch-Bewegung statt. Die „DDR“-Medien räumten den Ostermärschen im Westen breiten Raum ein. Staatlich organisierte oder gebilligte Friedensmärsche im eigenen Staat gab es jedoch nicht.

Seite 2: Betretenes Osterfestival

## Angriffe gegen Polens Führung in Osterpredigt

**DW/rtt/APP, Warszawa**  
Der Danziger Pfarrer Henryk Jankowski hat am Ostersonntag die polnischen Behörden scharf angegriffen und ihnen Scheinheiligkeit vorgeworfen. In der Gemeinde Jankowskis liegt die Lenin-Werk-Wahl seiner Osterpredigt fragte Jankowski, ein enger Freund des Vorsitzenden des verbotenen Gewerkschaftsbundes „Solidarnosc“, Waleś, warum diejenigen, die für freie Meinungsäußerung eintreten, staatsfeindliche Rebellen genannt würden, während andere Helden des Kampfes für die Freiheit der Heimat bezeichnet würden. Im Gegensatz zu Jankowski äußerte sich der Primas von Polen, Kardinal Józef Glemp, in seiner Osterpredigt, in seiner katholischen Kathedrale zurückhaltend. Dagegen wurde mit der Dekoration des Ostergrabs in der Warschauer Stanislaus-Kirche deutlich auf die Lage seit dem 13. Dezember 1981 hingewiesen. Neben Stachelndraht, Gummiknüppeln und Tränengas waren neun Kohlestücke, als Symbol für den Tod von neun Bergleuten durch Ordnungskräfte im Dezember 1981 in der Zeche Wujek, zu sehen.

## US-Forscher: Ein Virus löst Blutkrebs aus

**DW/JAFP, Durham**  
US-Wissenschaftler haben zum ersten Mal ein Virus als Auslöser für Krebs beim Menschen nachgewiesen. An der Universität von Duke in North Carolina ist, wie gestern bekannt wurde, der Nachweis gelang, daß ein seltener Blutkrebs beim Menschen, die sogenannte „T-Zellen-Leukämie“, durch ein Virus verursacht wird. Bis hier galt es nur als sicher, daß bei Tieren verschiedene Krebsformen auf Viren zurückgehen. Der Nachweis, der jetzt an der Universität von Duke erbracht wurde, bestätigt die Arbeiten des bekannten US-Wissenschaftlers Robert Gallo vom Nationalen Krebsinstitut in Washington. Der 1982 erklärte hatte, seine Untersuchungen hätten einen „Zusammenhang“ zwischen Viren und Krebs („T-Zellen-Leukämie“) ergeben. Forscher der Duke-Universität wollen nun versuchen, einen Impfstoff gegen den Krebsreger zu gewinnen. Der Immunologe Barton Haynes sagte ergänzend, in den USA sei nur ein Zehntel aller Leukämiefälle „T-Zellen-Leukämie“, nur ein Prozent dieser Fälle gehe auf das jetzt entdeckte Virus zurück.

## SPD und Grüne sprechen von Zusammenarbeit

**dpa, Hamburg**  
Die SPD und die Grünen halten in Bonn eine Zusammenarbeit in bestimmten Fragen für möglich. Dies wurde am Wochenende von führenden Politikern beider Parteien deutlich gemacht. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel betonte, daß die SPD im Bundestag von Fall zu Fall mit den Grünen zusammenarbeiten werde. Was die SPD für richtig halte, werde nicht deshalb falsch, weil die Grünen der gleichen Auffassung seien. Gleichzeit wies er darauf hin, daß es ein großer Fehler wäre, sich durch die Auseinandersetzungen mit den Grünen von der eigenen Opposition gegenüber der Bundesregierung ablenken zu lassen. Otto Schily, einer der drei Fraktionsvorsitzenden der Grünen, verwies am Sonntag in einem Interview mit der Deutschen Welle auf die Mietenproblematik: Bereits im Vorfeld der Bundestagswahl hätten sich hier bei der SPD „positive Ansätze“ gezeigt. Schily hob jedoch die erheblichen Unterschiede im Bereich der Friedenspolitik, des Umweltschutzes und der Energiepolitik hervor.

## Frankreich kann Strom der „Illegalen“ nicht stoppen

Einschleusen von Ausländern bleibt ein großes Geschäft

**AFF, Perpignan**  
Trotz scharfer Kontrollen der französischen Behörden hat der Strom der Illegalen über die Pyrenäengrenze kommenden Gastarbeitern nicht abgenommen. Über 250 heimliche Immigranten und zehn „Schlepper“ wurden im Februar und März in den Gebirgsregionen abgefangen, knapp 1600 sind es Jahr für Jahr. Die Rezesion in Spanien und die Kampagne gegen Schwarzarbeit sind die Hauptursachen für die Ausreise der Gastarbeiter gen Norden. Nach Frankreich wollen heute vor allem Männer und Frauen, die bislang als Billig-Arbeitskräfte in der Agrarregion Maresme zwischen der Costa Brava und der Costa del Sol gelebt haben. Die Großgrundbesitzer, die schätzungsweise sechs- bis siebenhundert Senegalesen, Marokkaner, Algerier, Pakistanner, Angolaner und Zairer beschäftigen, geben den Ausländern aus Angst vor den Gewerkschaften keine Schwarzarbeit mehr. 17 Prozent von ihnen sind jetzt arbeitslos. Die französische Grenzpolizei hat Ende Februar geglaubt, das Problem der illegalen Einwande-

## Thailand schlägt Vietnamesen zurück

Feuergefechte an der Grenze zu Kambodscha / Hanoi treibt seine Offensive voran

**rtt/dpa, Bangkok**  
Die Offensive vietnamesischer Soldaten gegen Rebellen in Kambodscha greift immer wieder auf thailändisches Territorium über. Gestern griffen die Vietnamesen erneut mit Artillerie und Panzern an, teilte das Militär in Bangkok mit. Thailändische Streitkräfte hätten entlang einer zehn Kilometer langen Front das Feuer erwidert. Schon am Sonntag waren vietnamesische Soldaten bei der Verfolgung der Rebellen bis zu zwei Kilometer auf thailändisches Gebiet vorgedrungen. Dabei waren bei Nahkämpfen mindestens fünf thailändische Soldaten getötet worden. Den thailändischen Streitkräften gelang es nach offiziellen Angaben, die Angreifer über die an vielen Stellen unübersichtliche und schlecht markierte Grenze zurückzuschlagen. Beide Seiten hätten Artillerie eingesetzt.

## Die Vietnamesen dehnten über

Ostern ihre Offensive gegen die drei kambodschanischen Widerstandsbewegungen, die sich an der Grenze zu Thailand festgesetzt haben, auf einen rund 150 Kilometer breiten Frontabschnitt aus. Hauptleidtragende der seit sechs Tagen andauernden Kämpfe sind wieder die zwischen die Feuerlinien geratenen kambodschanischen Flüchtlinge. Nach Zerstörung ihrer armseligen Unterkünfte flohen sie in panischer Angst über die nahe Grenze nach Thailand. Nach Berichten aus Bangkok gab es unter ihnen bisher etwa 200 Tote und Hunderte von Verletzten. Etwa 30 000 Kambodschaner sollen sich mittlerweile in Thailand aufhalten. Weitere 10 000 seien von den Vietnamesen abgefangen und ins kambodschanische Hinterland zurückgetrieben worden. Die Vietnamesen hatten unter massivem Artillerieeinsatz mit

## Unterstützung schwerer Panzer

nächst den Stützpunkt Phnom Chat der Roten Khmer überrannt und niedergebrannt. Zu Ostern konzentrierten sie ihre Angriffe auf das Hauptquartier der Guerrilla-Truppen des Prinzen Sihanouk, Sihanoukville. Unmittelbar bedroht sind auch die Widerstandszentren der von Son Sann geführten „Nationalen Befreiungsfront des Khmer Volkes“. Die drei Gruppen haben unter Führung von Prinz Sihanouk eine Gegenregierung zu dem von den Vietnamesen eingesetzten Regime Heng Samrin gebildet. Ihre Aktivitäten sind jedoch schlecht koordiniert, was der vietnamesischen Offensive Vorschub leistet. Vietnam hat China, die USA und Thailand für das neue Blutvergießen verantwortlich gemacht, da sie die Rebellen unterstützen.

## Heute in der WELT

Meinungen: Tarifverhandlungen – Metall nach Maß	S. 2
Tirana: Albanien gewährt einen Blick durchs Schlüsselloch	S. 3
Paris hat das Milliardengeschäft mit dem Atom stillgelegt	S. 4
Forum: Personalien und die Meinung von WELT-Lesern	S. 5
Sowjetische Spione, die in aller Welt enttarn wurden	S. 6
Budapest über Behandlung von Landsknechten in Rumänien verbittert	S. 7
England: Frau Thatcher billigt Harsarentück der Navy	S. 7
Wirtschaft: Mexiko – Hohe Schulden steilen das Hauptproblem	S. 10
Kultur: Feind des philharmonischen Rückhack – Karajan wird 75	S. 15
Aus aller Welt: RR – ein rollender Aprilscherz, alles glaubhaft	S. 16



# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Die Gas-Legende

Von Peter M. Ranke

In Hebron und Nablus, also in arabischen Städten des von Israel besetzten Gebietes, haben israelische Patrouillen Provokateure festgenommen, die überall erzählen, das Trinkwasser sei vergiftet. Auch meldeten sich wieder an die vierhundert Schulmädchen in Dscheenin und Umgebung, die über Schwindel und Brechreiz klagten und gleich von sich aus den arabischen Doktoren erzählten, sie seien mit Gas vergiftet worden.

Die Kampagne mit den angeblichen Gas-Vergiftungen läuft seit dem 21. März und beunruhigt natürlich die arabische Bevölkerung. Das ist beabsichtigt. Doch so mysteriös, wie Fernsehen oder Agenturen glauben machen wollen, ist die Affäre nicht. Nicht nur eigener Augenschein, auch Untersuchungen des Roten Kreuzes und israelischer Ärzte bezeugen, daß es keine Hinweise auf Massenvergiftungen gibt, daß keine Behälter oder Spraydosens gefunden wurden und daß niemand ernstlich verletzt ist.

Die Israelis sprechen von „Massenhysterie“. Einfacher ist wohl die Erklärung, daß die Schulmädchen ihre „Krankheit“ abgesprochen haben bzw. sie auf Weisung simulieren. Weinen und Erbrechen für die PLO – das ist leicht zu bewerkstelligen, bringt schulfreie Tage, Fernsehinterviews und geheucheltes Mitleid ein.

Dafür wird der Sicherheitsrat einberufen; ein Sprecher entrüstet sich: Israelis vergasen Kinder. Sehr klug ist das alles nicht. Wohl hat die PLO Mordanschläge gegen Kinder unternommen, wohl werden ihren sowjetischen Gönnern Gasangriffe in Afghanistan nachgewiesen. Doch den Israelis traute kein normaler Mensch so etwas zu. Da ist die PLO einer Fehleinschätzung erlegen.

## Metall nach Maß

Von Günther Bading

Für die nordrhein-westfälische Metallindustrie soll heute der diesjährige Tarifabschluß unterzeichnet werden. 3,2 Prozent mehr Lohn und Gehalt wird es für die zwölf Monate seit Auslaufen des alten Vertrags am 31. Januar geben. Der Abschluß kommt zwar spät, keinesfalls aber „zu spät“, wie manche überkritische Beobachter schon behauptet haben.

Zwei Faktoren haben sich bremsend auf das Abschlußtempo der Metall-Runde – die traditionell Eckwerte für die Einkommensverbesserungen in der übrigen Wirtschaft setzt – ausgewirkt: Zum einen die relative Unsicherheit über den Ausgang der Bundestagswahl, von dem ja auch der Fortbestand des in Anzeichen spürbaren wirtschaftlichen Aufschwungs abhing. Und da war zum anderen der überraschende Abschluß des Haustarifvertrages bei den Volkswagenwerken.

Die hier für fünfzehn Monate vereinbarten vier Prozent ließen in vielen Gewerkschaften Hoffnungen auf einen Abschluß keimen, der doch irgendwo in der Nähe der Zahl vom vergangenen Jahr (4,2 Prozent) liegen könnte. Schwierig und zeitraubend war es für die Realisten bei Arbeitgeber und in der Metallgewerkschaft, diesen Erwartungsdruck in der IG Metall nicht in den erklärten Willen zum Arbeitskampf, sondern in die Bereitschaft zur gesamtwirtschaftlichen Verantwortung münden zu lassen.

Das ist gelungen. Der 3,2-Prozent-Abschluß paßt in die gesamtwirtschaftliche Datenlandschaft. Da mag mancherorts der Unfug des Hinauf- und Herunterrechnens der neuen Lohnzahl zum Vergleich mit dem VW-Abschluß fortgesetzt werden. Vier Prozent auf fünfzehn Monate bedeutet, auf zwölf Monate gerechnet, 3,2 Prozent, heißt es. Aber da heißt die Maus keinen Faden ab: Bei VW wird ein Jahr lang jeden Monat vier Prozent mehr gezahlt – in der übrigen Metallindustrie ebensolange nur 3,2 Prozent. Aber der Branche geht es eben nicht annähernd so gut wie dem Autowerk – daher kann es nicht „zu spät, zu teuer“ heißen, sondern: gerade noch rechtzeitig und realistisch.

## Bischöfe gegen Mugabe

Von Hans Germani

Die Ostertage 1983 haben eine folgenschwere Klarstellung der Kämpfe und Morde in der Matabele-Provinz Simbabwe gebracht. In einer harten Erklärung haben die katholischen Bischöfe Simbawes die Regierung des Premierministers Mugabe verurteilt und seine Armee systematischer Morde und Folterungen an Wehrlosen im Matabele-Land beschuldigt.

Die katholische Kirche war mehr als alle anderen dem Premier Mugabe vor drei Jahren mit wohlwollender Bereitschaft zur Zusammenarbeit begegnet, insbesondere der Erzbischof von Harare, Patrick Chakaipa, der sich seit langem und noch vor einigen Monaten offen für Mugabe einsetzte. Nun hat er im Bunde mit seinen Amtsbrüdern schärfste Worte gegen die Taten der Regierung und der Armee ausgesprochen. Die Regierung hat daraufhin jeden Anschein der Kirchenfreundlichkeit fallengelassen: Sie hat die Kirche angegriffen und ihre Forderung nach internationaler Untersuchung der Massaker abgelehnt, wie sie ja auch ausländische Berichterstatter bedroht und einen Dornbuschvorhang um das Land zu ziehen versucht.

Mugabe verlangte auf einer Pressekonferenz dieser Tage „Fakten“. Auf den Bildschirmen der meisten angelsächsischen Fernsehanstalten sind sie bereits zu sehen: ermordete Zivilisten, zusammengeschossene Babies, gefolterte Kinder.

Auf einer Osterversammlung hat Mugabe die bevorstehende Ausschaltung der schwarzen Opposition und einen Einparteiensaat angekündigt. Die von der Auslandsprese befragten Matabele interpretieren den rücksichtslosen Vernichtungskrieg der von Nordkoreanern ausgebildeten 5. Brigade, die nur aus Ex-Guerrillas aus Mugabes Mehrheitsvolk der Maschona besteht, als Völkermord und Völkermord, Maschona kontra Matabele. Es ist kein Kampf zweier schwarzer Völker – und er eskaliert rasch.



„Warum schickst du deinen Anstandswauwau nicht einfach weg?“ ZEICHNUNG MADLINCHICAGO SUN-TIMES

## Gromykos neuestes Njet

Von Carl Gustaf Ströhm

Als „Aprilscherz“ hat Andrej Gromyko den jüngsten Kompromißvorschlag des amerikanischen Präsidenten in der Raketen- und Nachrüstungfrage bezeichnet. Hinter dem Getöse der Ablehnung verbirgt sich ein für Moskau nicht angenehmer Tatbestand: Die Sowjets sind auf dem Felde der Abrüstung propagandistisch in die Defensive geraten.

Der ursprüngliche westliche Vorschlag einer „Null-Lösung“ wurde von den Sowjets in Bausch und Bogen verworfen. Auch westliche Kritiker der amerikanischen Politik bezeichneten ihn als unrealistisch. Jetzt ist Reagan diesen westlichen Einwänden sowie dem sowjetischen Prestige- und sogenannten „Sicherheitsbedürfnis“ weit entgegengekommen. Die Sowjets sollen ihre Mittelstreckenraketen zu einem Teil reduzieren, dann werde der Westen nur einen Teil seiner Mittelstreckenraketen in Europa aufstellen. Moskau hätte es somit in der Hand, den Rüstungspegel in Europa selber zu bestimmen.

Statt dessen hören wir aus dem Kreml als Antwort ein Njet – dazu noch aus dem Munde eines Mannes, der in seiner ganzen beachtlichen Karriere bereits seit Stalins Tagen als Nein-Sager bekannt ist. Der Verdacht liegt nahe, daß Gromyko ähnlich wie in den fünfziger Jahren sein sagt, weil er und die mit ihm verbundenen Kreml-Führer an einer ernsthaften Abrüstungsdiskussion überhaupt nicht interessiert sind.

Gromyko, der seit seiner jüngsten Ernennung auf dem Wege sein könnte, Regierungschef der UdSSR zu werden, gehört zweifellos zu jener Garitur sowjetischer Spitzenfunktionäre, welche der Meinung sind, die Probleme des sowjetischen Imperiums seien durch Anhäufung militärischer Machtmittel und durch eine Hegemonialpolitik in Europa und anderswo zu lösen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist jedes Mittel recht. Da werden dann Mittelstreckenraketen der NATO mit britischen und französischen Raketen durcheinander

dergemischt, obwohl letztere etwa für den Schutz der Bundesrepublik im Ernstfall gar nicht zur Verfügung stünden. Da werden plötzlich amerikanische U-Boote mit in die Rechnung aufgenommen – wobei der sowjetische Außenminister nichts davon sagt, daß es auch sowjetische U-Boote als Raketenräuber gibt. Eins davon tauchte ja unlängst nicht ganz programmgemäß vor der Küste Schwedens auf und war mit Atomwaffen bestückt.

Sicher spielen beim Verhalten Gromykos auch propagandistische Überlegungen eine Rolle. Nicht umsonst fand seine Moskauer Pressekonferenz parallel zu den Ostermärschen statt. Die Sowjets versuchen, nachdem die Wahlhilfe für die deutsche Sozialdemokratie und für Hans-Jochen Vogel nicht das erwartete Resultat brachte, nun ihr Ziel durch die „außerparlamentarischen Kräfte“ zu erreichen. Allerdings zeigt sich in dieser Haltung ein fundamentales Unverständnis für westlich-demokratische Gesellschaften. So, wie die Bonner Sowjetbotschaft offenbar auf die falschen bundesdeutschen Presse-Organen abonniert und mit den falschen deutschen politischen Ge-

sprächspartnern im Kontakt war – nämlich mit jenen, die à la Brandt eine „Mehrheit links von der Union“ prophezeiten – befinden sich Gromyko und seine Ratgeber auch diesmal auf einem Holzweg.

Es ist schon richtig: Wenn in der Sowjetunion zu Ostern Menschenmassen gegen die Regierung marschierten und protestierten, dann wäre dies in der Tat das Ende des sowjetischen Systems. In freiheitlichen Staaten stellen Massendemonstrationen zwar eine laute Minderheit, die aber im Vergleich zur wahlberechtigten Bevölkerung eben doch nur eine Minderheit repräsentieren. Solange die sowjetische Führung es nicht lernt, Vorgänge in nichtkommunistischen Staaten realistisch-pragmatisch zu betrachten, solange sie angesichts grüner oder roter Demonstrationen immer wieder die Kata Morgana „revolutionärer Situationen“ zu sehen glauben, wird die Moskauer Außenpolitik immer wieder grotesken Fehleinschätzungen erliegen. Vom Fall Jugoslawien 1948 bis zum jüngsten Fall Afghanistan gibt es genug drastische Beispiele für solche Fehleinschätzungen, an denen ein Politiker namens Gromyko beteiligt war.

Wenn die sowjetische Führung der wachsenden inneren Probleme in ihrem Imperium Herr werden will, muß sie mit der überdrehten Aufrüstung und der Raketenpolitik Schluss machen. Von der Gromyko-Generation freilich kann man kein Umdenken, kein Überspringen der alten stalinistischen Gedankenbarrieren mehr erwarten. Den friedenswilligen und reformfreundlichen Kräften in der UdSSR erwiese der Westen jedoch keinen Dienst, wenn er vor den Drohungen und dem Njet der sowjetischen Rüstungs-Fetischisten zurückwiche. Erst wenn im Kreml kein Zweifel mehr darüber besteht, daß die sowjetische Rüstungs- und Raketenpolitik kein Problem der Sowjetunion zu lösen vermag, kommt die Stunde einer wirklichen und nicht nur propagandistischen Abrüstung.



Von Jugoslawien bis Afghanistan oft verkalkuliert: Gromyko FOTO: AP

## Man trifft sich am Gedenkplatz sowjetischer Aggression

Ein etwas betretenes Osterfestival für die Bewegung / Von Enno v. Loewenstern

Berlin bot wieder einmal die interessantesten Beispiele. Dabei war das Auffälligste nicht einmal eine Aktion, die man Stehlen für den Frieden nennen kann – die Szene drang in Kaufhäuser ein; es gab einige Verhaftungen wegen Diebstahls, Sachbeschädigung, Hausfriedensbruchs usw. – sondern das Vorgehen gegen den Teufelsberg. Dort suchten Demonstranten eine als besonders teuflisch verteilte Einrichtung zu blockieren, die freilich keine Atomraketen enthält, sondern eine amerikanische Abhörstation. Eine Apparatur also, die lediglich defensiv dem Zweck dient, rechtzeitig zu warnen, falls sich der notorisch friedliebende Osten gegen den Westen in Bewegung setzt.

Aber sonst ist man natürlich keineswegs einseitig. Karsten Voigt erwiderte pikiert auf Manfred Wörners Vorhalte, der weit aus größte Teil der Friedensbewegung wende sich gegen Aufrüstung in Ost und West. Und jener BBU-Sprecher Josef Leinen, der schon einmal die Unregierbar-

machung der Republik nach Hamburger Vorbild androht (und damit am 6. März auf die Nase gefallen ist), beschwor die schlechten Gewissen seiner Mitläufer: Man müsse hinfort auch die Friedensgruppen in der „DDR“ und den anderen osteuropäischen Ländern unterstützen.

Da werden die aber dankbar sein. Denn gerade diesmal hat sich nicht viel bewegt in der „DDR“. Die Bewegung „Schwerter zu Pflugscharen“ ist still geworden, nachdem sie vom Regime mit aller Brutalität unterdrückt wurde. Hiergegen war der Protest der westlichen Friedenshelden, die so viel über die brutale Unterdrückung der Freiheit durch die Amerikaner zu klagen wissen, gleich Null – die einzige Null-Lösung, auf die man sich bei diesen Kreisen verlassen kann.

Doch sind sie alle, alle ehrenwert. Es muß also reinen Zufall sein, daß die jüngsten Parolen der Friedensparolenausgeber

(Reagans Zwischenlösung sei auch nicht gut, er müsse gefälligst auch die seegestützten Raketen berücksichtigen) haargenau mit dem Souffleurbuch Gromykos übereinstimmen. Es muß reinen Zufall sein, daß das „Neue Deutschland“ seinen (natürlich nur nette Polizisten kennenden) Lesern mitteilen konnte: „Brutale Gewalt der Polizei in Neu-Ulm“. Dort hatte der frühere General Bastian zum ersten Mal in seinem erwachsenen Leben das erhebende Gefühl erleben dürfen, auf Händen getragen zu werden. Die Polizei entfernte ihn sanft aus dem Vorfeld eines Kasernenorts, und seine Friedenssprecher versicherten nachher, es habe eine ganz besonders „entspannte“ Stimmung dort geherrscht, „wie auf einem Fest von Konfrontation konnte keine Rede sein“.

Vielleicht haben diese und manche anderen Absonderlichkeiten am Ende doch etwas damit zu tun, daß die Zahl der Marschierer zu diesem Osterfest trotz tagelanger beschwörender

## IM GESPRÄCH Bruce Kent

### Organisator mit Soutane

Von Fritz Wirth

Für jene, die hinter den antinuklearen Ostermärschen und den emotionalen Menschenketten von britischen und amerikanischen Raketenbasen gern einen Mann mit geballter Faust, fanatischem Blick und marxistischem Brett vor dem Kopf vermuten, ist die Begegnung mit dem wirklichen „Kopf“ und Cheforganisator der britischen „Campaign for Nuclear Disarmament“ (CND) eine überraschende Erfahrung. Denn statt dessen stellt sich im Hauptquartier dieser Organisation in Nordlonden ein sehr besonnener, grauhaariger 53-jähriger Gottesmann vor, der sich einst im Dienste Ihrer Majestät im „6. Royal Tank Regiment“ zum Leutnant hochdiente und später – von 1963 bis 1965 – Sekretär des damaligen katholischen Erzbischofs von Westminster, Kardinal Heenan, war.

Der Monsignore Bruce Kent kennt sich also aus in der britischen katholischen Hierarchie, und er genießt trotz seines starken politischen Engagements weiterhin ihr Vertrauen. Als er nach achtjähriger Arbeit als Kaplan an der Universität London der Pax-Christi-Bewegung beitrug und schließlich den gegenwärtigen Kardinal Hume bat, für seine Arbeit in der britischen Anti-Nuklear-Bewegung freigestellt zu werden, erhielt er ohne Probleme dessen Segen.

Bruce Kent, seit 1980 Generalsekretär der CND zu einem Jahresgehalt von 6700 Pfund (rund 24 000 D-Mark), ist allerdings gar nicht so sehr vom Wert dieser Märsche überzeugt. „Ich glaube nicht“, sagt er, „daß diese Märsche maßgeblich die öffentliche Meinung zu ändern vermögen. Es ist für uns viel wichtiger, daß die Öffentlichkeit sieht, daß dieser Protest nicht von politischen Extremisten und Analphabeten, sondern von normalen Bürgern kommt.“ Er sei, sagt er, über die linksextremen „Fellow Travelers“ nicht glücklich, habe aber keine Möglichkeiten, sie zu stoppen. Dafür hat Kent die Rech-



Sozusagen ein Symbol der Unverdrossenheit: Kent FOTO: CAMERA PRESS

nungsbücher seiner Organisation zur öffentlichen Prüfung angeboten und jedem hundert Fund Belohnung in Aussicht gestellt, der nachweisen kann, daß die britische CND jemals Geld von Moskau angenommen habe. Was freilich auch kein Thema der ernsthaften Kritiker ist.

Der ehemalige Panzer-Leutnant hat sich seit seiner ersten Begegnung mit Bertrand Russell in einen überzeugten Pazifisten gewandelt. Er glaubt an die aktive Gewaltlosigkeit, wie Martin Luther King sie predigte, und plädiert für zivilen Ungehorsam. Der katholische Monsignore und studierte Rechtsanwalt weiß sehr wohl, auf welch schmalen Grat er dabei wandelt, denn einflußreiche Kräfte in seiner Bewegung, wie beispielsweise der stellvertretende CND-Vorsitzende Lord Jenkins, plädieren immer öfter für die Verletzung und Mißachtung der Gesetze, wenn es dem nötig werden sollte. Ohne Gesetzwertungen, so meint Lord Jenkins beispielsweise, hätte es niemals die Erfolge der Suffragetten und der britischen Gewerkschaften geben können.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

Das Nuklearkern, von Gromykos Promissoren bis zu den Ostermarschierern, beschäftigt viele Zeitungen am Wochenende:

### ASAHI SHIMBUN

Die jüngsten Äußerungen des sowjetischen Außenministers Gromyko, einige der im europäischen Teil der UdSSR aufgestellten SS-20 nach Asien zu verlegen, ist nicht nur ein Schlag gegen den Frieden in Japan, sondern für den ganzen Fernen Osten und den asiatischen Kontinent insgesamt. (Tokio)

### YOMIURI SHIMBUN

Die Befürchtungen Gromykos sind grundlos, da Japan zu seiner Anti-Atompolitik steht, keine Atomwaffen herzustellen, zu besitzen oder ihre Stationierung zu erlauben. Das Ziel des sowjetischen Außenministers ist es, Zwietracht unter den Japanern zu säen und einen Keil zwischen die USA und Japan zu treiben. (Tokio)

### THE OBSERVER

Es war kein Trick, daß Reagan die bislang bei den Genser Rüstungsgesprächen angebotene Null-Lösung durch einen Vorschlag zur zahlenmäßigen Angleichung von sowjetischen und amerikanischen Raketen in Europa ersetzt hat. Obwohl der Vorschlag eher aus politischer, denn aus militärischer Berechnung heraus erfolgte, war er ernsthaft gemeint. (London)

### LA REPUBBLICA

Man müßte herausfinden, ob die sowjetische Ablehnung als endgültig und total anzusehen ist, oder ob es sich nicht eher um einen Verhandlungsschritt handelt (wie schwerwiegend und riskant auch immer), der morgen zurückgenommen werden könnte. Es liegt nahe, daran zu erinnern, daß der Kreml

### The Daily Telegraph

Die Atomwaffengegner, die an diesem Ostern demonstrieren, haben das falsche Ziel im Kopf. Statt gegen die westlichen Anstrengungen zur Aufrechterhaltung einer glaubwürdigen Verteidigung angesichts der sowjetischen Raketenaufrüstung zu protestieren, hätten sie gegen die sowjetische Politik demonstrieren sollen, die solche Anstrengungen erst nötig machte. Der Wahlspruch der Kampagne für nukleare Abrüstung, „zusammen können wir die Bombe stoppen“, ist als Faktum unwahr. Wenn die Bomben, sprich Atomwaffen, auf einer Seite gestoppt würden, dann würden sie noch immer auf der anderen Seite existieren. (London)

### Morgen

Zum Pathos neigen aber nicht nur Sachwalter des „Bedrohungspotentials“, sondern auch diejenigen Apostel der Friedensbewegung, die den Wert des Gleichgewichts in der Rüstung nicht wahrhaben wollen, aus welchem Motiv auch immer. Für die Sicherung des Friedens, wie sie in der wechselseitigen Kalkulation von Waffensystemen in Europa immerhin achtunddreißig Jahre funktioniert hat, ist die Vernunft zuständig. An sie ist zu appellieren, nicht an Gefühle, die sofort einkalkuliert werden von Leuten, die keine haben.

Wiederholung der Zahl fünfunderttausend in den Medien sich – allenfalls – um hunderttausend bewegte. Daß das Osterwetter ihnen eine ganz persönliche „Freeze“-Erfahrung bescherte, darf man jedenfalls kaum als Ursache unterstellen. Dagegen gibt es jene Parkas aus der verhassten amerikanischen Unkultur und alle jene sonstigen militärischen Kleidungsstücke, die zur bevorzugten Haute Couture der Antimilitaristen gehören.

Eher mag es sein, daß jene ernüchternde Kühle in die erhitzten Gemüter vordringt, der ein Voigt oder ein Leinen jetzt seinen verlegenen Tribut zahlen zu müssen glaubt. Die Entscheidung zur Nachrüstung ist in diesem Land am 6. März endgültig bestätigt worden, und wenn die politisch Verantwortlichen eines Tages in die geistige Gegenoffensive gehen und die jugendlichen Lemminge energisch fragen, warum sie bisher nicht für die Abrüstung auch im Osten und für das Recht der Menschen im Osten auf Abri-

stungs-Demonstrationen eingetreten sind, dann werden die Drahtzieher in noch größere Verlegenheit und noch geringere Gefolgschaft geraten.

Wiederum Berlin als Beispiel: Man wollte sich auf dem „Platz der Luftbrücke“ treffen. Dem Platz also, der nicht nur daran erinnert, wie die Selbstdarstellung dieser Freiheitskämpfer seinerzeit von den westlichen Freiheitskämpfern in US-Uniformen gerettet wurden. Er erinnert auch daran, daß die angeblich so friedliebende Sowjetunion damals bei ihrem ersten Großangriff auf den Westen besiegt wurde – denn nichts anderes war die Blockade von 1948, die den Blockierern heute als „gewaltloses“ Vorbild dient. Und daß die angeblich so kriegsillustrierten Amerikaner damals nicht „Europa zum nuklearen Kriegsschauplatz“ machten, obwohl sie sogar noch im Alleinbesitz der Atom-bombe waren. Was würde aus der Bewegung, wenn diese Generation ihre Geschichte und Gedankenlosigkeit überwände?



# In Dragahn geht das Mißtrauen um

Von WALTER H. RUEB

Zehn Kilometer vor Dannenberg weist ein winziges Schild „an der Bundesstraße 218 nach rechts. Auf einer Naturstraße geht es durch Wald und tiefe Schlüpfen. Nach vier Kilometern kommt eine kleine, unzusammenhängende Ansammlung von einfachen Häusern in Sicht. An einer Kreuzung hängt ein Briefkasten, ein paar Meter entfernt steht ein Buswartehäuschen. Gegen den atomaren WAAhnsinn hat jemand in großen schwarzen Buchstaben auf die hölzerne Seitenwand gesprüht: „Wir stehen mitten in Dragahn, wo nach einem Beschluß der niedersächsischen Landesregierung eine Wiederaufbereitungsanlage abgelehnt wurde.“

Die paar Häuser scheinen sich weder um eine Kirche noch um eine Schule, kein Laden steht den sieben Familien mit sechs Kindern und insgesamt 35 Einwohnern offen, es fehlt außer dem Kirchhof, der die Dorfgasthof, und die Hörsingens des Ortes sind ein Revierförster und der Geschäftsführer eines Unternehmens, das Munition entsorgt.

Wer hierher kommt, ist auf den ersten Blick geneigt, die Entscheidung der Landesregierung in Hannover gutzuheißen: Wo denn, wenn nicht hier, soll in der Bundesrepublik eine WAA gebaut werden? Wo ist man dem „Ende der Welt“ näher, wo könnten die vielbeschworenen Gefahren der Atomkraft fern sein als in Dragahn? Dragahn aber ist nur ein Ortsteil der Gemeinde Karwitz. In den Ortsteilen Lenz, Nauen, Thunpudel, Pudripp, Gameln und Karwitz aber leben im Umkreis von wenigen Kilometern rund 800 Menschen.

In Hannover, in Hamburg, vielleicht gar jenseits der knapp 25 Kilometer entfernten Elbe im anderen Teil Deutschlands, sicherlich aber im Westen und Süden der Bundesrepublik, wird man in den kommenden Tagen, Wochen und Monaten des Lärm des Widerstands der Bürger von Dragahn, Karwitz, des gesamten Kreises Lüneburg-Dannenberg und überhaupt des ganzen, tief in das Gebiet der „DDR“ hineinragenden bundesdeutschen Zipsels vernehmen.

Eines wird dabei fern von Dragahn weniger Beachtung finden: die tiefgreifenden Veränderungen der menschlichen Beziehungen, die Zerstörung von Bindungen in einer überschaubaren Gemeinde, die der Konflikt um die WAA mit sich gebracht hat.

Wer durch das „Dorf“ geht, an Haustüren klopfen und Menschen ansprechen, bekommt eine Gänsehaut: Angst und Mißtrauen schwingen einem entgegen, Ablehnung begleitet einen auf Schritt und Tritt. Die Bürger verschließen sich hinter Gleichgültigkeit, Unfreundlichkeit, Feindseligkeit. Oma Lisa Barkowsky beispielsweise, spielt die Gleichgültige: „Was kann man zu einem solchen Beschluß schon sagen...? Fragen Sie den Bürgermeister.“

Dieser ist seit November 1982 wegen einer schweren Krankheit nicht im Amt; nur seine Aufgaben als Geschäftsführer der Delaborgesellschaft m.B.H. Kaus & Steinhausen nimmt Walter Kernbach seit einigen Wochen wieder wahr. Sein Haus aber ist verschlossen. Hohe Gitter versperren den Zutritt und eine resolute Mitarbeiterin macht es kurz: „Wir geben keinen Kommentar.“

Dabei wäre es interessant zu erfahren, ob das Gerede über den Bürgermeister und Chef des einzigen ortsnahen Unternehmens der Wahrheit entspricht. Danach soll der CDU-Mann sein langes Krankenlager anlässlich der Abstimmung im Gemeinderat trotz ärztlicher Warnungen verlassen haben – angeblich um den Sieg der Befürworter der WAA sicherzustellen.

Bürgermeister-Stellvertreter Wilhelm Mennerich spricht offen aus, was manche anderen nur andeuten: „Unser Bürgermeister klebt an seinem Stuhl... Das ist nicht gut für die Gemeinde.“ Mennerich gehört ebenfalls der CDU an. „Im neunköpfigen Gemeinderat sitzen sieben CDU-Leute und zwei Parteileute“, berichtet der 55-jährige Bauer. Von Korruption, Bestechlichkeit und Wortschwallöden will er nichts wissen. „Wenn man die Annahme einer Einladung zum Kernforschungszentrum Karlsruhe oder zur Bestätigung des Atomkraftwerks im französischen La Hague Bestechlichkeit nennt, ist das eine Unverschämtheit“, grölt er. „Der Gemeinderat hat doch die Pflicht, sich zu informieren, ehe er derart schwerwiegende Entscheidungen trifft. Im übrigen bedeutet unsere Entscheidung lediglich, daß wir mit sogenannten Standortuntersuchungen für eine WAA einverstanden sind. Über den Bau ist längst nicht entschieden.“

Warum wurde im Gemeinderat von der bisherigen Praxis öffentlicher Abstimmung abgegangen? „Aus Rücksicht um den Frieden in der Gemeinde“, wehrt sich Mennerich. „Der Streit pro und contra WAA geht schon ein halbes Jahr, spaltet Familien, vergiftet die Atmosphäre, stört das soziale Leben, läßt alte, längst begrabene Streitigkeiten wiederauflammen... Es ist schrecklich, was hier vorgeht.“

Der Journalist Karl-Friedrich Kassel von der Kreiszeitung spricht gar von Psychoterror. „Der Streit hat das Dorf in zwei Lager geteilt. Die Konsequenzen sind tödlich für ein harmonisches Zusammenleben. Kaum einer wagt Stellung zu beziehen. Und die Ohnmacht gegen den Staat und seine Organe hat bei vielen zu totaler Resignation geführt...“

Kassel ist einer der wenigen, die Flage zeigen. Aber er ist auch kein Einheimischer. Von denen bekannt sich keiner gerne. Auch Bürgermeister-Stellvertreter Mennerich weigert auf eine entsprechende Frage die Antwort. „Das müssen Sie verstehen“, sagt er, wird dann aber doch deutlich genug, als er hinzufügt: „Was mir am meisten leid tut, ist der herrliche Wald... Er ist das Einzige, was eine Menge von Rot-, Dam-, Schwarz- und Rehwild... 1200 Hektar Wald sind es allein in Dragahn, die wahrscheinlich draufgehen.“

Einen ähnlichen Standpunkt soll auch Revierförster Alfred Dathe einnehmen, verrät Mennerich. Er selbst ist als Jagdpächter seit 30 Jahren auf und zu mit Wald, Wild und Förster. Der aber hält sich bedeckt, geht hinter den Vorhängen in Deckung, derweil seine Frau vor der Tür die Abwesenheit des Hausbrenns bedauert.

In vielen Häusern das gleiche Spiel: In den Garagen stehen die Autos, an den Leinen toben bellende Hunde, im Innern bewegen sich die Vorhänge. Nur Bäckermeister Werner Henn im Ortsteil Nauen scheint etwas mutiger zu sein: Im Garten vor seinem weißen Bungalow kündigt ein Schild von strikter Ablehnung der Atomkraft. Er geht sogar so weit, den Mitgliedern des Bürgervereins das eigene Wohnzimmer für Versammlungen zu öffnen. Nur dem Journalisten weist er die Tür.

Gegenüber, im „Tannenkrug“, reden sich derweil ein paar Gleichgesinnte aus dem anderen Lager die Köpfe heiß. Der Fremde stört sie nicht. „Schließlich sind die Tatsachen ja bekannt“, sagt einer. „Jeder weiß, daß es in der ganzen Gemeinde außer der Holzäger in Thunpudel mit 50 Arbeitsplätzen kaum einen größeren Betrieb gibt... und was bringt schon die ganze Forstwirtschaft? Wir haben keinen Tourismus, nur in Nauen und Lenz ein paar Bungalows von Hamburgern und Berlinern mit zweitem Wohnsitz... Seit 30 Jahren hat sich hier und in der gesamten Umgebung außer einem Zweigwerk der Schweinfurter Kugellager-Fabrik kein neuer Betrieb angesiedelt.“

In der Tat ist die wirtschaftliche Lage der Region katastrophal. Seit dem Krieg wurde die Bevölkerungszahl durch Abwanderung halbiert. Mit 48 000 Einwohnern ist der Landkreis Lüneburg-Dannenberg mittlerweile der am dünnsten besiedelte Kreis der Bundesrepublik. Die Schönheiten des Rundlandsdorfs Karwitz locken kaum Fremde an. Die Arbeitslosigkeit beträgt über 20 Prozent.

Das Argument der Landesregierung in Hannover, der Bau einer Wiederaufbereitungsanlage sei angesichts wirtschaftlicher Not „eine einmalige Chance für den Landkreis“, läßt der Bauer Erhard Jaensch jedoch nicht gelten. „Ich glaube nicht an wirtschaftliche Aufschwung, Arbeitsplätze? Daß ich nicht lache... Wir Bauern müssen unsere Höfe aufgeben... Dafür werden uns dann ein paar Wachposten des neuen Werks angeboten.“

Jaensch redet sich regelrecht in Wut. „Was hier vorgegangen ist, kann man kaum schildern... Zuerst versprach der Gemeinderat, gegen die WAA zu stimmen... Wir haben mit jedem Mitglied des Rates gesprochen. Ich duzte alle, rede sie mit Vornamen an... Dann sammeln wir Unterschriften. Von 539 Wahlberechtigten unterschrieben 411 und bezeugten damit ihre Ablehnung der WAA... Wir zeigten Filme aus den USA, ein Physiker aus Heidelberg hielt einen Vortrag... Alles half nichts. Mit 5:4 wurde im Gemeinderat dem Bau zugestimmt. Wir sind enttäuscht und empört. Was hilft es, daß fast alle Pastoren auf unserer Seite stehen und Rügen ihres Bischofs einstecken...“

Jaensch Kampf gegen die Atomkraft ist auch ein Kampf für den Erhalt seines Hofes mit 60 Stück Vieh und 40 Morgen Saatkartoffeln. „Das ist doch legitim“, verteidigt er sich und rekt seine hünenhafte Gestalt in die Höhe. Wir kämpfen weiter. 1992 soll die WAA in Betrieb gehen, doch so weit ist es noch lange nicht.“

Wird es ein neues Brokdorf, ein zweites Gorleben geben? Der Bauer aus dem kleinen niedersächsischen Dorf wirft die Arme in die Luft. „Alles wird sich weisen... Ich habe gehört, daß die Fraktionen des Landtags hierherkommen... Auch Ministerpräsident Albrecht wurde eingeladen... Hoffentlich kommt er. Dann werden wir ihm etwas zeigen.“

Dabei macht Jaensch eine Handbewegung wie ein Feldherr. Sein Blick geht über eine friedlich weidende Herde von Rotwild und verliert sich am Horizont. „36 000 Tonnen Kartoffeln werden hier angebaut“, preßt Jaensch hervor. „Schöne helle, von bester Qualität. Und vor kurzem erst haben wir ein 8000-Tonnen-Kartoffellager gebaut. Soll das alles umsonst gewesen sein?“



„Die größte Fußgängerzone der Welt“: Am Skanderbek-Platz im Zentrum von Tirana

## Albanien gewährte einen Blick durchs Schlüsselloch

Von ULRICH DOST

Mit allem hatten wir gerechnet, nur damit nicht. Wir müssen nun leider schließen, sagte der Mann hinter der Theke der Hotelbar in bestem Englisch, „aber wenn Sie wollen, gehen Sie doch ein Stockwerk tiefer, dort gibt es einen Nightclub, der hat noch bis zwei Uhr geöffnet.“ Er grinste dabei breit, denn die Verblüffung in unseren Gesichtern hatte er einkalkuliert. Wir standen nämlich nicht in einem Hotel in München, London, Paris oder Rom, wo solche Einrichtungen nichts Ungewöhnliches sind. Wir befanden uns immer noch in Europa, aber wer hätte schon seinen Hut darauf verwettet, daß man im „Dajti“-Hotel in Tirana noch nachts das Tanzbein schwingen könnte.

Albanien wollte uns einen kurzen Blick durchs Schlüsselloch gewähren, dabei war aber zunächst nur Beklemmung hochgekrochen. Was weiß man hierzulande schon über dieses kleine Land auf dem Balkan, das in die selbstgewählte Isolation gegangen war. Bekannt sind bei uns nur, was es dort nicht geben soll – Autos, Ampeln, gutes Essen, Komfort, Religion oder Reichtum. Dabei ist Tirana nur zwei Flugstunden von Frankfurt entfernt, und dennoch erwartet man beinahe einen anderen Planeten.

Nun plötzlich aber ein Nightclub in Tirana – ein Brückenschlag zu unserer „way of life“ mit Musik, Unterhaltung, Amüsement und Ablenkung? Also gingen wir voller Erwartung hinunter, aber was wir sahen, war Panoptikum. Der Gitarrist war im Begriff, über seiner elektrischen Gitarre einzuschlafen. Der Mann am Akkordeon hatte sein Kinn auf das Musikinstrument gelegt und schaute träumend in den leeren Raum. Wären wir nicht erschienen, die Vier-Mann-Kapelle wäre eingedöst.

Doch schnell ordneten sie ihre schwarzen Jacken und weißen Hemden und legten los. „Können Sie auch einen Rock 'n' Roll spielen?“ fragte einer mehr scherzhaft. Ein kurzer verständiger Blick dann ließ sich aus ihrem Stück „Rock around the clock“ erahnen. Bill Haley wäre die Schmalzlocke heruntergerutscht, hätte er gesehen, wie man eine Gitarre zum Waschbrett umfunktioniert. Dann folgte ein jugoslawisches Stück, das Ivo Robic auch auf deutsch unter dem Titel „Morgen, morgen“ gesungen hat.

Ein Zufall zwar, aber ein beziehungsreicher. In Albanien ist das Morgen eingeläutet. Den lieben Gott lassen sie nicht rein, aber die Touristen. Wer will, kann heute schon als Privatperson nach Albanien reisen. Einige Münchner Fußball-Fans wählten den Weg zum Länderspiel nach Tirana mit dem Auto durch Jugoslawien. Rund zehn Mark zahlten sie pro Nacht für ein Hotelbett. Auch deutsche Reiseunternehmen bieten Studienreisen nach Albanien an.

Die Hotels sind sauber und genügen westeuropäischen Ansprüchen. Das Hotelpersonal ist höflich und aufmerksam, spricht recht gut Englisch, so daß es in aller Regel keine Verständigungsschwierigkeiten gibt. Die Speisekarte hält, was sie verspricht: schmackhafte Suppen, Spaghetti, Makaroni, gebrillte Fische, Filets mit Pommes frites, Erbsen und Möhren, verschiedene Käsesorten. Eis und Torten. Wer sich ein Menü zusammenstellen läßt, bezahlt zehn Mark dafür.

Selbstverständlich steckt dieser Tourismus noch in den Kinderschuhen, aber er ist in seinen Ansätzen schon deutlich erkennbar und gewollt – Touristen bringen Devisen. Vor allen Dingen bei den Telefongebühren schlagen die Albaner kapitalistisch ungewohnt hart zu: Eine Minute kostet zehn Mark, dafür darf man aber lange auf sein Gespräch warten. Doch Systematik steckt da noch nicht hinter. Beim Fußball-Länderspiel am letzten Mittwoch hatten sie den deutschen Journalisten vier Telefonate versprochen. Doch im Stadion wurden sie vom Sozialismus eingeholt. Nur ein Telefon stand letztlich zur Verfügung. Mit Spielende kam eine junge Frau, schloß freundlich lächelnd den Telefonraum ab und sagte: „Meine Schicht ist zu Ende, ich mache Feierabend und gehe nach Hause.“ Das tat sie dann, Protest war zwecklos.

Zur Beruhigung der Nerven empfahl sich ein Gang durch Tirana. Hier herrscht scheinbar ständige Müdigkeit, Niemand hastet, eilt oder rennt. Und man nimmt sich ausgiebig Zeit, um den Freund zu begrüßen – auf albanische Art: mit einem Bruderkuß und langem „Händchenhalten“.

Lärm gibt es kaum, sieht man einmal von den Fahrradklingeln ab. Ein Privatauto steht dem Albaner nicht zu, nur Lastwagen, Omnibusse oder Militärfahrzeuge stören zuweilen die Ruhe in der „größten Fußgängerzone der Welt“. Dennoch steht hier und da ein Polizist auf den breiten Straßen und regelt den Fußgänger- und Fahrradverkehr. Das scheint notwendig zu sein, denn einmal stießen tatsächlich zwei Fahrräder zusammen...

Wie vertraut ist uns das Bild der Südländer, die tagsüber zum gemütlichen Plausch im Café sitzen. In Tirana findet die Defilierung unter freiem Himmel statt. Dann füllt sich der Skanderbek-Platz, mit einer unüberschaubaren grauen Menschenmasse. Bei genauerem Hinsehen fällt auf, was diese Masse grau werden läßt, eine Menge, in der der einzelne kaum durch markante Merkmale auffällt. Grelle, leuchtende Farben, die in manchen Mittelmeerregionen den südländischen Reiz ausmachen, fehlen. Dunkle, nur durch Farbtöne minimal zu unterscheidende Kleidungsstücke, die nur ihrem Zweck dienen, aber völlig modische Ansprüche außer acht lassen, prägen das Bild. Und noch eins fällt auf: Die Männer sind glatt rasiert. Enver Hodscha, ihr 73-jähriger Parteivorsitzender, hat das Tragen von Bärten verboten.

Das Straßenbild zeigt auch, daß es den Menschen am Lebensnotwendigen nicht fehlt. Trotz der leninistisch-marxistischen Staatsform sind die Grundnahrungsmittel – im Gegensatz zu anderen osteuropäischen Ländern – nicht rationiert. Niemand braucht lange anzustehen, um zu jeder Tageszeit Hammel, Schwein oder Geflügel zu kaufen. Anders als Polen oder der UdSSR brauchte Albanien seit 1978 kein Getreide mehr anzuführen. Probleme, die vielerorts das Leben schwer machen, wie Inflation, Arbeitslosigkeit oder Rauschgift, scheint es in Albanien nicht zu geben. Auch Steuern sind den 2,7 Millionen Einwohnern fremd.

Der kurze Blick durchs Schlüsselloch hat gezeigt: Von Frankfurt nach Tirana – das ist zwar kein Flug auf einen anderen Planeten, aber eine Reise zu einem doch etwas fremdartigen Beinahe-Nachbarn in Europa.

## Deutsche Aktien im Aufwind: Nutzen Sie diese Chance für Ihre Vermögensanlage!

Die Stimmung an den deutschen Aktienbörsen ist optimistisch. Die Kurse sind gestiegen. Aber in ausgewählten Werten stecken weiterhin gute Kurschancen.

Deshalb ist der Zeitpunkt für Ihre Vermögensanlage günstig. Nutzen Sie diese Chance. Legen Sie Ihr Geld in ausgewählten deutschen Aktien an.

**Auf die Auswahl der Papiere kommt es an**

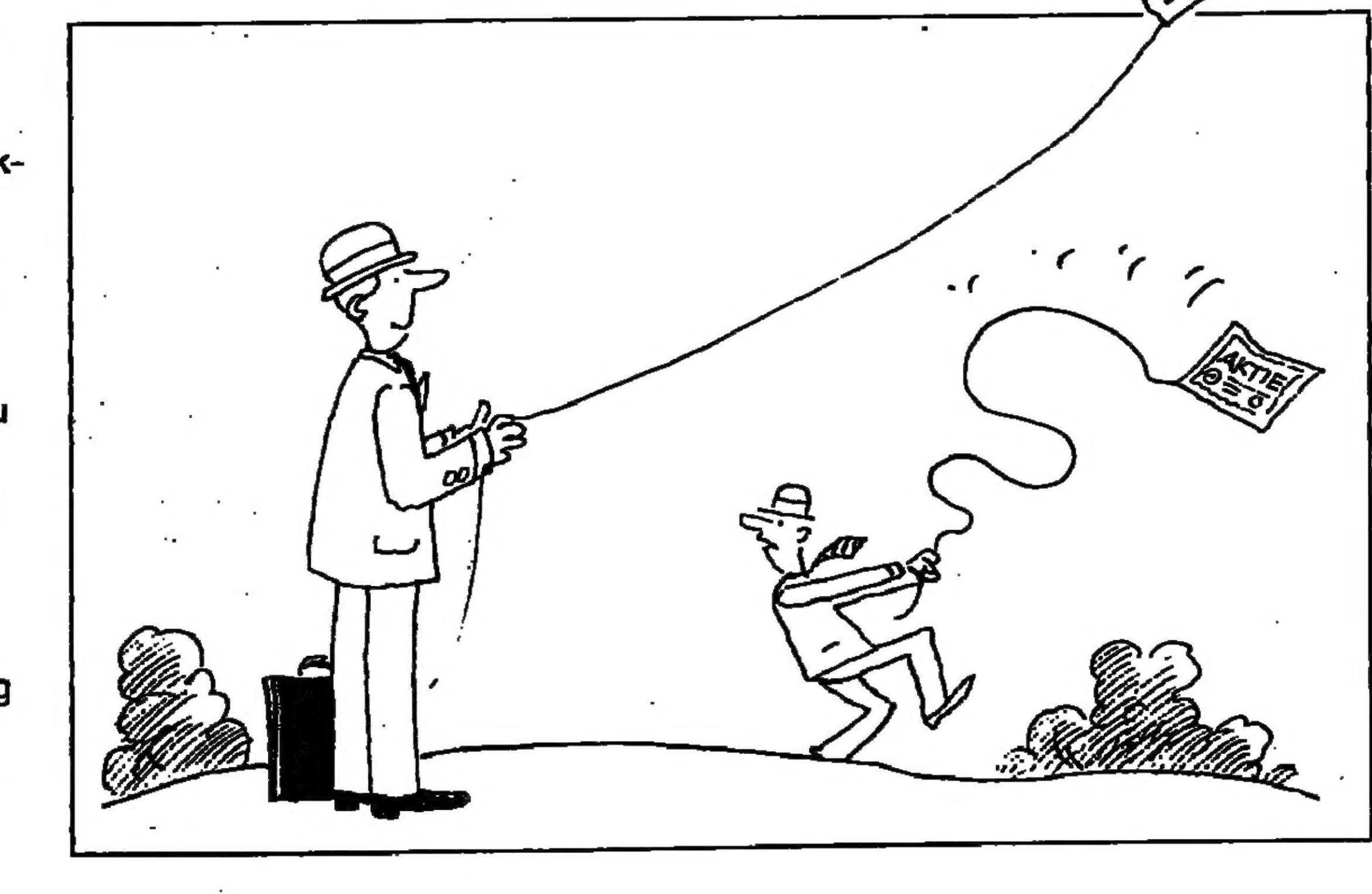
Die Frage ist: Was sind denn nun „ausgewählte“ deutsche Aktien, in welche Papiere soll man investieren?

Darum brauchen Sie sich nicht zu kümmern, wenn Sie Ihr Geld in INVESTA anlegen:

- INVESTA ist ein Aktienfonds, dessen Portfeuille die Leistungskraft von mehr als 50 weltbekannten deutschen Aktiengesellschaften bündelt.
- INVESTA betreibt eine aktive, selektive Anlagepolitik je nach Marktlage.
- INVESTA verfolgt in seiner Anlagepolitik das Prinzip der gesunden Ertrags- und Risikomischung.
- INVESTA ist bemüht, für Sie gute regelmäßige Ausschüttungen zu erwirtschaften.
- INVESTA nimmt Kurschancen für Sie wahr.

**So erreichen Sie einen günstigen Durchschnittskurs**

Falls Sie Ihre Anlageentscheidung jedoch nicht von aktuellen Kursbewegungen abhängig machen wollen, raten wir Ihnen: Kaufen Sie regelmäßig für einen bestimmten Betrag



INVESTA – zum Beispiel für 300 oder 500 Mark im Monat.

Bei diesem Verfahren erwerben Sie INVESTA-Anteile mal zu höheren, mal zu niedrigeren Kursen – insgesamt pendelt sich so längerfristig ein günstiger Durchschnittskurs ein.

Fragen Sie die Berater unserer Gesellschafterbanken. Es sind die

- Deutsche Bank
- und weitere renommierte deutsche Banken und Bankiers: sie sagen Ihnen gern mehr über INVESTA und helfen Ihnen, Ihre Vermögensanlage auf ein breites Fundament zu stellen.

Oder schreiben Sie uns, damit wir Ihnen ausführliches Informationsmaterial schicken können.

DWS Deutsche Gesellschaft für Wertpapiersparen  
Postfach 26 34 · 6000 Frankfurt 1

**INVESTA**  
Geldanlage ist Vertrauenssache



## Ost-Berlin feiert den 1. Mai mit 53 Parolen

Die 53 Parolen zum 1. Mai, „Kampf der Werktätigen“, die jetzt im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ erschienen, spiegeln in diesem Jahr die innenpolitischen Sorgen Ost-Berlins. Beispielsweise werden die Mitarbeiter des Handels zu einer „zuverlässigen Versorgung der Bevölkerung“ aufgefordert. Eine andere Parole lautet: „Mehr hochwertige Konsumgüter durch enge Verbindung von Wissenschaft und Produktion“. Außerdem fordert die SED-Spitze „neue Spitzenleistungen“ in der Technik.

Der Abdruck des halben Hunderts amtlicher Losungen für den 1. Mai nahm in der vergangenen Woche die gesamte Titelseite der Zeitung in Anspruch. Während das erste Viertel der Parolen vornehmlich dem Karl-Marx-Jahr, den sowjetischen Abrüstungsvorschlägen und dem „unzerstörbaren Bruderbund“ mit Moskau gewidmet ist, werden die Forderungen der Partei anschließend wesentlich konkreter.

Außer Nr. 15 bezeichnet bereits die entscheidende politische Vorgabe – die Verwirklichung der „Hauptaufgabe“. Darunter versteht die SED seit der Übernahme des Generalsekretärpostens durch Erich Honecker zu Beginn der siebziger Jahre den Weg der „DDR“ zum Wohlstandsland Nr. 1 innerhalb des Ostblocks. Angesichts der erheblichen wirtschaftlichen und finanziellen Probleme mit verteuertem Sowjet-Erdöl und geringeren Zuwachsraten in Produktion und Nationaleinkommen läßt sich die versprochene Erfüllung dieses Sozialprogramms nur unter stark erschwerten Voraussetzungen durchsetzen.

Sämtliche Reizworte und Problemfelder der „DDR“ finden sich im anschließenden Parolen-Katalog: „Umfassend rationalisieren – konsequent intensivieren“ oder „Hohes Leistungswachstum durch steigende Arbeitsproduktivität, Effektivität und Qualität“ heißen die nach Ansicht der Staatsführung noch immer nicht hinreichend erfüllten Forderungen an die mittel-deutschen Arbeitnehmer.

Womit das SED-Politbüro ebenfalls unzufrieden ist, läßt sich an weiteren Texten ablesen. Die „DDR“-Erfinder sollten mit „kühnen Ideen“ aufwarten. Pädagogen und Eltern müßten einsehen, daß die „kommunistische Erziehung der Jugend gemeinsame Sache aller“ sei. Auch die Künstler werden an Versäumnisse gemahnt: „Be-reichert unser Leben mit Werken, die den Sozialismus stärken!“

## Paris hat das Milliardenengeschäft mit dem Atommüll entdeckt

Die Deutschen streiten sich um Aufbereitungsanlagen, die Franzosen bauen sie

PETER SCHMALZ, München  
Die drei Männer in den weißen Kitteln scherzen miteinander, blicken hin und wieder auf die Wand mit Hunderten von Maß- und Anzeigegeräten. Hier im Herzen des südfranzösischen Kernkraftwerks Marcoule wird der radioaktive Abfall aus abgebrannten Kernbrennstäben aus französischen Kernkraftwerken in Glas eingeschmolzen und lagerfähig abgepackt.

Zwei deutsche Jungmanager stehen einträchtig vor der schützenden Glasscheibe, betreten dann gemeinsam den Lagerraum, unter dessen Betonboden auf einer Fläche von einem halben Fußballfeld die gesamte radioaktive Abfall gelagert werden kann, den elf Kernreaktoren mit einer Leistung von je 1000 Megawatt in zehn Jahren produzieren. Die beiden Deutschen sind sich einig: „Die Franzosen sind uns Längen voraus, und sie machen damit ein Milliarden-geschäft.“

Die beiden sind von Berufs wegen für die Wiederaufarbeitung: Sie sind Mitarbeiter der „Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen“, kurz DWK genannt. Aber die Einnahme trägt, denn beide liegen in einem harten internen Wettbewerb. Rainer Göhring will als Standortpräsident von Drenth die erste deutsche Wiederaufarbeitungsanlage in Niedersachsen bauen. Walter Weinländer will als DWK-Mann im oberpfälzischen Schwandorf das 4-Milliarden-Projekt nach Bayern holen. Weinländer ist überzeugt: „In Bayern liegt die Planung vorn.“ Dort läuft das atomrechtliche Verfahren seit einem Jahr, nachdem ein Raumordnungsverfahren positiv abgeschlossen war. Mit der ersten Teilerrichtungsgehmigung rechnet die DWK in zwei Jahren, die endgültige Betriebsgehmigung könnte dann 1992 erteilt werden.

Die Hoffnung der DWK ist jedoch angegriffen mit Skepsis. Zu groß ist das planerische und politische Trauerspiel um die Entsorgung deutscher Kernkraftwerke, seit der niedersächsischen Minister-

präsident Ernst Albrecht das integrierte Entsorgungszentrum in Gorleben – mit Eingschlager, Wiederaufarbeitung und Endlager weltweit als beste Lösung gelobt – als „politisch nicht durchsetzbar“ gekippt hat. Die DWK sucht daraufhin in Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz neue Standorte für eine Aufbereitungsanlage, aber nur in Bayern gingen die Planungen zügig voran.

Bei einem Frühstück am Rande einer Ministerpräsidentenkonferenz in Kiel fiel dann im vergangenen Herbst eine gravierende Vorentscheidung: Bernhard Vogel und Holger Börner gaben ihre Standort auf, Franz Josef Strauß blieb bei der Entscheidung für Bayern, und Ernst Albrecht meldete überraschend neues Interesse an einer derartigen Anlage, wobei er Drängen in Lütichow-Danienberg als Standort benannte.

Insider sprechen seither von einem Konkurrenzkampf der beiden unionsregierten Bundesländer um das Projekt. Beide Ministerpräsidenten erhoffen sich mit dem Bau und dem Betrieb spürbare wirtschaftliche Impulse für strukturschwache Gebiete. Ihre Meinung wird gestützt von einem Gutachten des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung“ (DIW, Berlin), das durch die Bauinvestitionen von 4 Milliarden DM eine gesamte wirtschaftliche Produktion von Gütern und Dienstleistungen von etwa 10 Milliarden DM bewirkt sieht. Dies entspricht einem Beschäftigungsimpuls von 80 000 Mann-Jahren, wodurch während der siebenjährigen Bauzeit 11 000 Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden. Durch den Betrieb werden jährlich Güter und Dienstleistungen von rund 17 Milliarden DM produziert, was langfristig zur Sicherung von 8000 Arbeitsplätzen führt.

Die DWK plant zur Zeit in Bayern und Niedersachsen parallel, die Anlagen sind identisch auf die Verarbeitung von 350 Tonnen Uran im Jahr ausgelegt mit der möglichen Verdoppelung auf 700 Tonnen. Gebaut werden soll zumindest vorerst aber nur eine 350er-Anlage, obwohl der Bau von zwei Großanlagen die wirtschaftlich sinnvollste Lösung wäre. Denn bei einer bis zum Ende des Jahrhunderts geplanten deutschen Kernkraftleistung von 30 000 bis 35 000 Megawatt werden jährlich 1000 Tonnen abgebrannte Brennelemente anfallen. Hätte die Bundesrepublik eine darüber hinausgehende Verarbeitungslösung,

könnte sie die überschüssige Kapazität auf dem Weltmarkt anbieten und damit ein Milliarden-geschäft machen. Die Franzosen jedenfalls planen den wirtschaftlichen Großeinstieg in das lukrative Geschäft mit der Wiederaufbereitung.

Die Staatsfirma „Cogema“, die die Anlagen in Marcoule und im nordfranzösischen La Hague betreibt, hat mit der Bundesrepublik einen Vertrag abgeschlossen, wonach die bis 1986 in deutschen Kernkraftwerken anfallenden Brennelemente in einer neuen Anlage in La Hague wiederaufgearbeitet werden. Die Bundesrepublik zahlt dafür 3,5 Milliarden DM. Walter Weinländer: „Wenn der Vertrag abgelaufen ist, haben die Franzosen eine neue Anlage, die von uns finanziert wurde.“ Doch trotz des hohen wirtschaftlichen Gewinn halten auch DWK-Experten die Wiederaufbereitung von Brennelementen in der Bundesrepublik für politisch nicht durchsetzbar.

Im Kern wird sogar die Befürchtung laut, die deutschen Energieversorgungsunternehmen, die zur Entsorgung ihrer Kernkraftwerke die DWK als Tochter gegründet haben, könnten auf ein eigenes Projekt völlig verzichten. Die Milliarden-Beträge der deutschen Wirtschaft entziehen und sich weiterhin auf internationale Verträge verlassen, in erster Linie mit Frankreich. Ein DWK-Mitarbeiter zur WELT: „Betriebswirtschaftlich wäre es egal, wo die Deutschen wiederaufarbeiten, wenn die Wiederaufbereitung im Ausland aber für uns ein großer Schaden.“

Über die von deutschen Besuchern immer wieder geäußerten Sicherheitsbedenken haben die Franzosen, die schon 40 Prozent ihres Stroms aus Atomkraft gewinnen, nur ein mildes Lächeln. Für eine Doktorarbeit hat ein junger Mediziner kürzlich die Bütanalanalyse der Marcoule-Mitarbeiter über 25 Jahre verglichen. Sein Ergebnis: Veränderungen sind nicht festzustellen. Dr. Fossart, Arzt in Marcoule: „Wir konnten durch Untersuchungen belegen, daß unsere Leute selber an Krebs erkrankten als der Durchschnitt der Bevölkerung.“ Beim Mittagessen protestiert er dann mit einem Glas zu, in dem ein roter „Seigneurie de Giron“ funkelt. Die Weinfelder der riesigen Weinzerzeugung, die nach ganz Europa liefert, liegen unmittelbar neben der größten französischen Kernkraftanlage.

## Blüm will die Spitäler zum Sparen zwingen

Mehr Einfluß für die gesetzlichen Krankenkassen

PETER JENTSCH, Bonn  
Bundesarbeitsminister Norbert Blüm ließ keinen Zweifel aufkommen. Beitragssatzerhöhungen für die Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung, so ließ er die Leistungsanbieter im Medizinbetrieb wissen, fanden nicht seine Zustimmung. Blüm: „Das Ziel der Beitragssatzstabilität hat für die Bundesregierung Vorrang.“

Um dieses Ziel zu erreichen, hat der Arbeitsminister den teuersten Faktor des Medizinbetriebs ins Auge gefaßt: die Krankenhäuser. Sie verursachten 1982 Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung in Höhe von insgesamt 29,56 Milliarden DM. Blüm: „Wir haben bereits den Startschuß gegeben für die Überprüfung der Finanzierungsgrundlagen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz. Die Korrekturen an diesem Gesetz wollen wir möglichst noch in diesem Jahr zu Ende bringen.“

Der Minister findet sich in dieser Frage in bester Übereinstimmung mit den Koalitionspartnern CDU/CSU und FDP. Im Koalitionspapier heißt es dazu: „Ambulante Versorgung hat Vorrang vor stationärer Versorgung, personale Dienstleistungen vor kollektiver Leistung. Ziel ist ein Bettenabbau bei Wahrung gleichwertiger Chancen der freien und gemeinnützigen Träger. Die Selbstverwaltung der Krankenkassen ist zu stärken.“

Und in der Tat: Weit und breit im Lande gibt es kaum jemanden mehr, der nicht eine Novellierung des 1972 als „Jahreshundertgesetz“ von den Sozialliberalen verabschiedeten Krankenhausfinanzierungsgesetzes für erforderlich hält. Denn dieses Gesetz befähigt die Spitäler vor ernsthaften Zwang zu wirtschaftlicher Verhaltensweise und ermöglichte sogar den Aufbau überflüssiger Bettenkapazitäten.

Die gesetzlichen Krankenkassen, deren Einfluß Blüm – wie auch die Koalitionspartnern – stärken wollen, fordern nicht erst seit gestern unmittelbaren Einfluß auf die Krankenhausbedarfsplanung. Was auch verständlich ist – schließlich bezahlen sie in die laufenden Kosten, also die Pflegesätze. Und die verschlingen mit den genannten 29,56 Milliarden DM schon jetzt fast ein Drittel (31,9 Prozent) der Leistungsausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung. Zum Vergleich: Der nächst „teure Brocken“ ist die ambulante Behandlung durch die niedergelassenen Ärzte mit 18,3 Prozent der Ausgaben oder 16,9 Milliarden DM. Die Krankenkassen sind sogar

bereit, den Staat gänzlich von seiner Funktion als Träger der Krankenhausinvestitionen zu befreien (dies würde Milliardenbeträge in den öffentlichen Haushalten freisetzen). Das heißt, die Krankenhausfinanzierung würde nach Vorstellung der Kassen dem freien Markt überlassen, Zins und Tilgung würden in die Pflegesätze einfließen und von den Kassen bezahlt werden. Dies würde die Haushalte der Kassen nur vorübergehend belasten. Denn mittel- und langfristig würden die Kassen nur die Investitionen zu bezahlen haben, die sie zuvor genehmigt hatten – und das werden keine neuen Betten sein.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) beklagt dagegen einen Investitionsstau in Höhe von 15 Milliarden DM. Das sind Investitionen, die zwar von den Krankenhäusern beantragt, aber von den Behörden noch nicht genehmigt sind. DKG-Hauptgeschäftsführer Professor Hans-Werner Müller schlägt daher unter anderem vor, die Krankenhäuser auch für die ambulante Behandlung wenigstens partiell zu öffnen, heißt, die vor- und nachstationäre Behandlung sollen die Kliniken ambulant, ohne den Patienten ins Bett zu legen, durchführen können. Die DKG denkt darüber hinaus sogar daran, einzelne, kleine Abteilungen der Kliniken für die Kassenärzte zu öffnen (Beispiel: Belegarzt-System).

Die Spitzenverbände der deutschen Ärzte plädieren hingegen dafür, im Rahmen der Novelle den Pflegesatz „abnehmend“ zu gestalten. Die Kliniken sollen einen mit der Länge des Krankenhausaufenthaltes sinkenden Pflegesatz erhalten, um so zur Verkürzung der Verweildauer Anreize zu geben.

Bleibt abzuwarten, welche Vorschläge der Bundesarbeitsminister macht. Die Krankenhausfinanzierungs-Reform ist konsensfähig, zumal den frei gemeinnützigen und freien Krankenhäusern, die ohnehin nicht zu den teuren Gesundheitsfabriken zählen, laut Koalitionsvereinbarung gegenüber den kommunalen und Universitätskliniken in Länderhoheit gleichwertige Chancen eingeräumt werden sollen. Zudem sagt das Koalitionspapier eindeutig aus, daß die Selbstverwaltung der Krankenkassen zu stärken sei. Und das spricht ziemlich eindeutig für eine Mitbestimmung, wenn nicht gar Entscheidungsbefugnis der Krankenkassen über die Krankenhausbedarfsplanung.

## Vor Boykott der Volkszählung gewarnt

AP/dpa, München  
Boykott-Aufrufe zur Volkszählung sind nach den Worten des bayerischen Justizministers Karl Hillermeier „Aufruf zum Rechtsbruch“. Der demokratische Rechtsstaat müsse sich dagegen schützen. Die Gruppen, die zum Boykott aufrufen, dürften sich also nicht wundern, wenn Ordnungs-widrigkeiten-Verfahren gegen sie eingeleitet werden. Bundeskanzler Helmut Kohl wies in der „Bild“-Zeitung noch einmal daraufhin, daß Mißbrauch bei der Volkszählung „ausgeschlossen wird“.

## Hartkopf will in Pension

AP, Bonn  
Der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Günter Hartkopf (FDP), hat Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) um Versetzung in den einstweiligen Ruhestand gebeten. In einem Gespräch mit AP führte der 59-jährige Politiker, der in den vergangenen Jahren maßgeblich an der Umweltschutz-Gesetzgebung beteiligt war, „allgemeinpolitische Gründe“ für seinen Schritt an.

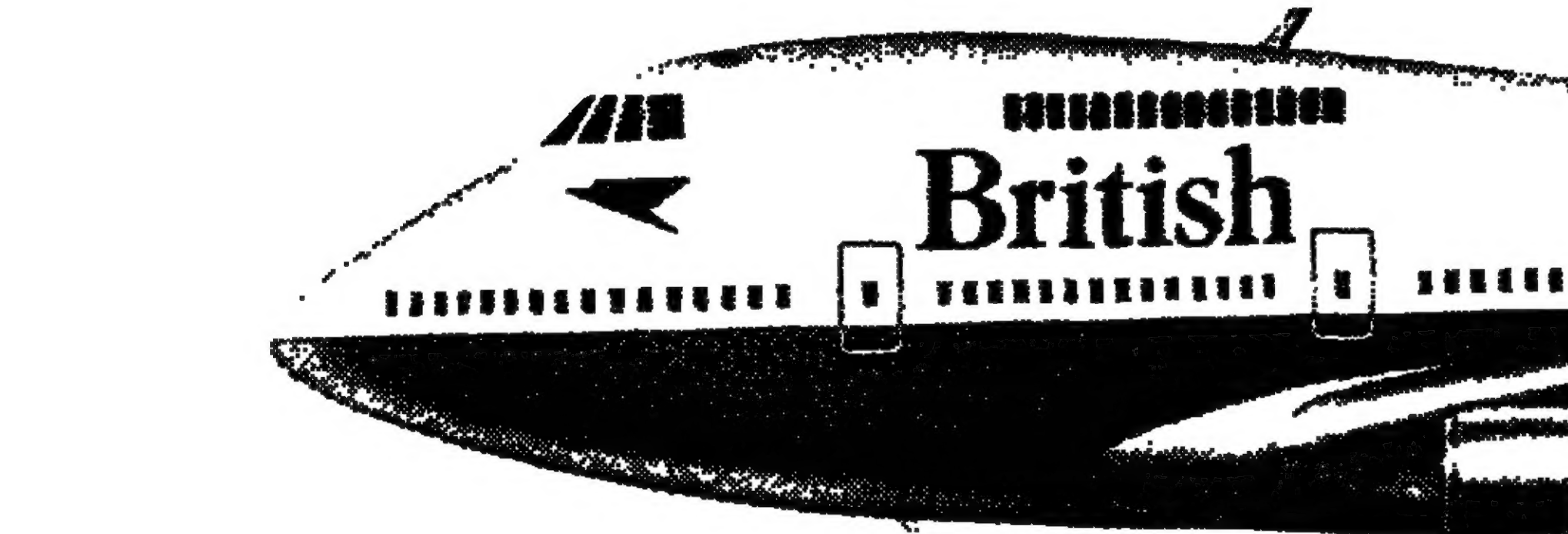
## Nach Washington und Moskau eingeladen

dpa, Bonn  
Bundeskanzler Helmut Kohl hat Einladungen zu offiziellen Besuchen in den USA und in der Sowjetunion angenommen. US-Präsident Reagan übermittelte seine Offerte an Kohl ebenso am 30. März wie die sowjetische Führung über ihren Bonner Botschafter Semjonow. Genaue Termine wurden noch nicht vereinbart.

## Oster-Besuche in Ost-Berlin

dpa, Berlin  
Die Zahl der Westberliner, die über Ostern nach Ost-Berlin und in die „DDR“ gefahren sind, ist im Vergleich zu 1982 wieder leicht gestiegen. Insgesamt stellten 42 587 einen Antrag für einen Tagesaufenthalt – 4,5 Prozent mehr als im vergangenen Jahr, aber 45 Prozent weniger als 1980.

DIE WELT (ausg. 800-500) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U.S.A. is US-Dollar 350.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 580 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.



## Zwei einmalige Atlantik-Überquerungen zum einfachen Preis.

British Airways und Cunard haben ein ganz besonderes Angebotspaket für Ihre nächste Atlantik-Überquerung zusammengestellt. Sie zahlen für die eine Hälfte Ihrer Reise auf dem komfortabelsten Luxusship der Welt, der Queen Elizabeth 2., und British Airways fliegt Sie ohne Extra-Kosten die andere Strecke. Dieses Angebot gilt für alle 24 Transatlantik-Reisen in diesem Jahr. Es bleibt Ihnen überlassen, ob Sie lieber per Schiff nach New York fahren und zurück fliegen, oder umgekehrt. Die Passage gibt es ab DM 2750,-. Eigentlich ist das recht preiswert, wenn man bedenkt, daß damit eine normale Geschäftsreise in wirklich unvergeßliche Ferien verwandelt wird. Fordern Sie alle Einzelheiten dieses verlockenden Angebots mit dem Coupon, oder fragen Sie Ihr örtliches Reisebüro.

An Cunard, Deutsches Reisebüro GmbH, Eschenheimer Landstr. 25-27, 6000 Frankfurt/Main, Tel. 1566342, oder Cunard, Amtliches Bayerisches Reisebüro GmbH, im Hauptbahnhof, Passagierabteilung, 8000 München 2, Tel. 5904233/373. Nach receipt of Angebot, Schicken Sie mir alle Einzelheiten des Cunard/BAW-Sonderangebots.

Name: \_\_\_\_\_  
Anschrift: \_\_\_\_\_

British airways CUNARD DW

**Hotel Land Hoopen**  
Das Haus für anspruchsvolle Tagungen und Festlichkeiten. Verkehrsgünstig am Dreieck Hamburg-Hannover-Bremen (je 45 Min. Fahrt). Sie uns, wir informieren Sie gern.  
30533 Schenefeld (Lübeck) (Lübeck) Telefon 0410 92 92 41 Telex 4 16 530

**AUSTRALIEN-/Neuseeland-Rüge**  
Brisbane/Darwin Melbourne/Sydney ab DM 2680,- Perth DM 2500,- Auckland/Wellington + Christchurch DM 3100,- Abflüge von AMS/BRU/LUX  
BTS Business Tours Goethestraße 22 8000 Frankfurt/M. 1 Telefon 06 11 12 92 41 Telex 4 16 530

In Hamburg würden wir gern Ihre Repräsentanz übernehmen.  
Nähere Information unter S 5387 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

**Firma aus der Videobranche**  
sucht zwecks Vergrößerung ihrer Kapazität (Aufträge liegen vor) (Kopiergerät) noch einen Mann, der sich in der Videobranche auskennt. Er sollte über 300.000,- bis 500.000,- DM Gute Renditeerwartung. Angebote unter M 5251 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

**Tankstellen**  
von Mineralölunternehmen gesucht.  
Betreiber als freie TS geplant  
Zuschr. erb. u. PW 46 189 an WELT-Verlag, Postf. 2000 Hamburg 36.

**Repräsentanten**  
für den Vertrieb einer med. techn. Reuebit! Erforderlich: Einwandfreier Leumund und Eigenkapitalnachweis DM 25 000,- Interessenten melden sich bei der v. uns beauftragten Unternehmensberatung E. P. Kaup in 2 Hamburg 20, Postfach 20 11 12. Kurzantrag u. T. 0 40 14 20 30 85

**Liebe ist...**  
wenn Sie ein Kind vor dem Verhungern retten.  
Wir vermitteln Ihnen die pädagogische Kindertagesstätte mit einem hundertjährigen Kind. Das kostet Sie nur ein wenig Liebe und DM 45,- im Monat (steuerlich absetzbar).  
U.F. Kinderhilfe e.V. Deutscher Familienrat e.V., Postfach 10 08 64, 4300 Essen. Telefon 0410 92 92 41 Telex 4 16 530  
Wahlweise CCF schon über 200.000 Kinder.

**Dr. Mildred Scheel**  
Viel mehr bleibt zu tun: Spendenkonto 909090 bei allen Banken, Sparkassen und Postscheckamt Köln 909090-501. Dem Leben zuliebe Deutsche Krebshilfe e.V.

**N. V. PHILIPS' GLOEILAMPENFABRIEKEN Eindhoven/Niederlande**  
Der Vorstand teilt mit, daß die ORDENTLICHE HAUPTVERSAMMLUNG der Aktionäre am Dienstag, dem 26. April 1983, Anfang 14.30 Uhr, in der Philips' Jubileumbank in Eindhoven abgehalten wird. In Eindhoven abgehalten wird im Anschluß an die Hauptversammlung der N. V. Philips' Gloeilampenfabrieken haben Zutritt zu dieser Versammlung.

**TAGEBÜNDUNG**  
1. Eröffnung der Versammlung.  
2. Bericht des Vorstands über das Geschäftsjahr 1982.  
3. Vorlage des Berichtes des Aufsichtsrats über den Jahresabschluß 1982.  
4. Feststellung des Jahresabschlusses und Festsetzung der Dividende für die Aktionäre auf hfl 1,80. Von dieser Dividende sind bereits hfl 0,60 in bar als Interimdividende gezahlt worden.  
5. Antrag auf Beibehaltung des Vorstands für einen Zeitraum von 18 Monaten, innerhalb derer der Vorstand die Befugnisse des Aufsichtsrats gegen Entgelt eigene Aktien der Gesellschaft und der N. V. Gemeenschappelijk Beitz van Aandeelen Philips' Gloeilampenfabrieken zu erwerben.  
6. Mitteilung des Ausschusses von Herrn Mr. J. J. Spilman als Vorstandsmitglied zum 1. Juli 1983.  
7. Zusammenfassung des Aufsichtsrats.  
a. Mitteilung des Ausschusses der Herren Hr. H. A. C. van Riemsdijk, Prof. Dr. A. Coppé, Dr. F. H. de Clercq und Prof. Dr. G. W. Rathenau als Mitglieder des Aufsichtsrats und als „Commissarissen“ wegen Erreichens des 72. Lebensjahres in diesem Jahr und des turnusmäßigen Ausscheidens von Herrn Hr. J. M. Ph. Bongaerts als Mitglied des Aufsichtsrats und als „Commissaris“.  
b. Antrag auf Bestimmung von fünf Mitgliedern des Aufsichtsrats; damit wird die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder auf elf Mitglieder festgesetzt. Für die beizubehaltenden Befugnisse hat der Aufsichtsrat Wahlvorschlüsse unterbreitet und in Übereinstimmung mit den Vorschriften der Satzung zur Einsichtnahme ausgestellt. Auf diesen Wahlvorschlüssen stehen an erster Stelle die Herren Hr. H. A. C. van Riemsdijk, Hr. J. M. Ph. Bongaerts, Dr. F. H. de Clercq, Hr. J. M. Ph. Bongaerts und Dr. F. H. de Clercq.  
c. Antrag auf Bestimmung von zwei Mitgliedern des Aufsichtsrats zum „Commissaris“; damit wird die Zahl der „Commissarissen“ auf sieben festgesetzt. Für die beizubehaltenden Befugnisse hat der Aufsichtsrat Wahlvorschlüsse unterbreitet und in Übereinstimmung mit den Vorschriften der Satzung zur Einsichtnahme ausgestellt. Auf diesen Wahlvorschlüssen stehen an erster Stelle die Herren Hr. J. M. Ph. Bongaerts und Dr. F. H. de Clercq.  
8. Verschiedenes.  
9. Schließung der Versammlung.  
Die in Punkt 7 der Tagesordnung erwähnten Wahlvorschlüsse sowie nähere Angaben zu den darin genannten Herren liegen für Aktionäre in der Geschäftsstelle der Gesellschaft und bei der Amsterdam-Rotterdam Bank N. V. Herengracht 595, Amsterdam, zur Einsichtnahme aus.  
Aktionäre von N. V. Gemeenschappelijk Beitz van Aandeelen Philips' Gloeilampenfabrieken, die an dieser Hauptversammlung teilnehmen wollen, müssen die in der gleichzeitig veröffentlichten Einberufungsanzeige der N. V. Gemeenschappelijk Beitz van Aandeelen Philips' Gloeilampenfabrieken anstehenden Vorschriften einhalten.  
Eindhoven, den 5. April 1983

**PHILIPS**  
Wenn Sie es eilig haben, können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber 8 579 104 aufgeben

**Wasserenthärter**  
Neu mit Sparregelung und Härtefühler!  
Ein Aestek-Wasserenthärter liefert weiches Wasser für das gesamte Haus und schützt Rohre, Geräte und Heizung vor Verkalkung. Lieferung und Montage direkt ab Werk.  
Aestek-Wasserenthärter, Kreuzholzstr. 6 6700 Ludwigshafen, Telefon 06 21/66 50 73

**N. V. GEMEENSCHAPPELIJK BEZIT VAN AANDELEN PHILIPS' GLOEILAMPENFABRIEKEN Eindhoven/Niederlande**  
Der Verwaltungsrat lädt hiermit die Aktionäre der Gesellschaft zur Teilnahme an der ORDENTLICHEN HAUPTVERSAMMLUNG ein, die am Dienstag, dem 26. April 1983, in der Philips' Jubileumbank in Eindhoven abgehalten wird im Anschluß an die Hauptversammlung der N. V. Philips' Gloeilampenfabrieken.

**TAGEBÜNDUNG**  
1. Eröffnung der Versammlung.  
2. Bericht des Verwaltungsrats über das Geschäftsjahr 1982.  
3. Feststellung des Jahresabschlusses und Festsetzung der Dividende für die Aktionäre auf hfl 1,80. Von dieser Dividende sind bereits hfl 0,60 in bar als Interimdividende gezahlt worden.  
4. Antrag auf Beibehaltung des Verwaltungsrats für einen Zeitraum von 18 Monaten, innerhalb derer der Verwaltungsrat die Befugnisse des Aufsichtsrats gegen Entgelt eigene Aktien der Gesellschaft zu erwerben.  
5. Antrag auf Bestimmung eines Verwaltungsratsmitglieds zur Besetzung des durch das turnusmäßige Ausscheiden von Herrn Hr. D. Noordhoff freigesetzten Sitzes. Herr Hr. D. Noordhoff hat sich für eine Wiederwahl zur Verfügung gestellt.  
Der Bericht von der Versammlung der Prioritätsaktionäre aufgestellte Wahlvorschlüsse lauten wie folgt:  
1. Hr. D. Noordhoff  
2. C. J. van der Klugt  
6. Verschiedenes.  
7. Schließung der Versammlung.  
Aktionäre, die (in Person oder durch einen Bevollmächtigten) an der Hauptversammlung teilnehmen, darf das Wort führen und das Stimmrecht ausüben wollen, müssen der Gesellschaft spätestens am 18. April 1983 ihr Vorhaben zur Kenntnis bringen, und zwar in folgender Weise:  
a. Besteller von Jahresaktien müssen ihre Aktienurkunden spätestens am 18. April 1983 gegen Anweisung einer Empfangsbefugnis, die als Eintrittsbescheinigung für die Versammlung dient, bei einer der nachstehenden Stellen hinterlegen:  
IN DEN NIEDERLANDEN:  
Amsterdam-Rotterdam Bank N. V. zu Amsterdam, Herengracht 595, oder in der Geschäftsstelle der Gesellschaft in Eindhoven, Groeneveldweg 1.  
IN DEUTSCHLAND:  
Kreditbank AG, Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Köln, München, Saarbrücken;  
Bank für Handel und Industrie AG, Berlin;  
Berliner Commercialbank AG, Berlin;  
Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Frankfurt a. M., Berlin;  
Commerzbank AG, Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Köln, München;  
Deutsche Bank AG, Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Köln, München;  
Deutsche Bank Berlin AG, Berlin;  
Trinkaus & Burkhart, Düsseldorf, Frankfurt a. M.;  
M. M. Warburg, Breitenmann, Wirtz & Co., Hamburg;  
Deutsche Bank Saar AG, Saarbrücken;  
Sal. Oppenheim Jr. & Cie., Köln, Frankfurt a. M.;  
Schroder, Münchener, Hengst & Co., Hamburg, Frankfurt a. M.  
b. Besteller von Namensaktien müssen spätestens am 18. April 1983 ihr Vorhaben, an der Versammlung teilzunehmen, der Gesellschaft in der Weise zur Kenntnis bringen, wie sie in dem ihnen gesandten Einberufungsbescheid enthalten ist.  
Der Philipp' Geschäftsbericht 1982, der u. a. den Jahresabschluß 1982, den Bestimmungsvorschlag sowie den Bericht des Verwaltungsrats für das Geschäftsjahr 1982 enthält, liegt in den Geschäftsräumen der Gesellschaft und bei den obenstehenden Banken zur Einsichtnahme aus und wird den Namensaktionären zugestellt. Exemplare sind auf Anfrage bei der Gesellschaft und bei den obenstehenden Banken (kostenfrei) erhältlich.  
Eindhoven, den 5. April 1983

**PHILIPS**



oykott der  
ählung

nt  
AP/dpa, Münch  
ufrufe zur Volks  
ach den Worten  
Justizministers  
„Aufforderung zu  
i“. Der demokratis  
müsse sich dage  
ie Gruppen, die  
iefen, dürften sich  
m, „wenn Ordnun  
i-Verfahren gegen  
werden“. Bundes  
sohl wies in der „Be  
gegnungsdarstellung  
bei der Volkszäh  
sen wird“.

pf will  
ion

AP, Be  
sekretär im Bundes  
um, Günter Harde  
n (CSU) um Ver  
n. In einem Gespre  
der 59jährige F  
n vergangen Jahr  
an der Unweltsch  
ig beteiligt war, „a  
he Gründe“ für sein

ashington in  
eingeladen

dpa, Be  
izler Helmut Kohl  
zu offiziellen Be  
ISA und in der Sow  
ommen. US-Präsi  
mittelte seine Offe  
so am 30. März wie  
Führung über ab  
hafter Semjonow  
se wurden noch ge

esuche  
Berlin

dpa, Be  
der Westberliner  
nach Ost-Berlin un  
geführt sind, s.  
1983 werden lech  
gesamt stellen si  
für einen Tagesau  
zent mehr als im  
hr, aber 45 Prozent  
0.

603-590) is published  
and holiday. The sun  
U.S. \$ 1.50-Dollar  
and postage is per  
07631 and 41 editions  
master. Send address  
Language Publications  
Inc., Englewood Cliffs

äter

erfüllt  
t weiches Wasser  
rate und Heizung  
direkt an Werk  
Jeuzholzstr. 6  
52176 50 73

mer  
ig vermerken!

CHAPPELIX  
ELEN PHILIP  
FABRIKEN  
serlande

re der Gesellschaft

ANMELUNG  
„Physische Arbeit“  
e Hauptversammlung

1983  
etzung der F v  
dende sind bereits  
gerade für einen De  
en und satzungsgem  
haft zu einem Aus  
t  
smutigkeit der Bewe  
in Herrn in der Not  
hat sich für eine W  
tatsächlich aufge

Bevollmächtigter  
Führer und das  
t spätestens am 18.4.  
ver in folgender  
tuenkundliche  
Empfangsbestätigun  
nt, bei einer der

im Amsterdam, der  
stelle der Gesellschaft

sektor, Frankfurt a  
Berlin.

r Bank, Frankfurt a  
sektor, Frankfurt a  
sektor, Frankfurt a

Frankfurt a. M.  
, & Co. Hamburg  
sektor a. M.  
Co. Hamburg

ens am 19. April 1983  
n, der Gesellschaft  
besten gesamt in Euro

Jahresabschluss der  
Verwaltungsorgane  
nehmen der Gesell  
nahme aus und  
auf der Bilanz, der

# Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

## Der Warschauer Vertrag

„Leserbrief: Rechtsstatus der Ost-Gebiete“ WELT vom 18. März

Generalstaatsanwalt a. D. Erich Heimeshoff hat in seinem Leserbrief vom 10. März die bekannte Vorläufigkeit der Oder-Neisse-Linie aus rechtlicher Sicht treffend dargestellt. Ich verweise in meinem Beitrag jedoch einen Hinweis auf die menschliche Seite, d. h. die tatsächliche Unmöglichkeit, diese Grenze als endgültig anzusehen. Denn mit einer so entstandenen Grenze zu Polen, durch Krieg und Vertreibung erzwungen, können unsere Völker auf Dauer einfach nicht leben.

Wer hüben und drüben an einer echten, dauerhaften Aussöhnung interessiert ist, weiß das. Auch noch so oft wiederholte Erklärungen und feierliche Unterschriften mehr oder weniger repräsentativer Politiker, christliche Ermahnungen und Beschwörungen von Bischöfen, Schulbekenntnisse und Verzichtserklärungen (meist von Unbetroffenen und Uninteressierten), sowie die nationalen Besitzansprüche auf beiden Seiten ändern daran nichts.

Die Kriegsgrenze von Jalta hat keinen Bestand. Freilich, so wie es war, wird es nicht wieder werden. Wir müssen uns auf ein Zusammenleben mit Polen und Russen (im nördlichen Ostpreußen) vorbereiten. Das erfordert Toleranz und Phantasie. Bei der vorhandenen Versöhnungsbereitschaft auf beiden Seiten bin ich optimistisch, daß unsere Völker diese noch be-

vorstehende Bewährungsprobe bestehen werden.  
Dr. Reinhard Gnauck  
Wiesbaden

\*

Sehr geehrte Damen und Herren, die Wertung des Warschauer Vertrages durch Leser Heimeshoffs ist in mehrfacher Hinsicht juristisch nicht überzeugend, trotz des Ranges des Verfassers.

Mit Rücksicht auf die hier angesprochene völkerrechtliche Wirksamkeit war es sicher mehr als ungünstlich, einem Vertrag zuzustimmen, dessen Wortlaut die östliche Lesart begünstigt. Die deutsche Sicht wäre besser im Vertrag als in dem Brief zur deutschen Einheit oder im völkerrechtlich möglicherweise tatsächlich verbindlichen einseitigen nachträglichen Erklärungen zum Ausdruck gekommen. In jedem Falle gilt:

- Es ist unzutreffend, daß Gebietsänderungsverträge Friedensverträge sein müssen, um wirksam zu sein. Das hieße ja, daß ein Staat, der bereit ist, einer Grenzkorrektur zu seinen Lasten zuzustimmen, einen Krieg führen müßte, um dies wirksam tun zu können.
- Wenn Heimeshoff richtig zitiert, dann sind die Abweichungen gegenüber dem Wortlaut der Vorbehaltsklausel in anderen Ostverträgen gerade ein Argument für und nicht gegen die Annahme der endgültigen Verbindlichkeit. Der neue Vertrag wird nach der Vorbehaltsklausel, wie zitiert, durch frühere Verträge nicht berührt, also in sei-

ner Gültigkeit nicht eingeschränkt. Der Zusatz dehnt dies aus auf die mehrseitigen Vereinbarungen. Auch diese sollen also die Gültigkeit des neu vereinbarten Textes nicht einschränken. Wäre ein Vorbehalt zugunsten der älteren Vereinbarungen gemeint gewesen (leider liegen mir die Texte nicht vor), dann müßte es heißen, daß durch den Vertrag die älteren Vereinbarungen nicht berührt werden.

Dennoch teile ich Heimeshoffs Sicht im Ergebnis. Tatsächlich ist die völkerrechtliche Kompetenz der deutschen Seite eingeschränkt. Deshalb sind die alliierten Vorbehaltsklausel relevant und die Vorbehaltsklausel, wenn sie diese als unbeachtlich bezeichnen wollte, unwirksam. Die Bundesrepublik konnte nicht über eine Grenze verfügen, an der sie nicht beteiligt ist.

Mit freundlichen Grüßen  
Ulrich von Heyl  
Lampertheim

\*

Hiermit beenden wir die Diskussion zu diesem Thema.  
Die Redaktion

## Deutsches Patent

„Schleudersitz rettet 5000 Piloten das Leben“ WELT vom 2. März

Sehr geehrte Damen und Herren, die in Kopie beigefügte Meldung in der WELT bedarf im Interesse der Luftfahrtgeschichtlichen Wahrheit einer Richtigstellung. Da der SAD London für den Inhalt verantwortlich zeichnet, nehme ich an, daß die Information von der englischen Martin-Baker-Company stammt – und durch die britische Brille sieht die Welt vielleicht etwas anders aus!

Tatsache ist aber, daß die Hein-

kel-Flugzeugwerke bereits 1940 einen Schleudersitz entwickelten und den ersten Schleuderversuche im Zeitraum 15. 6.-7. 11. 1940 ausführen. Der Sitz war speziell für den schnellen Turbinenjäger Heinkel He 280 konzipiert worden, der ab Ende 1939 in Entwicklung stand und am 30. 3. 1941 seinen Erstflug durchführte.

Zum ersten „ernsthaften“ Einsatz des Schleudersitzes kam es am 13. 1. 1943, als Testpilot Schenk während der Erprobung im Luftwaffen-Testzentrum Rechlin die He 280 V1 (34 Versuchsmuster 1) in etwa 2000 m Höhe verlassen mußte, weil nach einem Schleppstart das Fahrwerk nicht einfuhr und das Schieppel sich nicht lösen ließ – vermutlich infolge Vereisung. Schenk landete unversehrt auf dem Erdboden, während sein Flugzeug beim Aufschlag starke Beschädigungen erlitt.

Diese dürfte der erste erfolgreiche Ausstieg per Schleudersitz gewesen sein, also mehr als fünf Jahre vor dem von Ihnen zitierten Datum – und mit einem Heinkel-Schleudersitz!

G. Frost, Arbeitsgem. Deutsche Lufthistorik  
Hamburg 13

## Mit neuem Schema

ARD und ZDF gerieten sich in die Welle“ WELT vom 29. März

Lieber Herr Kremp!  
Der ausführliche Bericht der WELT geht offenbar trotz eindeutiger Erklärungen von ZDF-Intendant Prof. Dieter Stolte und trotzdem im „ZDF-Aktuell“ verbreiteten Meldung über die Beschlüsse des ZDF-Fernsehrats zum Programmschema und Koordinierungsabkommen von ähnlichen Mißverständnissen aus wie der in dem Beitrag ausführlich zitierte amtierende Programmdirektor der ARD, Heinz Werner Hübner:

1. Das von ARD und ZDF im

Grundsatz ausgehandelte Programmschema war für die Sitzung des ZDF-Fernsehrats vom 25. März zur Verabschiedung gar nicht vorgesehen. Es wird vom Intendanten in die Fernsehrat-Sitzung vom 22. Juni in Dortmund zur Zustimmung eingebracht.

2. Die Bedingungen, unter denen das geltende Programmschema (gültig bis Ende 1983) abgeschlossen wurde, haben sich allgemein durch die Ausweitungen der Dritten Programme, insbesondere durch die Veränderung des WDR-Programms am Vorabend, wesentlich verändert. Dadurch sind vor allem im Sendebereich des WDR Zuschauerverluste für das ZDF eingetreten. Das ZDF wird sich dazu gezwungen sehen, das bis Ende 1983 geltende Koordinierungsabkommen, und zwar mit ausdrücklicher Zustimmung des Fernsehrats, zu kündigen.

3. Der mit der ARD im Grundsatz ausgehandelte Programmschema-Entwurf wurde, vorbehaltlich der Zustimmung durch den ZDF-Fernsehrat, zunächst für 1984 gelten. Mit der ARD wird der Intendant unverzüglich Verhandlungen aufnehmen mit dem Ziel, mit ihr zusammen neue, flexiblere Formen der Koordination zu schaffen; auch für diese neuen Formen soll der ZDF-Staatsvertrag Richtschnur bleiben.

Dr. Fritz Hufen,  
ZDF-Information und Presse,  
Mainz

## Wort des Tages

„Wenn man regieren muß, darf man die Menschen nicht vor sich herjagen – man muß sie zum Folgen bringen.“  
Charles de Montesquieu, franz. Schriftsteller (1689-1755)

## Personalien

### ERNENNUNGEN

Aus Neuss bei Düsseldorf kommt der neue Abt des Konvents der oberösterreichischen Trappistenabtei Engelszell. Es ist der 61jährige Pater Klaus Jansen. Er wurde Nachfolger von Abt Willibald Knoll, der sich nach 16jähriger Amtszeit zurückzog, nachdem er nach einem Unfall gelähmt ist. Abt Klaus Jansen kam erst spät zum Priester- und Ordensberuf. Während des Zweiten Weltkrieges war er Nachflieger und überlebte als einziger seiner 60 Staffelfellkamaraden. Ende der fünfziger Jahre trat er in die Abtei Maria Wald in der Eifel ein. 1966 wurde er zum Priester geweiht. Der neue Abt ist zunächst für eine Dauervon sechs Jahren in sein neues Amt gewählt worden. Karl H. Pless, Geschäftsführer der Firma Hoechst-Boliviana, wurde neuer Präsident der Deutsch-Bolivianischen Industrie- und Handelskammer für das Geschäftsjahr 1983/84. Sein Stellvertreter ist Vizepräsident Fernando Anker. Die Deutsch-Bolivianische Industrie- und Handelskammer hat in La Paz ihren Sitz.

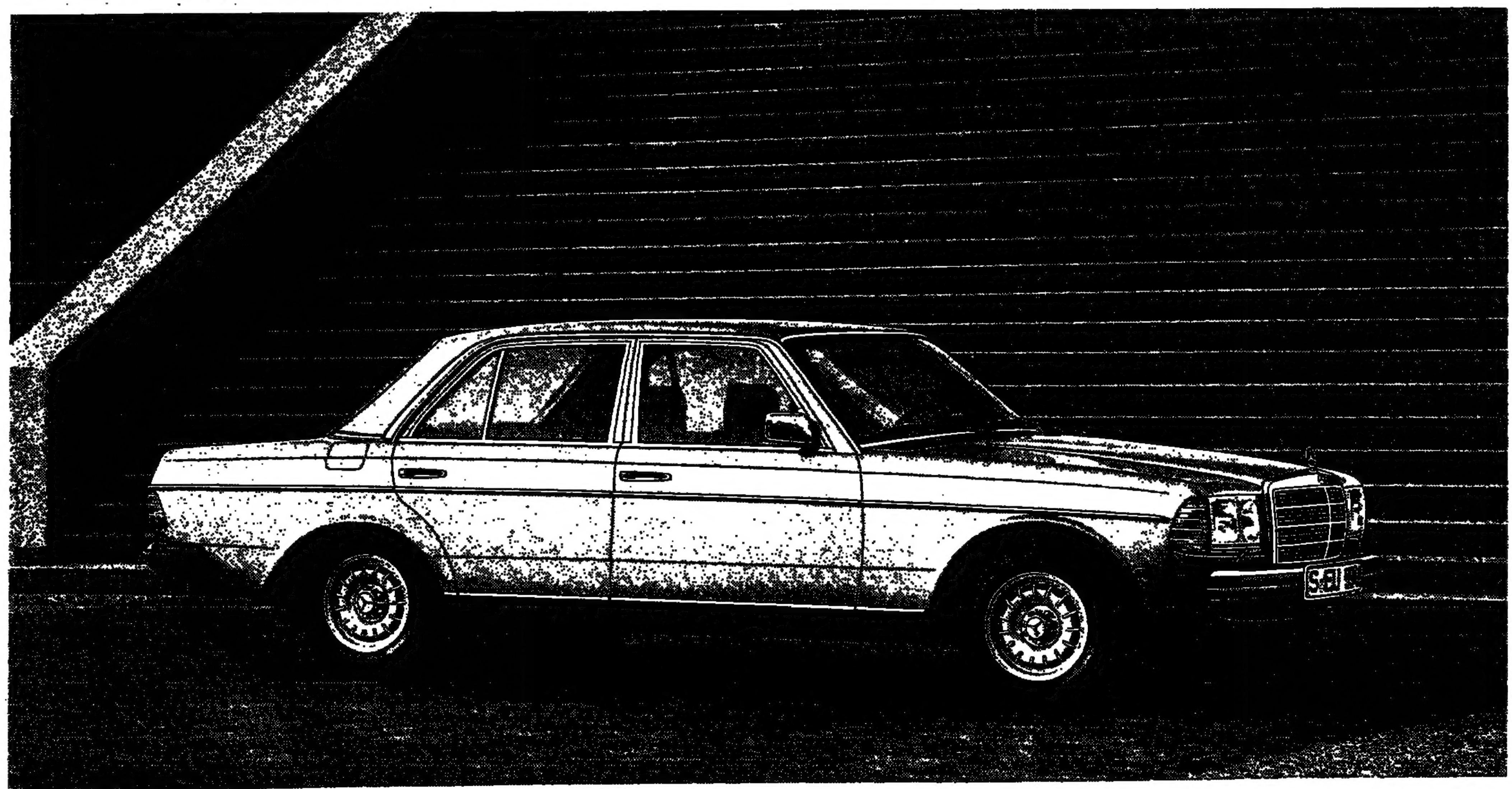
### RUHESTAND

In den Ruhestand getreten ist Professor Dr. Heinrich List, der bis 31. März als Präsident des Bundesfinanzhofes in München tätig war. Er wurde von Professor Dr. Franz Klein abgelöst. Professor List, Jahrgang 1915, war 1962 zum Bundesrichter am Bundesfinanzhof berufen worden. 1972 wurde er Senatspräsident, zwei Jahre später Vizepräsident am Bundesfinanzhof. 1978 übernahm er dann als Nachfolger von Professor Dr. von Wallis das Amt des Präsidenten. Professor List ist seit 1964 auch Hochschullehrer. Seit 1973 ist er außerdem als Prüfer für die erste juristische Staatsprüfung tätig. 1967 wurde er Honorarprofessor an der Universität Nürnberg-Erlangen.

### EHRUNG

Die Vereinigung der Deutschen Medizinischen Fach- und Standespressen in der Union Internationale de la Presse Médicale hat sich dafür entschieden, dem Arzt und Schriftsteller Dr. Willy Erich Josef Schmiedtrik die Walter-Trummer-Medaille zu verleihen. Der in Köln lebende Schriftsteller ist ständiger Mitarbeiter von Fach- und Publikumszeitschriften, Drehbuchautor beim Fernsehen

## Ein Mercedes bietet Ihnen auch dann noch viel, wenn Sie ihn verkaufen.



### Weiches Fahrzeug bietet Ihnen so lange so hohe Werte wie ein Mercedes?

Bei Mercedes wird grundsätzlich alles großgeschrieben, was zur Werterhaltung des Automobils beiträgt – ein wesentlicher Grund dafür, daß Mercedes-Besitzer den Wertverlust ihres Fahrzeuges auch noch nach Jahren kleinschreiben können.

In einem Vergleichstest stellt die Fachzeitschrift „mot“ (3/83) fest: „Das Image gebrauchter Modelle (der Baureihe vom 200 D bis 280 E) in puncto Qualität, Zuverlässigkeit und Lebensdauer könnte nicht besser sein. Bei den mot-Aktionen „Kampf dem Rost“ schnitten Mercedes-Wagen am besten ab, weil sie offensichtlich am besten gegen Rost geschützt werden ...“ Die „mot“-Redaktion absolvierte zwei Dauertests mit Fahrzeugen dieser Mercedes-Klasse (230 T und 230 E).

- Nach einem 100.000-Kilometer-Dauertest mit einem 230 E lautete das „mot“-Urteil:
- Karosseriequalität sehr gut
  - Kaum Verschleißspuren
  - Kein außerplanmäßiger Werkstattaufenthalt
  - Geringe Betriebskosten

### Verarbeitungsqualität, Ausstattung, Funktionalität – dreimal Bestnoten.

Für die Attraktivität eines Fahrzeuges ist neben der Verarbeitungsqualität und Ausstattung auch die Funktionalität entscheidend. „auto, motor und sport“ (3/83) gab hierfür dem 230 E in einem Vergleichstest die meisten Pluspunkte.

„Gerade die Funktionalität, deren Bewertung sich aus einer Summe von Details zusammensetzt, entscheidet im Alltag zu einem großen Teil über den Zufriedenheitsgrad beim Besitzer ... hier verdient eindeutig der Mercedes die meisten Pluspunkte.“

Die strengen Mercedes-Benz-Maßstäbe in bezug auf Funktion und Qualität gelten grundsätzlich für alle Mercedes-Automobile. Und für welches Sie sich auch entscheiden – der hohe Wiederverkaufswert ist ein Faktor, mit dem Sie von Anfang an rechnen können.

Mehr Informationen über die Modelle 200 D – 280 E erhalten Sie, wenn Sie diesen Coupon an Daimler-Benz AG, Abteilung VOI/VP-V, Postfach 202, 7000 Stuttgart 60, schicken.

Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Ort \_\_\_\_\_

„Die Mercedes-Automobile (der Baureihe vom 200 D bis 280 E) überzeugen durch hohe Qualität und Zuverlässigkeit ... Bei den TÜV-Prüfern gelten die viertürigen Limousinen mit dem wirklich großen Gepäckabteil als Musterknaben.“  
Ein Fachjournalist schrieb in der Zeitschrift „Vogue“ (1/83): „Mercedes-Fahrzeuge ... bieten eine ausgereifte Technik, und sie verlieren nur langsam an Wert. Wer mag schon mit der Unterschrift unter den Kaufvertrag Tausende von Mark verschenken?“



Mercedes-Benz.  
Ihr guter Stern auf allen Straßen.



## Sowjetische Spione, die enttarnt wurden

1982 wurden 49 Spione mit Diplomatenstatus weltweit ausgewiesen / Bundesrepublik übt besondere Anziehung aus

WALTER H. RUEB, Bonn  
Die Bundesrepublik Deutschland übt auf die sowjetischen Geheimdienste eine besondere Anziehungskraft aus. Obwohl die Bundesregierung im vergangenen Jahr im Unterschied zu zahlreichen, weniger gefährdeten Ländern keine Ausweisung vornahm, setzt das Verfassungsschutzamt in Köln die Zahl der erkannten Agenten hoch an. Wie es im letzten Jahresbericht des Amtes hieß, wurden 1981 etwa 100 Sowjets im Bundesgebiet und Berlin als aktive Beauftragte des Geheimdienstes betrachtet, während 77 weitere unter Verdacht standen.

Nach dem Bericht arbeiten 31 Sowjets, einschließlich des Militärattachés und seines Stabes, von der Botschaft in Bonn aus, sechs hinter der Fassade der Handelsmission in Köln, 13 im Hamburger Generalkonsulat und 50 in den Militärmissionen in Baden-Baden, Frankfurt und Bünde. Für den Geheimdienst arbeiten ferner ein sowjetischer Presseangehöriger sowie ein Angestellter von Sovexporthilf in Bonn.

Nach Ermittlungen des amerikanischen State Department wurden im Jahre 1982 weltweit 49 Sowjets mit diplomatischem Status wegen Spionagetätigkeiten aus ihren Gastländern ausgewiesen. Nach dem internationalen Überblick war die entsprechende Vergleichszahl von 1981 mit 27 Ausweisungen erheblich niedriger.

In Italien und Großbritannien arbeitete der sowjetische Geheimdienst in den vergangenen drei Jahren glücklos. Alljährlich wurde mindestens ein Agent in Rom und London enttarnt und zur Ausreise aufgefordert. Den Vogel aber schoß Hollands und Kanadas Spionageabwehr ab: Seit 1970 wurden in den beiden Ländern je sechs sowjetische Agenten des Landes verwiesen. Nach Regionen betrachtet liegt Europa mit 23 Aus-

weisungen vor der übrigen westlichen Welt (19) und Asien (7). Am 8. April 1982 wurden die sowjetischen Botschaftsattachés Lomowsky und Kiritschuk wegen Spionage aus Bangladesch ausgewiesen. Sie waren kurz zuvor festgenommen worden, als sie 25 Melien von der Hauptstadt Dacca entfernt 588 Filme verbrennen wollten. In der indonesischen Hauptstadt Jakarta wurden im Februar 1982 gleich drei Sowjets wegen Spionage ausgewiesen: der Militärattaché Oberstleutnant Jegorow, der Aero-Flot-Repräsentant Fjodorow und der Botschaftsattaché Odarjuk.

In Singapur wurden im Februar 1982 der zweite Botschaftsattaché Larkin sowie ein hoher Beamter der sowjetischen Handelsmarine wegen Spionage ausgewiesen. Gestern hatte der Agent versucht, von einem einheimischen Offizier militärische Informationen zu bekommen. Sein Landsmann Bondarew soll seit Oktober 1979 ein Spionagenetz aufgebaut haben.

### Filmreife Autoverfolgung

Costa Ricas Behörden forderten im Herbst 1982 sogar 17 sowjetische Diplomaten zum Verlassen des Landes auf. Diese waren an einem gigantischen Waffenschmuggel von Costa Rica zu den kommunistischen Guerilleros in El Salvador beteiligt, der von einem gewissen Fernando Comas Perez eingefädelt und geleitet wurde. Perez hatte sich jahrelang als Vizekonsul an der kubanischen Botschaft in San José getarnt, wurde aber schließlich als Mitglied der Amerika-Abteilung der KP Kubas entlarvt. Mit Kuba brach Costa Rica die konsularischen Beziehungen ab. Die Entdeckung des Waffenschmuggels war das Ergebnis monatelanger Ermittlungen eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses in der Hauptstadt Costa Rica.

In den USA ging der Entlarvung und Ausweisung eines sowjetischen Spions nach Presseberichten eine filmreife Autoverfolgung durch Washington voraus. Der ranghöchste Militärangehörige in der sowjetischen Botschaft, Tschitow, arbeitete für den militärischen Geheimdienst GRU. Bei seiner Festnahme hatte er zahlreiche belastende Dokumente bei sich.

Mit Hauptmann Zotow wurde im Dezember 1982 in Großbritannien der ranghöchste Offizier der sowjetischen Botschaft zur "unerwünschten Person" erklärt. Zotow fungierte offiziell als Marineattaché, war in Wirklichkeit aber ein GRU-Agent. Er war der prominenteste rote Spion auf britischem Boden seit 1971 und der dritte ausgewiesene sowjetische Agent innerhalb von 18 Monaten. Mittels eines Spionagenetzes hatte er militärische Geheimnisse auszuspielen versucht.

Italien wies im Dezember 1982 gleich zwei sowjetische Spione aus: am 7. einen namentlich nicht genannten, am 17. Dezember Oberstleutnant Kholing. Der stellvertretende Militärattaché soll versucht haben, Verteidigungspläne der NATO in die Hand zu bekommen.

In Norwegen mußten die Mitglieder der sowjetischen Handelsmission von Oslo, Dokudowski und Vopilowski im Februar 1982 das Land verlassen. Die GRU-Agenten hatten führende Mitarbeiter von norwegischen Firmen zu bestechen versucht, die am Kampfflugzeug F-16 arbeiten. Ferner hatten sie Wege gefunden, um technologische Spitzenprodukte aus den USA, die Neigams Embargo unterlag, über norwegische Firmen in die UdSSR zu schleusen.

Portugals Regierung zog aus unliebsamen Erfahrungen mit Botschaften aus Ostblock-Ländern im März 1982 harte Konsequenzen: Die Vertretungen der Sowjetunion,

von Polen und der „DDR“ wurden aufgefordert, ihr diplomatisches Personal um 30 Prozent abzubauen. Schließlich flogen zwangsweise sechs Diplomaten nach Moskau zurück, die Polen mußten drei Flugkarten nach Warschau lösen und die Ostdeutschen Manfred Bleskin, Herbert Städt und Erhard Schmidt mußten Portugal ebenfalls verlassen.

### Aero-Flot-Direktor betroffen

Im April 1982 machte die Entdeckung von zwei GRU-Agenten in Madrid Schlagzeilen. Eine Woche später mußten Aero-Flot-Direktor Fedorin und Ingenieur Tirtschnikow Spanien verlassen. Die beiden Spione hatten sich angesichts des geplanten NATO-Beitritts von Spanien besonders für dessen Luftwaffe interessiert.

Auch aus Schweden wurden sowjetische Spione ausgewiesen: In Göteborg wurde der dortige sowjetische Konsul entlarvt, in der Botschaft in Stockholm flog der stellvertretende Militärattaché Oberstleutnant Sidroki auf. Ein Angehöriger einer sowjetischen Schiffgesellschaft in Göteborg wurde festgenommen. Die Neugier der Russen hatte sich nach schwedischen Presseberichten vor allem auf elektronische Erfindungen, wissenschaftliche Ideen und auf Pläne auf schwedischen Reibbrettern konzentriert. Die Sowjets hatten ferner zahlreiche Versuche unternommen, Techniker und Wissenschaftler anzuwerben. Angeblich sollen 80 sowjetische Diplomaten in Schweden für das KGB oder den GRU arbeiten.

In der Schweiz teilten die Behörden mit, seit 1948 seien sowjetische und andere Diplomaten aus dem Ostblock in 240 Spionagenetze verwickelt gewesen. Im Jahre 1982 allein mußten drei Sowjets wegen Spionage das Land verlassen. Auch hier wandelte mit Leonid Barabonow ein Aero-Flot-Direktor auf Abwegen.

## Interne Machtkämpfe zehren an den thailändischen Streitkräften

Konflikt an der Grenze zu Kambodscha kommt manchen Heerführern gelegen

CHRISTEL PILZ, Bangkok  
Die Kämpfe an der thailändisch-kambodschanischen Grenze haben Auswirkungen auf die Innenpolitik in Bangkok. Dort wird seit einigen Wochen hinter den Kulissen und insbesondere in den Streitkräften heftig um Vorrangstellungen gerungen. Der Grenzkonflikt wird diesen Machtkampf verschärft. Schon jetzt bringt man den Tod mancher Offiziere mit ihm in Verbindung.

So kehrte der thailändische Luftwaffenchef, Taklaew Susilavorn, von einem Ausflug nach Malaysia im März zurück. Herzschlag hieß es. Doch politische Kreise in Bangkok hochten auf. Man erinnerte sich an einige andere Spitzenkommandeure, die ebenso unerwartet verschieden sind.

Luftmarschall Taklaew war ein enger Freund des Oberkommandierenden der Streitkräfte, General Saiyud. Formell ist der „supreme commander“ der erste Mann in Thailands militärischer Hierarchie. Tatsächlich aber hat er wenig Macht. Er kommandiert nur Stäbe. Die politischen Claqueurs sind auf unabsehbare Zeit noch mächtiger. Militärs und Beamte den Aufbau der Demokratie beschützen und mitbestimmen. Putschgerüchte kursierten durch das putschgelebte Bangkok. Bis am Abend des 19. März alle Fernseh- und Rundfunkstationen die schockierende Nachricht annutzten, Premierminister Prem Tinsulanond habe das Parlament aufgelöst und Neuwahlen für den 18. April bestimmt.

An sich ist das ein Kompromiß nach bester Thailart. Es gab keine Verfassungssieger und -verlierer mehr. Ein Federstrich hatte beide Seiten wieder gleichgestellt. Die Versöhnung aber blieb aus. Was hatte Prem, der früheren Vorschlägen zur Parlamentsauflösung

teils kurzgehaltenen Jungtürkenoffiziere witterten Morgenluft. Ging „die Sonne“ nun unter, fragte man – eine Anspielung auf Arthit, dessen Name sowohl Sonne wie Sonntag bedeutet. Eine Niederlage, prophezeiten sie außerdem, komme selten allein. Arthit zeigte sich als schlechter Verlierer. Es gehe ihm um die Sache, sagte er. Ohne die Verfassungsänderung sei die weitere Entwicklung der Demokratie in Gefahr. Man könne die Demokratie nicht dem freien Spiel

der Parteien überlassen. Jedenfalls nicht in Thailand, wo Parteien keine Parteien im westlichen Sinn, sondern politische Claqueurs sind. Auf unabsehbare Zeit noch müßten Militärs und Beamte den Aufbau der Demokratie beschützen und mitbestimmen. Putschgerüchte kursierten durch das putschgelebte Bangkok. Bis am Abend des 19. März alle Fernseh- und Rundfunkstationen die schockierende Nachricht annutzten, Premierminister Prem Tinsulanond habe das Parlament aufgelöst und Neuwahlen für den 18. April bestimmt.

An sich ist das ein Kompromiß nach bester Thailart. Es gab keine Verfassungssieger und -verlierer mehr. Ein Federstrich hatte beide Seiten wieder gleichgestellt. Die Versöhnung aber blieb aus. Was hatte Prem, der früheren Vorschlägen zur Parlamentsauflösung

sung kategorisch entgegengetreten war, zu diesem Schritt bewogen? Er selbst gab zu, unter Druck gehandelt zu haben. Hatte General Arthit mit einem Putsch gedroht? Einen Putsch hätte Arthit viel leicht verloren. Gegen ihn stehen Luftwaffen und Marine. Tragisch wäre auch die Loyalität aus den eigenen Reihen des Heeres gewesen. Zahlreiche Generale und Jungoffiziere sind enttäuscht. Denn anhaltend widersprüchliche Weisungen im Namen von Arthit haben Verwirrung und Unfrieden gestiftet. Kenner der internen Heeresituation meinen, so mancher Panzer- und Artilleriekommandant würden nur auf eine Gelegenheit warten, die Gewehre gegen Arthit zu richten. Ihr Mann wäre zweifelsohne Saiyud.

Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß beide Männer einander als Rivalen ansehen. Saiyud ist der Beliebtere, geistig Überlegene. Er ist besonnen. Arthit hat mehr Temperament, mehr Muskelkraft, mehr Mut. Er wagt, rasch zu entscheiden und dafür geradestehen. So war es, der am 1. April 1981 den Putschversuch der Jungtürken abwehrte, sich zum Soldaten der Monarchie erklärte und dafür binnen eines halben Jahres vom Generalmajor zum Vierstern-General und am 30. September vorigen Jahres in die Position des Heereschefs aufstieg.

Der Konflikt innerhalb der Streitkräfte schweilt weiter. Er schürt die Unruhe des Wahlkampfes, die Aufregung politischer Emotionen und wird – falls es zur Wahl kommt – zu einem Wahlergebn führen, von dem man noch nicht weiß, ob es Arthits Visionen von Demokratie und Stabilität entspricht. In diesem Sinne kommen ihm die Kämpfe an der Grenze gerade recht. Sie unterstreichen die Notwendigkeit einer starken Führung.



Fürzlich das Parlament aufgelöst: Premierminister Prem

## Schweden gewährt Ausländern nur noch nach strengster Prüfung Aufenthalt

Stockholm über Zunahme politischer Asylanten besorgt / Abschreckende Maßnahmen

R. GATERMANN, Stockholm  
Kürzlich rief das schwedische Luftfahrtamt die 21 im Land vertretenen Fluggesellschaften zu einer Konferenz. Es sollte sie veranlassen, nur noch die Passagiere nach Schweden zu bringen, deren Einreisepapiere in Ordnung sind. Auf diesem Weg wollte die Behörde auf Drängen der Regierung die illegale Einwanderung von in erster Linie flüchtenden Kurden und Christen aus dem Irak, Iran und der Türkei stoppen. Denn diese hat nach Stockholmer Auffassung in letzter Zeit ein beunruhigendes Ausmaß angenommen.

Die Fluggesellschaften sind skeptisch, sie wollen nicht Polizei spielen. Die schwedische Regierung aber will versuchen, diesen Flüchtlingen zu sperren, zumal sie vermuten, daß es von organisierten Geschäftsmännern aufgebaut worden ist.

Dabei ist Schweden als Zufluchtsland von politischen Flüchtlingen nicht mehr so sehr gefragt, ebenfalls ist seit ein paar Jahren die Zahl derjenigen, die um politisches Asyl nachsuchen, rückläufig. Die Gründe sind nicht ganz klar. Sicher ist, daß die Behörden bei der Behandlung der Asylanträge restriktiver geworden sind, zum anderen hat nun auch Schweden ein Arbeitslosenproblem, und schließlich dürfte es auch in den Kreisen, die in ihren Heimatländern politisch verfolgt werden, herumgesprochen haben, daß die Zeiten, in denen Schweden als ein Paradies für politische Flüchtlinge galt, seit langem vorbei sind.

Diesen Ruf schuf sich Schweden mit der Entgegennahme amerikanischer Deserteure, die vor ihrem Einsatz in Vietnam flohen. Es folgte die griechische Woge danach die südamerikanischen. Und dann kam die Zäsur. Das bekamen neben den Flüchtlingen aus dem Na-

hen und Mittleren Osten auch die Polen zu spüren. Vor der Verhängung des Ausnahmezustandes hatte kaum ein Pole die Möglichkeit, in Schweden politisches Asyl zu finden. Die meisten standen bei Polizei und Einwanderungsamt im Verdacht, das Land aus wirtschaftlichen Gründen verlassen zu haben und wurden deswegen zurückgeschickt. Erst nach den Ereignissen vom Dezember 1981 erhielten die Polen, die sich bereits in Schweden aufhielten, eine vorläufige Aufenthaltsgenehmigung.

In der Liste über Asylsuchen standen 1982 die Polen mit 3200 weit an der Spitze (1981: 1777). Es folgten die Iraker mit 666 (312), die Chilenen mit 462 (714) und die Türken mit 273 (314). Stark waren in den letzten Jahren auch die Ungarn vertreten, 1980 mit 646, 1981 mit 387 und im vergangenen Jahr mit 194 Anträgen.

Während im allgemeinen der Eindruck vorherrscht, die Einstellung der Schweden zu Ausländern habe sich verschlechtert, stellt Mitte 1982 der sogenannte Diskriminierungsausschuß fest, das Gegenteil sei der Fall. Die Bevölkerung zeige sich toleranter als früher. Behaupteten 1969 in einer ähnlichen Studie noch 77 Prozent der Befragten, die Ausländer würden nur nach Schweden kommen, um die sozialen Vorteile auszunutzen, vertraten 1981 nur noch 31 Prozent diese Auffassung. Und meinten 1969 51 Prozent, die Schweden zeigten eine größere Verantwortung für ihre Arbeit als die Einwanderer, so waren es vor zwei Jahren nur noch 28 Prozent. Allerdings sprachen sich 1969 nur 25 Prozent der Befragten dagegen aus, daß jeder, der nach Schweden kommen möchte, eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen soll, 13 Jahre später waren es dann 41 Prozent.

Auch wenn diese Studie repräsentativ sein sollte, werden jetzt allerdings immer mehr Fälle bekannt, in denen nicht nur Einzelpersonen oder Gruppen die Einwanderer schikanieren und provozieren (vereinzelt kam es sogar zu Straßenschlächten, in anderen Fällen wurden Kioske, die Ausländern gehörten, mutwillig zerstört oder Holzkreuze vor den Haustüren verbrannt), sondern auch Behörden zu zweifelhaften Methoden greifen, um Asylsuchende bereits an der Grenze abzuweisen oder ihnen die Aufenthaltsgenehmigung zu verweigern. So werden häufig die Flüchtlinge gar nicht oder nur unzureichend über ihre Rechte informiert.

Tragödien spielen sich ab, wenn Familien erst nach einem oder gar zwei Jahren den Bescheid bekommen, das Land verlassen zu müssen, weil ihr Asylantrag abgelehnt worden ist. Einige versuchen, bei der Regierung einen neuen Entschied zu erwirken. Fällt auch dieser negativ aus, fliehen viele in den Untergrund, dort sollen derzeit über tausend Flüchtlinge leben. Während ihr Antrag behandelt wurde, erhielten von den Behörden eine Wohnung, ihr Lebensunterhalt war vom Staat gesichert. Mit der Ablehnung verlieren sie jegliche Unterstützung. Tauchen sie unter, werden sie von der Polizei gejagt, diese schreckt dann auch vor der Durchsuchung von Klöstern nicht zurück.

Was die Gemüter vieler Schweden in den letzten Jahren am meisten erhitze hat, ist die Tatsache, daß selbst Kleinkinder über Wochen bis zum Abflug in Gefängniszellen eingesperrt werden. Mitte 1982 wurde eine junge Mutter mit zwei Kindern, vier Monate und drei Jahre alt, mehr als einen Monat hinter vergitterten Fenstern festgehalten, während ihr Mann im Krankenhaus lag.

Was die Gemüter vieler Schweden in den letzten Jahren am meisten erhitze hat, ist die Tatsache, daß selbst Kleinkinder über Wochen bis zum Abflug in Gefängniszellen eingesperrt werden. Mitte 1982 wurde eine junge Mutter mit zwei Kindern, vier Monate und drei Jahre alt, mehr als einen Monat hinter vergitterten Fenstern festgehalten, während ihr Mann im Krankenhaus lag.

Was die Gemüter vieler Schweden in den letzten Jahren am meisten erhitze hat, ist die Tatsache, daß selbst Kleinkinder über Wochen bis zum Abflug in Gefängniszellen eingesperrt werden. Mitte 1982 wurde eine junge Mutter mit zwei Kindern, vier Monate und drei Jahre alt, mehr als einen Monat hinter vergitterten Fenstern festgehalten, während ihr Mann im Krankenhaus lag.

Was die Gemüter vieler Schweden in den letzten Jahren am meisten erhitze hat, ist die Tatsache, daß selbst Kleinkinder über Wochen bis zum Abflug in Gefängniszellen eingesperrt werden. Mitte 1982 wurde eine junge Mutter mit zwei Kindern, vier Monate und drei Jahre alt, mehr als einen Monat hinter vergitterten Fenstern festgehalten, während ihr Mann im Krankenhaus lag.

Was die Gemüter vieler Schweden in den letzten Jahren am meisten erhitze hat, ist die Tatsache, daß selbst Kleinkinder über Wochen bis zum Abflug in Gefängniszellen eingesperrt werden. Mitte 1982 wurde eine junge Mutter mit zwei Kindern, vier Monate und drei Jahre alt, mehr als einen Monat hinter vergitterten Fenstern festgehalten, während ihr Mann im Krankenhaus lag.

Was die Gemüter vieler Schweden in den letzten Jahren am meisten erhitze hat, ist die Tatsache, daß selbst Kleinkinder über Wochen bis zum Abflug in Gefängniszellen eingesperrt werden. Mitte 1982 wurde eine junge Mutter mit zwei Kindern, vier Monate und drei Jahre alt, mehr als einen Monat hinter vergitterten Fenstern festgehalten, während ihr Mann im Krankenhaus lag.

Was die Gemüter vieler Schweden in den letzten Jahren am meisten erhitze hat, ist die Tatsache, daß selbst Kleinkinder über Wochen bis zum Abflug in Gefängniszellen eingesperrt werden. Mitte 1982 wurde eine junge Mutter mit zwei Kindern, vier Monate und drei Jahre alt, mehr als einen Monat hinter vergitterten Fenstern festgehalten, während ihr Mann im Krankenhaus lag.

☞ Durch wenige Instanzen und schnelle Entscheidungen ebnen wir unseren Kunden den direkten Weg zum Ziel. ☞

Ihr Berater empfiehlt Ihnen:

Der Weg zu uns ist oft der kürzeste zum Ziel. Vertrauen Sie auf unsere Partnerschaft. Denn jede Sparkasse ist selbständig und ermöglicht deshalb schnelles, effektives und problemloses Handeln.

Wenn's um Geld geht - Sparkasse





# en an äften

gelegen  
sch entgegenge  
zu, unter Druck  
aben. Hatte G  
em Putsch gedro  
ch hätte Arth  
n. Gegen ihn st  
oyalität aus den  
des Heeres gew  
tänzt. Denn an  
nliche Weisung  
n Arthit haben  
Unfrieden gest  
nternen Heeres  
so mancher Pa  
ekommandant  
ine Gelegenheit  
hre gegen Arthi  
ann wäre zweifel

st kein Geheim  
ide Männer ein  
sehen. Sayid ist  
eistig Überlebe  
en. Arthit hat  
mehrt Muskellu  
wagt, rasch zu  
dafür geradete  
es, der am 1. A  
chversuch der J  
re, sich zum J  
eines halben Ja  
najor zum Vier-  
id am 30. Septem  
in die Position  
uft. Innerhalb  
schwelt weiter.  
ruhe des Wahl  
regelung politis  
id wird - falls  
- zu einem Man  
von dem man n  
es Arthit Vor  
emokratie und  
it. In diesem S  
die Kämpfe an  
e recht. Sie un  
Notwendigkeit  
ng.

ur noch  
thalt  
le Maßnahme  
solite. werden  
ner men: Fälle  
an nicht nur E  
r Gruppen die  
k kanieren und  
welt kam es sog  
hten, in anderen  
Goske. die Aus  
e, mutmaßlich  
e vor der Haus  
e, sondern auch  
elhaften Metho  
systematische  
abzuweisen, od  
nhaftigsehung  
e. So werden h  
e gar nicht über  
über ihre Re

zielen sich ab, w  
nach einem od  
en Bescheid be  
3 verlassen zu  
syntaktisch ag  
eigentlich vers  
t einen neuen  
iken. Falls auch  
stehen, viele d  
ort sollen die  
Friedung zu  
Antreg bezie  
en sie von der  
ohnung, ihr Le  
vom Staat ges  
nung verleiht  
stützung. Taus  
ten sie von der  
ese schreckt  
Durchsuchung  
zurück  
nitter vieler  
ten Jahren an  
it, ist die Tsch  
einkinder über  
Abflug in Gef  
errt werden. M  
te junge Mann  
vier Monate und  
er als einen M  
ten Fenstern f  
d ihr Mann im

## Premierministerin kontrolliert die Geheimdienste

AP, London  
Die britische Premierministerin Margaret Thatcher soll persönlich die Kontrolle über die Geheimdienste des Landes übernommen haben, um Spionage und Spionageabwehr zu verbessern, berichtet die Zeitung „Mail on Sunday“. Alle wichtigen Entscheidungen über Aktionen der Geheimdienste M-15 und M-16 soll sich die Regierung selbst vorbehalten haben. Sie sei der vielen Paniken überdrüssig geworden. Von offizieller Seite war wegen der Osterfeiertage keine Stellungnahme zu erhalten.

## Papst will General seligsprechen

AP, Warschau  
Papst Johannes Paul II. wird im Juni während seines Polen-Besuchs in Krakau den nach dem polnischen Aufstand 1863 gegen Rußland nach Sibirien verbannten ehemaligen polnischen Generalsstabchef und Kriegsminister Josef Kalinowski seligsprechen, teilte der polnische Religionsminister Adam Lopatka mit. Der 1863 in Wilna geborene Kalinowski wurde in Litauen, das damals zu Polen gehörte, von zaristischen Truppen gefangen genommen. Er starb 1907 in Kattowitz, dem Geburtsort des Papstes, als Karmeliterröcher.

## U-Boot vor Schweden wieder entkommen

AFP, Göteborg  
Schiffe der schwedischen Kriegsmarine haben am Freitag erneut vergeblich Jagd auf ein unbekanntes U-Boot gemacht, das vor der südschwedischen Stadt Göteborg vermutet wurde. Den Alarm hatte der Kapitän des schwedischen Frachters „Delanos“ ausgelöst, dessen Schiff mit einem unbekannten Objekt kollidierte. Doch sind Marineexperten eher der Ansicht, daß das Schiff leichte Grundberührung hatte.

## Eta-Führer festgenommen

AFP, Madrid  
José Luis Berrera Pagay (42), einer der bedeutendsten Führer der baskischen Untergrundorganisation „Eta militär“ ist nach Angaben der Guardia Civil festgenommen worden. Gemeinsam mit ihm wurden seine Ehefrau sowie ein 21-jähriger Mann inhaftiert. Außerdem sind große Mengen Waffen und Sprengstoff sichergestellt worden.

## Frau Thatcher billigte Husarenstück der Navy

Die Gewerkschaft droht mit Streik auf allen Weltmeeren

FRITZ WIRTH, London  
Die britische Kriegsmarine hat über Ostern eines ihrer eigenen Schiffe entführt. Nun droht ein Streik aller britischen Seeleute der Handelsmarine auf allen Weltmeeren. Die britische Seeleute-Gewerkschaft ist in Aufruhr. Sie spricht von „Piraterie“ und einer „James-Bond-Aktion“. Inzwischen steht fest, daß Premierministerin Thatcher über diese Entführung informiert war und sie auch gebilligt hat.

Es handelt sich bei dem Schiff um die ehemalige Kanalfähre „St. Edmund“, die zwischen Hoek van Holland und Harwich verkehrte. Das britische Verteidigungsministerium hatte dieses 9000-Tonnen-Schiff für 7,5 Millionen Pfund aufgekauft und in einer Werft bei Newcastle in einen Truppentransporter für den Einsatz auf den Falklands umbauen lassen. Das Schiff sollte unter dem neuen Namen „HMS Karen“ unverzüglich britische Soldaten von den Falklands zurückbringen, die eigenlich schon vor Ostern nach dem üblichen Vier-Monats-Einsatz abgelöst werden sollten.

Die Indienststellung der „HMS Karen“, die weiterhin mit einer Crew der britischen Handelsmarine besetzt sein sollte, verzögerte sich jedoch. Die gewerkschaftlich organisierten Handelsmariner forderten mehr Geld, und zwar nicht die übliche Hochseeratte, sondern die Kanalfähren-Heuer, die 40 Pfund über der Hochseeratte liegt.

## In Zivilkleidern heimlich an Bord geschmuggelt

Bevor die wirklichen Verhandlungen über die Geldforderungen der Handelsmariner begannen, schickte die britische Kriegsmarine zur Selbsthilfe Man hatte zuvor die zivile Besatzung der „HMS Karen“ auf Oster-Urlaub geschickt und dann die Chance genutzt, 50 Seeleute der britischen Kriegsmarine in Zivilkleidern klammheimlich auf die „HMS Karen“ zu schmuggeln und aus dem Hafen zu entführen. Nach letzten Nachrichten befindet sich das Schiff zu Testfahrten in der Nordsee. Bevor es die Reise zu den Falklands antreten kann, muß es noch einen britischen Hafen anlaufen, um Mannschaft und Verpflegung an Bord zu nehmen. Das Manöver könnte zu einem heißen Ereignis werden. Die 28 000 ausgetricksten Mitglieder

## Budapest ist über die Behandlung von Ungarn in Rumänien verbittert

Für hohe Funktionäre ist das Minderheitenproblem eine „schwere Last“

CARL G. STRÖHM, Budapest  
Auf einer Anhöhe über der Donau liegt Ungarns größte Kirche: der Dom von Esztergom (Gran) mit seiner weithin sichtbaren Kuppel. Franz Liszt schrieb für sie die berühmte „Graner Messe“. Jenseits des Flusses beginnt die Tschechoslowakei. Die Fabrikschlote von Sturvo. Die Slowaken haben die Stadt nach ihrem anti-ungarischen nationalen Vorkämpfer Ludevit Stur benannt. Früher trug sie einen ungarischen Namen.

„In den kleinen Häusern da drüben rechts leben lauter Ungarn“, sagt uns ein Budapest-Begleiter und zeigt auf die alte Siedlung am jenseitigen Ufer. „Links, dort neben den vielen Hochhäusern sieht, hat man nach dem Krieg Slowaken angesiedelt. Vor 1945 war das ganze Gebiet rein ungarisch besiedelt.“

Zwischen Esztergom und Sturvo ragen die Pfeiler einer einstigen Brücke aus der Donau. Die Deutschen sprengten sie 1945, um den Vormarsch der Sowjets aufzuhalten. Heute, fast 38 Jahre nach Kriegsende, ist die Brücke zwischen den beiden Städten am Strom noch immer nicht wieder aufgebaut. „Die Tschechen und Slowaken haben kein Interesse an dieser Brücke“, sagt uns ein Ungar. „Sie wollen nicht, daß es unsere ungarischen Landsleute von drüben zu leicht haben, zu uns zu kommen.“

## Vornamen verweigert

Diese nicht vorhandene Brücke zwischen Ungarn und der Slowakei zeigt, daß die These von der angeblichen „Brückenfunktion“ nationaler Minderheiten im Kommunismus auf recht wackeligen Pfeilern steht. Nach Jahrzehnten des Verschweigens und Verdrängens werden sich die Ungarn gerade jetzt wieder der schmerzlichen Tatsache bewußt, daß sie - außer den Albanern - das einzige Volk Europas sind, von dem ein Drittel der nationalen Substanz außerhalb der Grenzen des eigenen Staates leben muß. Nach offiziellen Angaben leben 170 000 Ungarn in der Sowjetunion - meist auf dem Gebiet der Karpaten-Ukraine. Etwa 500 000 Ungarn siedeln in der Slowakei, also im östlichen Teil der CSSR. 600 000 leben in Jugoslawien, hauptsächlich in der Vojvodina. Und 1,7 bis zwei Millionen sind in Rumänien ansässig, vor allem im nördlichen Siebenbürgen. Die Behandlung ihrer Landsleu-

## Argentinien will „Rechnung noch begleichen“

dpa/AP, London/Buenos Aires  
Genau ein Jahr nach der Invasion argentinischer Truppen auf den Falkland-Inseln sind die dort stationierten britischen Truppen am Wochenende in höchste Alarmbereitschaft versetzt worden. London befürchtete, daß Buenos Aires mit einer demonstrativen Aktion gegen die Inseln seinen Anspruch auf die „Malvinas“ anlässlich des Jahrestages der Aktion erneuern könnte. Bereits am Freitag war für die „Harrier“- und „Phantom“-Kampfflugzeuge auf der Insel ein Alarmstart befohlen worden, nachdem fälschlich gemeldet worden war, nicht identifizierbare Flugzeuge näherten sich der um die Insel verhängten Sperrzone.

Die argentinische Marine hat am Samstag den Ausbruch des Falkland-Krieges erinnert und erklärt, sie habe mit Großbritannien „noch eine Rechnung zu begleichen“. In dieser einzigen offiziellen argentinischen Stellungnahme zum Kriegsausbruch hieß es, eines Tages werde die argentinische Flagge wieder über der Inselgruppe im Südatlantik wehen.

## Bombenanschlag auf griechisches Hotel

SAD, Athen  
Unmittelbar nach einer Veranstaltung der konservativen griechischen Oppositionspartei „Neue Demokratie“ ist in der Nacht zum Sonntag auf ein Hotel in der nordgriechischen Stadt Didymotichon ein Bombenanschlag verübt worden. Nach Angaben der Polizei verletzten drei Explosionen das fünfstöckige Hotel. Menschen kamen nicht zu Schaden. Alle im Parlament vertretenen Parteien haben den Anschlag scharf verurteilt. Die der Regierung nahestehenden Zeitungen lasteten das Attentat „Rechtsextremisten“ an.

## Gefängnis für 21 Linksradikale

AP, Peking  
Ein Gericht in Shanghai hat 22 Anhänger der „Viererbande“ um Mao Zedongs Witwe Jiang Qing wegen Entführung, Folter mit tödlichem Ausgang und bewaffnetem Umsturzversuch verurteilt, meldete die Tageszeitung „Jiefang Ribao“ (Befreiung). 21 Linksradikale erhielten Gefängnisstrafen zwischen sechs und 14 Jahren, einem wurden für die Dauer von zwei Jahren die politischen Rechte aberkannt.

# Ab sofort geben wir jedem neuen Audi und Volkswagen Pkw 3 Jahre Garantie auf seinen Lack.

### 1 Jahr.

Natürlich wissen Sie, daß wir jedem Audi und Volkswagen Pkw unsere 1-Jahres-Garantie für Fehlerfreiheit mit auf den Weg geben. Dabei ist es ganz gleich, wie intensiv Sie Ihr Auto nutzen, sprich wie viele Kilometer Sie im ersten Jahr zurücklegen werden.

### 6 Jahre.

Was es bei vielen anderen Herstellern heute noch nicht gibt, bieten wir bereits seit 1979 und auch weiterhin. Eine 6-Jahres-Garantie gegen Durchrostung. Die gilt ohne Haken und Ösen. Es wird lediglich normale Pflege und - bei äußerer Beschädigung - fachgerechte Reparatur vorausgesetzt. Das bedeutet: Diese Garantie ist wirksam, ohne daß Sie Ihren neuen Audi oder Volkswagen Pkw nachbehandeln oder nachträglich inspizieren lassen müssen. Denn unsere Autos bekommen schon im Werk einen umfassenden Korrosionsschutz. Dazu gehört beispielsweise auch das Fluten der Hohlräume mit heißem Spezialwachs.

### 3 Jahre.

Wer jetzt einen neuen Audi oder Volkswagen Pkw kauft, bekommt noch etwas dazu: Die 3-Jahres-Garantie gegen Lackschäden, die sicher einiges über die Qualität unserer Lackierung sagt. Sollte mit dem Lack Ihres Autos dennoch mal etwas nicht in Ordnung sein, kommen Sie einfach zu uns, damit wir den Lack Ihres Autos wieder auf Vordermann bringen können. Unbürokratisch, schnell und kostenlos versteht sich. Von dieser Garantie ausgeschlossen sind lediglich Schäden durch äußere Einwirkung oder unzureichende Pflege. Durch dieses einmalige Garantie-Paket sorgen wir dafür, daß Ihr Auto über viele Jahre rundum in Bestform bleibt. Und das macht sich spätestens dann bezahlt, wenn Sie Ihren Audi oder Volkswagen mal gegen einen neuen eintauschen möchten. Garantiert.

Ihre V.A.G. Partner.





## Schmidt: Zu viele SS 20

● Fortsetzung von Seite 1

meist seegestützten britischen und französischen Mittelstreckenraketen sei auch deshalb nicht sinnvoll, weil diese Waffen eine andere Funktion als die sowjetische SS 20 hätten.

Genau hier hatte aber Gromyko am Sonntagabend bei seiner ersten Pressekonferenz seit vier Jahren in Moskau angesetzt. Er hatte vor allem drei Gründe für die Ablehnung des amerikanischen Zwischenlösungs-Vorschlags genannt:

Erstens habe Reagan weder die von Schiffen noch die von Flugzeugen aus abzuschießenden Mittelstreckenraketen erwähnt. „Sie wegzulassen, ist völlig absurd“, sagte Gromyko.

Zweitens bitte Reagan die Sowjetunion, die französischen und die britischen Atomwaffen nicht mit einzubeziehen. „Das ist nicht richtig.“

Drittens fordere Reagan, die aus Europa abgezogenen sowjetischen SS-20-Raketen dürften auch nicht in Asien aufgestellt werden. „Das ist aber unser Recht.“

Gromyko vertrat mit Hinweis auf die Stärke Japans die Ansicht, die Sowjetunion brauche Raketen in asiatischen Teilen ihres Landes. Moskau sei unter bestimmten Umständen bereit, Raketen in Europa abzubauen und sie dort aufzubauen, wo sie Mittel Europa nicht erreichen könnten. Der Vorschlag Reagan, so Gromyko, würde der NATO weltweit ein zweieinhalbköpfiges Übergewicht bei Gefechtsköpfen auf Mittelstreckenraketen geben. Keine einzige sowjetische Mittelstreckenrakete könne US-Gebiet erreichen, jede amerikanische dagegen sowjetisches.

Der sowjetische Außenminister warf den USA vor, mit Hinweis auf amerikanische Interessen und die Menschenrechte ihren militärischen, politischen und strategischen Einfluss in jeden Winkel der Welt auszudehnen. Während er Reagan als „Aprilscherz“ und „völlig unannehmbar“ bezeichnete, erneuerte er das Angebot, über einen Nichtangriffspakt und ein Totalabrüstungsabkommen zu verhandeln. Falls die NATO bei einem Scheitern der Genfer Verhandlungen Ende des Jahres wie angekündigt Pershing-2-Raketen und Cruise Missiles in Westeuropa aufstelle, werde Moskau „Schritte zu seiner Verteidigung unternehmen“, sagte Gromyko. Die Sowjetunion werde keine Verschiebung des bestehenden Kräftegleichgewichts zulassen. „Dazu besitzen wir die Möglichkeit und die Mittel.“

## Papst appelliert an die Gläubigen in aller Welt

Osterpredigten: Hoffnung statt Furcht der Menschen

In teilweise überfüllten Kirchen haben die Christen in aller Welt das Osterfest gefeiert. Papst Johannes Paul II. forderte in seiner traditionellen Osterbotschaft die Menschen auf, sich der Kraft der Erlösung Christi zu öffnen, um die Leiden und Bedrohungen der Gegenwart zu beseitigen.

Der Papst, der seine Osterwünsche in 45 Sprachen der Erde verkündete und dabei erstmals auch das Hebräische miteinlegte, versprach, daß die Kirche „an der Seite aller Menschen guten Willens“ stehe, „die durch Änderung des eigenen Lebensstils und durch Engagement in der Gesellschaft zur Beseitigung des Mißtrauens und der Bedrohungen und zur Versöhnung in der Welt beizutragen versuchen.“ Er verkündete die Solidarität der katholischen Kirche mit allen Leidenden und Verfolgten.

„Wir sind bei euch, die ihr den Alptraum täglicher Bedrohung durch Gewalt oder Bürgerkrieg erlebt.“ Er forderte die Gläubigen zum Gebet auf, „vor allem dort, wo die Unterdrückung des Gewissens kein gemeinsames Gebet“ mehr erlaube.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höfner, erinnerte die Gläubigen im Kölner Dom an die frohe Botschaft des Osterfestes, jene österliche Freude, die durch nichts zerstört werden kann, durch kein noch so großes Leid, auch nicht durch den Tod. „Wenn der Mensch keinen Bedürfnis mehr nach einer jenseitigen Welt ewiger Vollendung habe, sondern sich nur noch nach einem glücklichen Diesseits sehne, dann habe der Tod das letzte Wort: „Dann gibt es zwar Finsternis – aber kein Licht, Verzweiflung – aber keine Hoffnung.“

Die Furcht des Menschen vor dem Tod und die Hoffnungslosigkeit, die sich angesichts des außerstandenen Christus in Freude verwandelt, stellte auch der Hamburger Bischof Hans-Otto Wölber in den Mittelpunkt seiner Osterpredigt. Er sprach davon, daß angesichts der Osterbotschaft die Urangst, die Todesangst, „die in uns so vieles verbirgt“, von den Menschen abfalle. Statt Skepsis, Resignation, Gleichgültigkeit und Glaubensarmut überkomme sie Hoffnung.

Ohne den Glanz und das Gedränge früherer Jahre verlief das Osterfest in Jerusalem. Zum ersten Mal seit vielen Jahren war die fast 1700 Jahre alte Grabeskirche in der ummauerten Altstadt nicht mit Pilgern überfüllt.

## Streit um die Pension

Beamte sollen für Altersversorgung auch zahlen

GEISELA REINERS, Bonn

Innenministerium, Beamtenbund und FDP haben sich gegen Pläne gewandt, im Zuge der Sanierung des Sozialversicherungssystems Beamte an ihrer Altersversorgung zu beteiligen und die Altersversorgung im öffentlichen Dienst abzubauen. Bundesarbeitsminister Norbert Blum (CDU) erhielt jedoch Unterstützung für sein Vorhaben aus dem Finanzministerium und von der SPD.

Verschärft wurde die Debatte über die Beteiligung von Beamten an ihrer Pension dadurch, daß die Mehrheit der Sachverständigenkommission „Alterssicherung“ unter der Leitung von Professor Meinhold derartige Pläne befürwortet hatte. Sie schlägt vor, die Beiträge der Beamten jährlich um ein Prozent bis auf den vom Arbeitnehmer zu zahlenden Satz in der gesetzlichen Rentenversicherung

anzuheben (9 Prozent; vom 1. September an 9,25).

Alfred Krause, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes, hat heftig protestiert: Das sei „verfassungswidrig und unzulässig“. Das Innenministerium wies die Pläne entschieden zurück. Realisierungschancen seien solchen Vorhaben schon wegen der Kostenfolgen für die Beamten nicht zuzumessen. Auch der FDP-Fraktionsvorsitzende Mischkin ist dagegen.

Arbeitsminister Blum fordert jedoch Einschränkungen auch im öffentlichen Dienst. Dabei sieht er sich in Übereinstimmung mit dem Finanzministerium, dessen Staatssekretär Häfelle kürzlich ein „Einfrühen“ der Bezüge befürwortet hatte. Zusammenarbeit angeboten hat die SPD-Rentenexpertin Anke Fuchs: Es komme vor allem darauf an, 1984 eine weitere Verschiebung der Renten Anpassung zu verhindern.

Seite 9: Traumpaar

## Arafat erteilt König Hussein eine Abfuhr

■ Fortsetzung von Seite 1

tigte, dann aber doch zugestandene Verknüpfung des Reagan-Plans mit einem israelischen Abzug aus Libanon hat es Hussein und der arabischen Seite erlaubt, immer neue Vorbedingungen zu formulieren. Die Frage ist jetzt, ob Washington aus Rücksicht auf Saudi-Arabien, Jordanien und auch Syrien und die PLO weitere Zugeständnisse macht und etwa die PLO anerkennt oder ihrer Forderung nach einem eigenen Staat zustimmt. Israels Regierung hatte dieses arabische Taktieren und die Druckmanöver gegen Washington erwartet und den Reagan-Plan ohne Diskussion abgelehnt.

AP/Idpa, Peking  
Der ägyptische Staatspräsident Mubarak hat bei seinem Peking-Besuch an die PLO appelliert, bei seinen Bemühungen um Frieden im Nahen Osten zu unterstützen. Andernfalls sei zu erwarten, daß es von den nächsten Präsidentenwahlen in den USA nicht mehr zu einer Einigung mit Israel kommen werde, sagte Mubarak auf einer Pressekonferenz.

Falls der Dialog zwischen Hussein und PLO-Chef Arafat fehlschläge, werde dies die Lage im Nahen Osten durch die rasch wachsende israelische Besiedlung des Westjordanlands komplizieren, meinte Mubarak. Die ganze Welt würde den Arabern dann die Schuld dafür geben. Die PLO müsse sich mit Hussein verbinden und so Israel und die Vereinigten Staaten unter Zugzwang setzen.

Der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang hatte zuvor auf einem Bankett für Mubarak den israelischen Behörden vorgeworfen, sie hielten „halbtot in ihrer aggressiven Haltung fest“, marschierten rücksichtslos in arabischen Länder ein und schufen langfristige Spannungen und Instabilität im Nahen Osten. Zhao bekräftigte, daß Peking die palästinensische Sache weiter unterstützen werde.

Gelesen  
Der gegenwärtige Stabilisierungsprozess in Afghanistan beweist, daß das afghanische Volk in der Lage ist, seine Probleme selbst zu bewältigen.

Die sowjetische Parteizeitung „Pravda“ über die Lage im besetzten Afghanistan, während gleichzeitig die von der Bevölkerung unterstützten Freiheitskämpfer eine neue Offensive begonnen haben.

## „Wegrationalisieren darf nicht belohnt werden“

Loderer fordert Maschinenbeitrag der Arbeitgeber

Die negativen Auswirkungen der Nutzung des technischen Fortschritts in der Wirtschaft auf die Staatsfinanzen können nach Auffassung des IG-Metall-Vorsitzenden Eugen Loderer nur durch einen „Maschinenbeitrag“ der Arbeitgeber aufgefangen werden.

In einem Interview mit der WELT am SONNTAG erklärte Loderer, seine Gewerkschaft fordere diesen Beitrag aus zweierlei Gründen. Zum einen dürfe der Unternehmer, der Arbeitsplätze „wegrationalisiere“, nicht noch obendrein für dieses Verhalten belohnt werden. Zum anderen aber bleibe der verstärkte Einsatz von Computern und Industrie-Robotern auf Kosten der menschlichen Arbeitskraft nicht ohne Auswirkung auf die Sozialkassen.

Loderer: „Wie Sie wissen, richten sich die Beiträge für die Sozialversicherung nach der Lohn- und Gehaltssumme. Rationalisiert ein Arbeitgeber Arbeitsplätze weg, wird zwangsläufig die Lohn- und Gehaltssumme kleiner und demzufolge ermäßigt sich auch die Beitragssumme der Arbeitgeber für die Sozialkassen. Daher müssen wir den Maschinenbeitrag einführen, um diese für die Staatsfinanzen gefährliche Entwicklung zu stoppen und umzudrehen.“

Der Vorsitzende der mit 2,5 Millionen Mitgliedern größten Einzelgewerkschaft warnte auch vor Auswirkungen der modernen Technologie auf den Arbeitsmarkt. „Wenn nichts geschieht in der Wirtschaft, weder ein Aufschwung noch Fortschritte in der Arbeitszeitverkürzung, dann kann sich zusammen mit dem technischen Fortschritt alles nur verschlimmern.“ Man dürfe keinesfalls einfach abwarten und alles den Kräften des Marktes überlassen. Selbst bei einem beachtlichen Konjunkturaufschwung „können wir uns noch nicht für lange Zeit von dem Problem der Arbeitslosigkeit freirauben.“

Zur Verbesserung der Beschäftigungslage muß nach Loderers Ansicht der Gesetzgeber Maßnahmen zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit treffen. Der IG-Metall-Vorsitzende erinnerte Sozialminister Blum an sein Wahlversprechen, sich hierfür einzusetzen. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit habe nur einen geringen beschäftigungswirksamen Effekt, es sei denn, man führe die Wochenarbeitszeit in einem Zuge von 40 auf 35 Stunden zurück.

Im Gespräch mit der „WELT“ am SONNTAG sprach Windelen von Versuchen, auch künftig Häftlinge aus der „DDR“ freizukaufen. Eine Zwischenlösung bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen könne nach besserer Voraussetzung für innerdeutsche Gespräche schaffen, meinte der Innenminister.

Die Bemühungen zur Verbesserung der Lage der Menschen müßten aber unabhängig davon betrieben werden. Als besonders wichtig bezeichnete es der Politiker, daß es bei Gesprächen mit der „DDR“ zu Fortschritten in der Umwelt-

schutzfrage komme. In einem Interview des Süddeutschen Rundfunks bekannte sich Windelen zu neuen Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“. Dabei müßten jedoch Leistungen und Gegenleistungen ausgenutzt sein.

Die sowjetische Regierungszeitung „Iswestija“ hat Windelen vorgeworfen, die Grenzen des deutschen Reiches von 1937 wiederherstellen zu wollen. In seinem neuen Amt beabsichtige der Politiker, der sich nach fremden Territorien sehne, seine Ideen in die Realität umzusetzen, schrieb das Blatt am Wochenende.

Der deutschlandpolitische Experte der FDP, Uwe Ronneburger, warnte am Ostertagen „vor einem intensiven Bemühen um den Abschluß eines Friedensvertrages zwischen Deutschland und den Ostblockstaaten“.

## Suche nach neuen Wegen

Windelen-Überlegungen zum Freikauf von Häftlingen

DW/AP, Frankfurt  
Die Bundesregierung wird auch weiterhin Menschen aus der „DDR“ mit finanziellen Mitteln freizukaufen versuchen, sie sucht jedoch auch nach anderen Möglichkeiten. Dies versicherte der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, während der Ostertage.

Im Gespräch mit der „WELT“ am SONNTAG sprach Windelen von Versuchen, auch künftig Häftlinge aus der „DDR“ freizukaufen. Eine Zwischenlösung bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen könne nach besserer Voraussetzung für innerdeutsche Gespräche schaffen, meinte der Innenminister.

Die Bemühungen zur Verbesserung der Lage der Menschen müßten aber unabhängig davon betrieben werden. Als besonders wichtig bezeichnete es der Politiker, daß es bei Gesprächen mit der „DDR“ zu Fortschritten in der Umwelt-

schutzfrage komme. In einem Interview des Süddeutschen Rundfunks bekannte sich Windelen zu neuen Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“. Dabei müßten jedoch Leistungen und Gegenleistungen ausgenutzt sein.

Die sowjetische Regierungszeitung „Iswestija“ hat Windelen vorgeworfen, die Grenzen des deutschen Reiches von 1937 wiederherstellen zu wollen. In seinem neuen Amt beabsichtige der Politiker, der sich nach fremden Territorien sehne, seine Ideen in die Realität umzusetzen, schrieb das Blatt am Wochenende.

Der deutschlandpolitische Experte der FDP, Uwe Ronneburger, warnte am Ostertagen „vor einem intensiven Bemühen um den Abschluß eines Friedensvertrages zwischen Deutschland und den Ostblockstaaten“.

## „Stalins Geist schwebt noch über dem Kreml“

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Ein „neuer Chruschtschow“ müsse kommen, um den Sturz von „König Juri“ (Andropow) zu säubern. Mit diesen Worten nahm einer der prominentesten jugoslawischen Marxisten, Professor Predrag Vranicki aus Zagreb, zur gegenwärtigen Lage der Sowjetunion Stellung. Vranicki, Autor zahlreicher kritischer Werke über den Marxismus und das kommunistische System, erklärte in einem Interview der jugoslawischen Zeitschrift „Marxistischer Gedanke“, Stalins Persönlichkeit schwebte immer noch wie ein „Gespenst“ über dem gegenwärtigen Kreml-Führer. Stalins Leichnam sei zwar durch Chruschtschow aus dem Lenin-Mausoleum entfernt, aber dann an der Kreml-Mauer an der Seite der großen Revolutionäre beigesetzt worden. Jetzt aber müsse ein „neuer Chruschtschow“ erscheinen, um Stalin auch aus diesem zweiten Grab „hinauszuführen“. Vranicki, der sich selber als Marxist und Kommunisten versteht, ist der Meinung, daß die Revolution nicht zu ihrem „wahren sozialistischen Weg“ zurückkehren könne, solange Stalin und sein Hauptankläger in den Schauprozessen, Wjatschkin, sich noch in Moskau Ehrengräbern befinden.

Vranicki spricht von „makabren, unmenschlichen und kriminellen Taten“ des Sowjetsystems unter Stalin. Der Jugoslawe ist davon überzeugt, daß sich das sowjetische System seit Stalins Tod nicht wesentlich geändert habe. Chruschtschow sei bis jetzt der einzige Sowjetführer gewesen, der den Mut aufbrachte, mit der Vergangenheit zu brechen.

Zur stalinistischen Ideologie meint Vranicki: „Weder der menschliche Verstand noch die menschliche Dummheit werden aus der Geschichte verschwinden. Jedoch wird zu guter Letzt wenigstens ein Zustand eintreten, bei dem die Dummheit nicht länger das Recht hat, sich uns als Weisheit aufzuzwingen.“

Mehr als 500  
Gläubige in Haft

dpa, Paderborn  
Mehr als 500 Mitglieder der zu den evangelischen Freikirchen zählenden Pfingstbewegung verbüßen gegenwärtig in der Sowjetunion mehrjährige Haftstrafen, weil sie die Registrierung bei den Behörden abgelehnt haben. Diese Angaben machte Ostersonntag in Paderborn Reinhold Ullonska.

# Kommen Sie auf den Stand der 'Initiative 83'

Für uns von Nixdorf ist dieses Jahr 1983 ein Jahr verstärkter Initiative. Das Jahr des Ja zur Zukunft und ihren Herausforderungen, denen sich Wirtschaft und Gesellschaft gegenübersehen.

Das Jahr des Ja zu Innovation und Investition für diese Zukunft, die Unternehmen meistern wollen und können: unternehmend statt unterlassend, offensiv statt defensiv – eben: initiativ.

**Initiative '83.** Dieser Aufruf – extern an Sie in der Wirtschaft, intern an alle Mitarbeiter bei Nixdorf – zeigt schon jetzt eine Wirkung, die sich sehen lassen kann. Das gilt für die Erfolge der Nixdorf-Computer-Anwender in ihren Märkten wie für den Erfolg von Nixdorf im Computermarkt.

Informieren Sie sich über den neuesten Stand der Initiative '83 auf den beiden Nixdorf-Messeständen in Hannover.

**Der erste Stand der Initiative,** C 6101/6401, Halle 1 CeBIT: Der Stand für den Mittelstand. Innovative Organisationslösungen, wie sie keiner so weit vorangebracht hat wie Nixdorf. Waffen für mehr Wettbewerbsfähigkeit, Flexibilität und Produktivität.

Über 100 Branchenlösungen betriebspezifisch anpassbar: für KFZ- und Einzelhandel, Handwerk und Bauindustrie, Fertigungsbetriebe und Immobilienmakler, Rechtsanwälte und Reiseveranstalter,

Steuerberater und Ärzte und noch viele Branchen mehr.

**Der zweite Stand der Initiative,** B 4703/4803, Halle 1 CeBIT: Der Stand für größere und große Unternehmungen. Was die Computertechnologie an Fortschritt hat, zeigt sich hier von Nixdorf umgesetzt in flexible Systeme für die Dezentralisierung und verteilte Datenverarbeitung bis hin zu internationalen Netzwerken.

Hier ist der Stand des Computer-Fortschritts für Industrie-, Großhandels- und Dienstleistungsunternehmen, für Geldinstitute und Privatversicherungen, für öffentliche Verwaltungen und Sozialversicherungen, für Handel, Gastronomie und Hotellerie.

**Der aktuelle Stand der Initiative '83:**

Das ist der neueste Stand der Informations- und Kommunikationstechnik, die Nixdorf auf beiden Messeständen zeigt: Entwicklungen wie das erste digitale Telefonmittlungssystem in Deutschland. Innovative Lösungen für die Anwendung von Teletex, Bildschirmtext, Electronic-Mail und den Aufbau moderner Inhouse-Netze: Zukunftsweisende Lösungen, die sich aus dem Zusammenwachsen von Computertechnik, Bürotechnik und Nachrichtentechnik ergeben.

Werden Sie jetzt initiativ und sprechen Sie mit uns. Wir freuen uns auf Ihren Besuch in Hannover.

**NIXDORF  
COMPUTER**



is Geist  
bt noch  
lem Kreni  
STAF STRÖHM  
Chruschtschow  
um den Stal von  
andropow) zu säu  
Worten nahm ein  
sten jugoslawi  
Professor Predrag  
agreb, zur gegen  
Sowjetunion St  
utor zahlreicher  
über den Marx  
munistische Sy  
nem Interview d  
n Zeitschrift "Ma  
nke". Stalins P  
webe immer noch  
ist" über den ge  
remi-Führer. S  
ei zwar durch G  
aus dem Lenin-M  
nt, aber dann an  
an der Seite d  
ionäre beigesen  
ber müsse ein "a  
ow" erscheinen  
aus diesem zw  
zuwerfen". Vra  
ber als Marxiste  
n versteht, ist d  
ie Revolution nicht  
he Revolution nicht  
kehren könnte, so  
sein Hauptzweck  
rozzosen, Wytchis  
Moskauer Erbu  
n.  
pricht von "makab  
hen und krimin  
Sowjetsystems  
Jugoslawie ist d  
ß sich das sowjet  
Stalins Tod nicht  
ändert habe. U  
i bis jetzt der m  
gewesen, der d  
mit der Vergangen  
nistischen Ideo  
nicht: "Weder  
Verstand noch  
Dummheit we  
richte verschw  
zu guter Letzt  
wand eintraten,  
eit nicht länger  
ich uns als Wes  
1."

Is 500  
je in Haft

dpa, Padeta  
40 Mitglieder d  
dischen Freik  
fingebewegung  
wärtig in der S  
jährige Haftstr  
registrierung be  
gelehrt haben. I  
chte Ortsperson  
einhold Ullonska

## Beruhigte Ölpreise

In London - Ein Ölpreiskrieg findet vorerst nicht statt. Denn die Empfehlung der staatlichen britischen Ölgesellschaft BNOOC und damit indirekt der britischen Regierung, den Referenzpreis für Nordseeöl auf 30 Dollar je Barrel (= 159 Liter) festzusetzen und ihn damit nicht unter den Preis für nahezu gleichwertiges, im Schnitt leicht höherqualitatives Nigeria-Öl zu senken, wird mit Sicherheit erheblich zu einer Preisstabilisierung am Weltmarkt für Rohöl beitragen.

Allerdings hat die BNOOC zu Recht nicht vollständig auf den Ausdruck von Qualitätsdifferenzen und damit auf unterschiedliche Preise für Nordseeöl verzichtet. So ist rückwirkend vom 1. März an Öl aus dem Brent-Pipeline-System das Öl aus dem Forties-Feld als Referenzpreissträger ab, weil Brent-Öl an den 2,2 bis 2,3 Millionen Barrel pro Tag, die insgesamt aus dem britischen Nordseesektor heute gefördert werden, inzwischen den größten Anteil mit rund 33 Prozent hat.

Das bedeutet, daß der Preis für Forties-Öl künftig 29,75 Dollar beträgt, für Öl aus dem Ninian-Feld 29,35 und aus dem Beatrice-Feld sogar nur 29 Dollar je Barrel. Dies mag die Nigerianer fuchsen. Doch sie können nicht umhin zu akzeptieren, daß mindestens ein Drittel des britischen Nordsees

trotz etwas niedrigerer Qualitäts  
Nigeria-Öl genauso teuer ist wie  
ihres.

Wie es scheint, quittieren die  
Devisenmärkte das Bemühen  
Großbritanniens um eine Stabilisierung  
der Welt-Rohölpreise mit einer  
Erhöhung des Wert der  
"Nordsee-Währung" am Don  
nerstag vor Ostern gegenüber al  
len anderen Währungen deutlich.

## Traumpaar

Bel. - Man darf gespannt sein.  
Wird es denn nun dieser Regie  
rung gelingen, den Staatsdienern  
etwas von ihren Privilegien abzu  
zwicken? Sie sind unfindbar, las  
sen sich als Trittbrettfahrer der  
ÖTV ihre Einkommensverbesser  
ungen aushandeln, zahlen nichts  
für ihre Alterssicherung und ha  
ben häufig im Ruhestand mehr  
Geld als in ihrer Arbeitszeit. Doch  
schon verlaufen Risse entlang der  
Koalitionslinien: Die CDU-Min  
ister für Arbeit und Finanzen sind  
dafür, der CSU-Innenminister  
und die FDP sind dagegen, ganz  
zu schweigen von den Betroffenen.  
Der Beamtenbund wittert schon  
wieder Verfassungsbruch. Doch  
da kommt für den geplanten Bun  
desarbeitsminister Hilfe von un  
erwarteter Seite: Die frühere Staats  
sekretärin im Arbeitsministerium  
Anke Fuchs (SPD) reicht ihm eine  
heißende Hand zum Bunde. Und  
den Segen bekommt dieses  
Traumpaar der Sozialpolitik vom  
Kanzler Kohl in der "Bild"-Ze  
itung: "Ich wünsche mir Gemein  
samkeit mit der SPD beim Thema  
Renten."

## Im Aufwärtstrend

Von LEO FISCHER

Stärker, als die Indizes es ver  
muten lassen, sind die Rohstoff  
preise im vergangenen Monat nach  
oben in Bewegung geraten. So leg  
te der auf Dollar-Preisen basieren  
de Moody's-Index bescheiden 1,2  
Prozent zu; der nach Pund-  
Preisen berechnete Reuters-Index  
kam zwar auf ein Plus von 4,6  
Prozent, doch spiegelt sich darin  
vor allem der schwache Pund-  
Kurs wider, der sich erst zu Mo  
natsende etwas erholen konnte.

Spektakulärer sind da schon die  
Preisbewegungen einzelner Roh  
stoffe: Zinn erreichte im letzten  
Monat einen neuen historischen  
Hochpreis, die Kaffee-Notiz stieg  
auf das höchste Niveau seit No  
vember 1979, und der Kautschuk  
Preis notiert auf einem neuen  
Hochstand seit drei Jahren. Aber  
alle diese Preise wurden in Pfund  
festgestellt.

Neue Jahreshochpreise erziel  
ten aber auch nach der unerwart  
ten Aufstockung des Payment-in-  
kind-Programms der USA die  
Getreidepreise, die in US-Cents no  
tiert werden. Wenn man einmal  
von der deflationären Wirkung  
der Ölpreissenkung leidet, war der  
Preisrend bei allen in der unter  
stehenden Tabelle erfassten Roh  
stoffen nach oben gerichtet.

Daß bei der Haube am Londo  
ner Zinn-Markt auch die Pund-  
schwäche eine starke Rolle spielte,  
zeigt die Tatsache, daß der Zinn-  
Preis in Malaysia im unteren Be  
reich der nach dem Internationalen  
Zinnabkommen bestimmten  
Preispreisen blieb. Allerdings  
herrschte die Erwartung, daß es den  
Buffer-Stock-Managern des Inter  
nationalen Zinnrats gelingen wer  
de, durch fortgesetzte Stützungs  
käufe auch den Preis in Penang  
anzuheben, nachdem sich der  
Zinnrat darauf verständigt hat, die  
Exportquoten für drei weitere Mo  
nate bis Juni aufrechtzuerhalten.  
Nach langen Verhandlungen ist es  
zu einem von Malaysia angestre  
bten Abkommen der Zinnkonsum  
enten gekommen. Ob damit aber ein  
weiterer preisstabilisierender Effekt  
verbunden ist, wie ihn Malaysia  
wohl verfolgte, erscheint fraglich,  
nachdem Indonesien eine Klausel  
durchsetzen konnte, daß die neue  
Vereinbarung nicht die Wirkung des  
Internationalen Zinnabkommens  
verstärken soll, dem Produzenten  
und Konsumentenländern angehö  
ren.

Die fundamentalen Fakten für  
den Zinn-Markt scheinen über  
aus Balise gerichtet zu sein: 1982  
lag die Produktion über dem Ver  
brauch, und erst im ersten Quartal  
dieses Jahres dürfte die Relation  
Verbrauch/Produktion ausgegli  
chen sein. Die Zinnvorräte in der  
Welt betragen rund die Hälfte des  
jährlichen Verbrauchs, und es wird  
vermutlich bis Ende des nächsten



Prof. Dr. Hubert Mark, Vizepräsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

## IWF: Welthandel schrumpfte erneut

AP, Washington  
Der Außenhandel der Industrieländer ging 1982 zum zweiten Mal hintereinander zurück, wie der Internationale Währungsfonds (IWF) am Sonntag berichtete. Die Exporte der Industrieländer erreichten wertmäßig insgesamt 1,15 Billionen Dollar, das sind 5,3 Prozent weniger als 1981. Die Einfuhren beliefen sich auf insgesamt 1,22 Billionen Dollar, ein Rückgang von 6,1 Prozent.

Den stärksten Exportrückgang verzeichneten die Vereinigten Staaten mit 9,2 Prozent, gefolgt von Frankreich mit 9,1 Prozent, Japan mit 8,2 Prozent und Großbritannien mit 6,0 Prozent.

## AUF EIN WORT

Universitäten haben nicht den Auftrag, eine intellektuell verunsicherte und emotional unbehauste akademische Jugend befriedigend zu sozialisieren, noch haben sie den Auftrag, Wartesaal, Puffer und Reservoir für einen schwankend aufnahmebereiten Arbeitsmarkt zu sein.

## US-AKTENMÄRKTE

### Trotz Rückschlag verpufft die Haube nicht so schnell

H.A. SIEBERT, Washington  
Arg geschüttelt worden sind die US-Aktienmärkte in der kurzen Osterwoche. Die Furcht vor wieder steigenden Zinsen, gekoppelt mit Gewinnminderungen, löste zum Teil wilde Kausauschläge aus. Nach kräftigen Gewinnen am Freitag stürzte der Dow-Jones-Index am Montag um 13,26 auf 1130,03 Punkte, während der breite NYSE-Index um 0,13 auf 89,03 Punkte sank. Ein "Run" auf Ölwerte verhinderte größere Verluste. Am New Yorker Platz herrschte die Ansicht vor, daß die geringfügige Ölpreissenkung der Briten zu einer Stabilisierung auf Opec-Niveau führen wird.

Im Wochenverlauf verlor der "Dow" 10,08 Punkte; der NYSE-Index legte 0,22 Punkte zu. Dennoch bleibt der Basistrend aufwärts gerichtet; festzustellen ist nur eine zunehmende Selektivität seitens der Anleger. Für Charles Comer,

## CHEMISCHE INDUSTRIE

### Arbeitskosten sind auch 1982 weiter angestiegen

JOACHIM WEBER, Wiesbaden  
Die Arbeitskosten der deutschen Chemie sind 1982 weiter gestiegen. Nach Berechnungen des Bundesarbeitsgeberverbands Chemie nahmen der Stundensatz um 4,2 Prozent auf 28,51 (27,37) Mark zu. Auf den eigentlichen Bruttolohn entfielen davon 15,85 (15,03) Mark, 5,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Die restlichen 12,66 (12,34) Mark (plus 2,6 Prozent) waren sogenannte Personalkosten, das heißt ausschließliche Sozialausgaben. Sie machten damit "nur" noch 79,9 Prozent der Bruttolöhne aus. An den Zusatzkosten hatten die Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen einen Anteil von 31,3 Prozent, die bezahlten Urlaubslöhne, Krankheits- und Feiertagslöhne waren mit 25,5 Prozent, Sonderzahlungen mit 15,8 Prozent und "sonstige" (Abfindungen, Mutterschutz usw.) mit 7,3 Prozent beteiligt. Der relativ geringe Wachstum der Zusatzkosten je Stunde ergab

## WIRTSCHAFTS JOURNAL

### Unctad: Mehr Geld für Entwicklungsländer

Genf (rtr) - Die Entwicklungsländer benötigen nach Auffassung einer Organisation der Vereinten Nationen (UN) bis 1985 schätzungsweise 90 Milliarden Dollar, um die Stagnation zu überwinden und wieder ein Wirtschaftswachstum zu erreichen. Damit hat die Organisation so ein Bericht der Konferenz für Handel und Entwicklung der UN (Unctad) - dem ursprünglich genannten Betrag für ein Hilfsprogramm für Staaten der Dritten Welt von 70 Milliarden Dollar nach oben revidiert. Trotz Anzeichen einer wirtschaftlichen Besserung in Industriestaaten werde die Produktion in Ländern der Dritten Welt wahrscheinlich im laufenden Jahr zum dritten aufeinanderfolgenden Mal sinken, schreibt die Unctad. Dies sei eine Situation, wie sie seit der Krise der 30er Jahre in diesen Ländern nicht vorgekommen sei.

## Weg der Kurse

	31.3.83	25.3.83
Boeing	40	40,625
Chrysler	17	17
Citicorp	41,25	41,625
Coca-Cola	53,50	51,375
Exxon	30,625	30
Ford Motors	40,25	38,875
IBM	101,625	102,125
PanAm	5,25	5,50
US Steel	22,875	23,875
Woolworth	32,875	33,75

## Welthandels-Kredite

Washington (Stb.) - Die Welthandels- und Internationale Entwicklungsgesellschaft (IDA) haben vier

## Aktionen zur Belebung der Wirtschaft sind umstritten

FRED de la TROBE, Tokio  
Japanische Wirtschaftsexperten werten das neue, von der Regierung vorgeschene Paket zur Konjunkturbelebungs als eine politische Demonstration vor den Kommunalwahlen im April als eine erfolgversprechende Aktion. Das Kabinett beabsichtigt, die geplanten Maßnahmen morgen offiziell zu beschließen - nach der Verabschiedung des Staatshaushalts für das Fiskaljahr 1983 durch das Oberhaus des Parlaments.

Die Kritik gegen das Paket richtet sich auch gegen dessen vage gehaltenen Bestimmungen und das Fehlen jeglicher Zahlen. Angesichts der großen staatlichen Schuldenbergs und des Budgetdefizits von 26 Prozent in diesem Jahr verfügt die Regierung allerdings über keine Sondermittel zur Stimulierung der Konjunktur.

Die beiden wichtigsten Zielsetzungen der vorgesehenen Maßnahmen sind die vorzeitige Ausgabe von Geldern für öffentliche Bauvorhaben und eine baldige Diskontsenkung. Zwischen April und September dieses Jahres sollen schon 75 Prozent der für das laufende Fiskaljahr angesetzten Gelder für Bauvorhaben ausgegeben werden. Die Währungspolitik soll flexibel gehandhabt werden. Die Regierung peilt einen um 0,75 Prozent niedrigeren Diskontsatz an - von bisher 5,5 Prozent. Die Bank von Japan hat aber noch Bedenken, da sie bei einer solchen Senkung eine neue Talfahrt des Yen-Wechselkurses gegenüber dem Dollar befürchtet.

An zusätzlichen Maßnahmen ist die Förderung des privaten Wohnungsbau durch erleichterte Be-

## Neue Probleme für „GM“

Washington (Stb.) - Nicht auszuschließen ist, daß die General Motors Corp. mehr als fünf Millionen Personentraktoren zurückrufen muß. Die National Highway Traffic Safety Administration in Washington macht einen Konstruktionsfehler der Hinterachse für 84 Unfälle verantwortlich. In 58 Fällen lösten sich die Räder. Betroffen sind Mittelklassewagen der A-Linie, die 1978 bis 1980 gebaut wurden - darunter Verkaufsschlager wie der Mailbu, Monte Carlo, El Camino, Le Mans und Century. Wegen Bremsprobleme mußte "GM" erst in den vergangenen Woche 240 000 Autos der X-Serie, Modelljahr 1980, zurückrufen. Das US-Verkehrsministerium hat ein Hearing für Anfang Mai angesetzt.

## Für neues Abkommen

Rom (rtr) - US-Landwirtschaftsminister John Block würde nach eigenen Angaben eine baldige Wiederaufnahme der Verhandlungen über ein Getreideabkommen mit der Sowjetunion begrüßen. Zum Abschluß seiner zehntägigen Rundreise durch den Nahen Osten und Nordafrika erklärte Block am Samstag der Nachrichtenagentur Reuters, eine erneute Verlängerung des gegenwärtigen Abkommens sei nicht zweckmäßig. In einem neuen Abkommen sollte auch eine Erhöhung der Mindestverträge ausgehandelt werden. Der Minister lehnte es jedoch ab, eine Zahl zu nennen. Die derzeitige Mindestquote belief sich auf sechs Millionen Tonnen im Jahr. Das Abkommen über die Lieferung von US-Getreide an die Sowjetunion läuft am 1. Oktober aus.

Rohstoffe	Börse	Einheit	Ende März 1983	Ende Februar 1983	Hoch 1983	Tief 1983
Kupfer	L	\$/t	1112,25	1098,50	1128,50	1033,45
Zink	L	\$/t	469,50	439,75	478,25	419,75
Zinn	L	\$/t	9235,50	8732,50	9267,50	7382,50
Blei	L	\$/t	312,75	293,25	312,75	287,50
Gold	L	\$/Unze	417,25	419,75	511,50	411,25
Silber	L	p/Unze	730,85	768,20	948,65	680,30
Platin	L	\$/Unze	275,00	261,15	322	244,55
Weizen	C	Cts/bu	359,12	306,25	387	306,25
Mais	C	Cts/bu	313,87	272,62	313,87	242,62
Kakao (1)	L	\$/t	1275,50	1284,50	1366,5	866,5
Kaffee (1)	L	\$/t	1886,50	1641,50	1940,50	1573,50
Zucker (1)	L	\$/t	113	105	177	82
Sojaöl	C	Cts/lb	18,10	16,32	18,13	15,99
Baumwolle (1)	L	Cts/kg	79,70	76,55	80,10	67,80
Schweißöl (1)	L	Cts/kg	588	533	588	527,50
Kautschuk	L	p/kg	81,25	70	81,25	50,0

Indizes:  
Moody's (31.12.31=100) New York 1042,30 1029,40 1084,9 1005,8  
Reuters (18. 9.31=100) London 1776,10 1696,80 1776,1 1527,7  
1) Zweite Abhebung  
2) A-Index-Preis  
3) Höchst-Tiefstpreis 1982/83  
L = London C = Chicago S = Sydney LI = Liverpool  
Zusammengestellt von der Commerzbank AG

## SYSTEM DER SOZIALEN SICHERUNG / Kein Grund zur Panik

### Situation anders als vor 50 Jahren

GISELA REINERS, Bonn  
Seit 1977 muß durch zahlreiche Eingriffe das System der sozialen Sicherung an die Folgen von Ölkrise und weltwirtschaftlicher Rezession angepaßt werden. Das ging nicht ohne die Beschneidung von Ansprüchen und die Kürzung von Leistungen. Viele fühlen sich erinnert an die unselige Zeit vor 50 Jahren, als mit Hilfe von Notverordnungen die Sozialversicherung ausgehöhlt wurde und ihren Zweck, nämlich von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter Betroffene vor der Verelendung zu schützen, nicht mehr erfüllen konnte. Heute werden ähnliche Schritte erwogen wie damals, vieles auch durchgesetzt, dennoch ist nach Ansicht von Professor Detlev Zöllner kein Grund zur Panik gegeben.

Wie Professor Zöllner in einer Veröffentlichung der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt feststellt, liegen die Parallelen zu der Zeit zwischen 1930 und 1933 in der steigenden Arbeitslosigkeit, stagnierendem und gar sinkendem Volks-

## Unsere vorgezogene Weihnachtsüberraschung für Sie.

Falls Sie Ihre nächste Jahresabschlussvertragsunterzeichnung noch planen, wählen Sie Hamburg oder Frankfurt. Unsere Plaza Hotels haben da nämlich eine besondere Preis-Überraschung für Sie. Also günstiger geht's kaum - mit viel Extras und Drumherum. Sprechen Sie mit Holger Bergold in Frankfurt 06 11/77 07 21 oder Peter Schuhr in Hamburg 040/35 10 35.

CP Hotels  
Canadian Pacific Hotels



Leicht verbessert hat sich die Arbeitslosenquote der Männer und Frauen, und zwar von 9,9 auf 8,6 und von 8,9 auf 8,8 Prozent. Ohne Job waren im März 19,9 (Februar: 19,7) Prozent der schwarzen Bevölkerung und 16,2 (15,8) Prozent der US-Bürger lateinamerikanischer Abstammung. 1,8 Millionen entmutigte Amerikaner hatten die Suche nach einem Arbeitsplatz aufgegeben.

**dpa/VWD, Bonn**  
Der Staat sollte seine Wirtschaftspolitik verstetigen und nach Schaffung investitionsfreundlicher und dauerhafter Rahmenbedingungen weniger in die privatwirtschaftliche Planung eingreifen. Wie der Wissenschaftliche Beirat der Bundeswirtschaftsministerien in einem Brief an Minister Otto Graf Lambsdorff weiter schreibt, komme es "jetzt nicht darauf an, 'über diese oder jene Maßnahme zu streiten und andere Programme anzukündigen'. Der Staat trägt nach Auffassung des Beirats die Verantwortung dafür, ein ständiges Entziehen der Einkommensverteilung aus den Enttäuschungen und Staatsvertrauenslücken geführt habe. Während in Zeiten hohen wirtschaftlichen Wachstums die Einkommensumverteilung aus den Zwischönen und ohne reale Einbußen für alle Beteiligten bestritten wurden, mußten heute „auch Opfer zugemutet werden“. Gerade die Abhängigkeit der Sozialpolitik von der wirtschaftlichen Entwicklung

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6



**LOEWE.** PROFESSIONELLE  
ELEKTRONIK



**H. C. KÖNIG / Durch Branntweinsteuer hart getroffen**

**Schinkenläger auf Talfahrt**

H. HILDEBRANDT, Steinhagen

Wie hart der Staat der Spirituosenindustrie mit seiner zweimaligen Branntweinsteuer-Erhöhung innerhalb kurzer Zeit zugesetzt hat, zeigt die Entwicklung bei H. C. König, Steinhagen. Noch vor Jahresfrist beschäftigte das Unternehmen 660 Mitarbeiter, heute sind es nur noch 560. Neben dem Steueranfall infolge gesunkenen Umsatzes muß sich der Fiskus also auch mit Mindereinnahmen auf der Lohnsteuerseite und sonstigen Folgen abfinden. Dabei ist man bei H. C. König trotz allem noch relativ gut über die Runden gekommen. Der Gesamtumsatz in der Gruppe, 1981 mit 338 Mill. DM ausgewiesen, konnte 1982 mit 335 Mill. DM nahezu gehalten werden. Reale Gewinne wurden jedoch laut Harald König, geschäftsführender Gesellschafter des Familienunternehmens, nicht mehr verzeichnet.

Größtes Sorgenkind ist nach wie vor der „Schinkenläger“, die traditionelle Hausmarke der Brennerei am Teutoburger Wald. Die Talfahrt dieser einst so beliebten Spirituose hält unvermindert an. Von den rund 10 Mill. Flaschen Steinhäger, die 1982 abgesetzt wurden, hat König etwa ein Drittel beigesteuert, ein weiteres Drittel kam von H. W. Schlichte, ebenfalls in Steinhagen ansässig, der verbleibende Rest geht zum größten Teil auf das Konto von Aldi, den die Steinhäger mit Handelsmarken beliefert.

Nahezu vom Markt verschwunden sind dagegen zahlreiche kleinere Marken, die einst außerhalb

von Steinhagen produziert wurden. Lichtblicke bei H. C. König sind die Hausmarke „Schwarzer Urkönig“, dessen Absatz sich auf eine Mill. Flaschen empfindete, und der „Fälinger“, ein 32prozentiger Korn, knapp unter der 10-Mark-Schwelle gelegen.

Nicht ganz den Erwartungen entsprach das Mr.-Drink-Programm, bestehend aus einer Reihe von Mixgetränken. Mit solchen Produkten und mit Likören suchen eben zu viele Produzenten einen Ausgleich für den Umsatzrückgang bei den „Harten“, aus Gründen der Preisspektive dabei auf die 0,5-Liter-Flaschen anstelle der einst üblichen 0,7-Liter-Flasche ausweichend. „Mit langen Hälften gegen die kurze Konjunktur“, kennzeichnet Harald König diesen Trend. No-name-Produkte haben dagegen im Spirituosenangebot kaum eine Chance, da sie nicht billiger offeriert werden können als Handelsmarken.

Positiv hat sich für H. C. König der Sekt-Bereich entwickelt, der 40 Prozent zum Gesamtumsatz beisteuert, vor allem die französische Kellerei „macht viel Freude“. Diese erfolgreiche Diversifikation soll denn auch Pate stehen bei weiteren Planungen, die vor der Realisierung stehen. Man wird sich noch einiges einfallen lassen, um den Mengenrückgang bei den Traditionsmarken auszugleichen. Auf keinen Fall wird das allerdings auf Kosten der Qualität erfolgen, wie in Steinhagen ausdrücklich betont wird.

**FLOHR-OTIS / Mikroelektronik bewährt sich im Aufzugbau**

**Zuversicht trotz Wolken am Himmel**

PETER WEERTZ, Berlin

Die Flohr Otis GmbH, Berlin, Tochtergesellschaft der amerikanischen United Technologies Otis Elevator Company, ist „trotz der Wolken am Konjunkturhimmel“ für den Aufzugsmarkt in Deutschland und Europa zuversichtlich. Das Unternehmen war im vergangenen Jahr vor allem im Export und Service-Geschäft erfolgreich. Am Umsatz von 312,8 Mill. DM (plus 6,4 Prozent) sind Modernisierung und Instandhaltung von Aufzügen und Fahrtritten gut zur Hälfte beteiligt. Mit einer Zunahme von 11,5 Prozent auf 312,1 Mill. DM entwickelte sich 1982 auch der Auftragsbestand positiv.

In der Bundesrepublik stagnierte allerdings gegenwärtig der Bauplan, bedauert Siegfried Thiel, Vorsitzender der Geschäftsleitung von Flohr Otis. Besonders im Bau von Neuanlagen gibt es zur Zeit weniger Projekte als früher auf dem deutschen Markt. Der Kampf um Marktanteile und Preise sei daher hier besonders hart, sagte Thiel. Als besonders erfreulich wertet Thiel daher die Entwicklung des Exports, der um 12,8 Prozent auf 89,3 Mill. DM zunahm. Allerdings konnte er nicht die unterschiedliche Beschäftigungslage ausgleichen, die vorübergehend Kurzarbeit in Berlin und im Zweigwerk Stadthagen notwendig machte.

Für die Zukunft setzt Thiel jedoch auf technischen Fortschritt durch die Mikroelektronik bei Aufzugssteuerungen und neue Produkte bei Aufzügen und Fahrtritten. In Berlin werden für Westeuropa und teilweise auch Übersee Mikroprozessorensteuerungen sowie Antriebe für Aufzüge und Fahrtritten entwickelt und gefertigt. Das Werk in Stadthagen entwickelt und produziert im Rahmen der weltweiten Otis-Organisation Fahrtritten und Fahrwege. Daher exportiert Flohr Otis nicht nur in europäische Länder, sondern darüber hinaus nach Asien, Lateinamerika und die USA. Der Entwicklungsaufwand soll 1983 auf 9 (Vorjahr 7,5) Mill. DM erhöht werden.

Größere Investitionen sind für die Werksorganisation und das neue Verwaltungsgebäude in Berlin erforderlich. In diesem Jahr wird das Unternehmen deshalb

über 21 (14,2) Mill. DM investieren. Gleichzeitig soll die Zahl der Mitarbeiter, die auf 2383 (2732) zurückging, weiter verringert werden. Die Reduzierung wird mit organisatorischen Verbesserungen und der Zusammenlegung von Hauptverwaltung und Werksbereich begründet.

Nach eigenen Angaben hat sich die Marktposition des Unternehmens trotz Rückgangs der Neuanlagen (minus 15 Prozent) auf dem deutschen Markt verbessert. Der Marktanteil für Aufzüge wird hier mit 10 Prozent und der für Fahrtritten mit einem Viertel angegeben.

Über den erzielten Gewinn schweigt sich das Unternehmen aus. Die Ertragslage wird aber als „ganz zufriedenstellend“ und die finanzielle Basis als „gesund“ bezeichnet. Am Stammkapital von unverändert 22,6 Mill. DM ist die amerikanische Otis Elevator Company in Farmington (Connecticut) zu drei Vierteln beteiligt. Weitere Gesellschafter sind die Demag und die französische Otis S. A. Mit 25,4 Mill. DM übersteigen außerdem die freien Rücklagen das ausgewiesene Kapital.

**KONJUNKTUR / Industrie will Fertigung steigern**

**Anzeichen einer Erholung**

AP, München

Deutsche Ansätze einer konjunkturellen Erholung sind nach Darstellung des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung seit Herbst 1982 für das verarbeitende Gewerbe zu erkennen. Selbst wenn man den Nachfrageschub im Investitionsgüterbereich außer acht lasse, gelte diese Beobachtung, erklärte das Institut. Die Pläne der Industrieunternehmen deuteten für die nächste Zeit auf einen Wiederanstieg der Fertigung hin.

Nachdem die Produktion im vergangenen Jahr vor allem durch den Rückgang der Auslandsbestellungen um drei Prozent gegenüber 1981 geschrumpft war, sieht das Ifo-Institut nun auch im Exportbereich eine Tendenz zur Stabilisierung. Insgesamt sei für das laufende Jahr zu erwarten, daß die Industrieproduktion – von einem recht niedrigen Stand aus – spürbar ansteigt. Dennoch dürfte sie noch um etwa 1,5 Prozent unter der des Vorjahres bleiben.

Im einzelnen erwartet das Institut im Verlauf des Jahres eine Festigung der Inlandsnachfrage nach Investitionsgütern. Im Stahl- und Leichtmetallbau, Maschinenbau, bei Lastwagen und im Investitionsgüterbereich der Elektrotechnik dürften aber dämpfende Einflüsse des Auslandsgeschäfts verhindern, daß die Produktion 1983 den Stand von 1982 erreicht.

Mithbedingt durch die Wechselkursänderung sei eine Abschwächung der Auslandsnachfrage bei Personenauf- und elektrotechnischen Gebrauchsgütern in Rechnung zu stellen. Dem stehe aber auf dem Autosektor eine voraussichtlich deutliche, im Elektrobereich verhaltene Zunahme der Inlandsnachfrage gegenüber, so daß die Fertigung etwa auf Vorjahresniveau stagnieren werde. Ein mäßiger Anstieg sei in der Möbelindustrie zu erwarten. Die Produktion von Textil-, Bekleidungs- und Schuhindustrie dürfte abermals hinter dem Vorjahresergebnis zurückbleiben. Die eisenschaffende Industrie empfangt Wachstumspulse mit dem Anklingen des Lagerbaus. In der chemischen Industrie sei eine Produktionssteigerung gegenüber 1982 zu erwarten.

**BÜCHER DER WIRTSCHAFT**

Schönlebe/Görcken/Thode: Die neuen Medien als Werbeträger – Herausforderung und Chance; 156 Seiten, DM 39,- (+ MwSt), Verlagsgesellschaft W.P. Sachon, Bad Wörishofen

In den Jahren 1981 und 1982 erstellte die Arbeitsgemeinschaft für angewandte Sozialforschung, München, eine umfangreiche Untersuchung im Auftrag des Bundesministers des Inneren über das Thema: „Werbung in den neuen Medien“. Diese praxisorientierte Untersuchung ist jetzt als Buch erschienen. Sie beschäftigt sich mit der fundamentalen Umstrukturierung der gesamten Werbearbeit, die von der Einführung und Entwicklung der neuen elektronischen Medien (Kabelfernsehen, Videotext, Satellitenfunk, Bildplatte, Bildschirme) ausgeht. Basierend auf zahlreichen Expertengesprächen mit Werbefachleuten – die im Anhang des Buches abgedruckt sind – werden die praktischen Möglichkeiten der Werbung in den neuen Medien und die zu erwartenden Auswirkungen auf die gesamte Kommunikationssituation analysiert. Dabei zeichnet sich nach Ansicht der Verfasser deutlich ab, daß sich nicht nur die gesamte Medienlandschaft mitteleuropäisch stark verändern wird, sondern daß man analog zu den „neuen Medien“ von einer „neuen Werbung“ sprechen kann. Diese ist, im Gegensatz zu den bisherigen marktorientierten Philosophien, in ihrer Grundtendenz „kommunikationsorientiert“. Die Untersuchung ist für alle diejenigen von Interesse, die mit der Werbung zu tun haben, also besonders auch Marketing- und Werbefachleute in den verschiedenen Unternehmen.

Heiko Ohlig: Handbuch Export-Import – Spedition, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler, Wiesbaden 1982, 220 S., 78 Mark.

Die Literatur zur Unternehmensplanung läßt sich kaum übersehen und doch erfährt sie durch dieses Buch von Koch, Professor der Betriebswirtschaftslehre an der Universität Münster, eine beachtenswerte Bereicherung. Auf der Grundlage eines detaillierten, aber verständlichen Grundrisses entwickelt der Autor ein praktikables Konzept der Unternehmensplanung. Planungsinstrumente lauten seine Methode, um eine gründlichere und umfassendere Entscheidungsvorbereitung, größere Handlungsfreiheit und schließlich eine größere Effizienz der Entscheidungsfindung herbeizuführen zu können. Möglichkeiten und Grenzen einer integrierten Unternehmensplanung werden anhand der verschiedenen Planungsphasen dargestellt.

**Umsatzsprung bei Rewe Dortmund**

VWD, Dortmund

Die Rewe Dortmund Großhandels EG hat 1982 durch einen Zugang von über 250 neuen Geschäftskunden einen Umsatzsprung von 30 Prozent auf rund 1,5 (1,15) Mrd. DM gemacht. Im Vergleich mit den adierten Altkunden (1981) wurde ein Umsatzsprung von 10,3 Prozent oder 140 Mill. DM realisiert, erklärte der Vorstandssprecher Rudolf Fiene.

Die Zahl der Geschäfte nahm auf 616 (318) zu. Rewe Dortmund eröffnete den Angaben zufolge 1982 selbst 19 Geschäfte, nahm 66 Geschäfte von etwa 40 Kunden der aufgelösten Rewe Schwerte sowie weitere 182 Geschäfte durch die Fusion mit der ehemaligen Rewe Wessell auf. Der adierte Einzelhandelsumsatz aller Abnehmer infolge der Geschäftsexpansion sei um 32 Prozent auf 2,14 Mrd. DM gestiegen. Der durchschnittliche Jahresverkauf je Abnehmer habe trotz der erwarteten Verschärfung der Abnehmerstruktur 1982 rund 2,6 Mill. DM betragen.

**Erfreuliches Neugeschäft**

dpa/VWD, München

Von einer „sehr guten“ Geschäftsentwicklung 1982 berichtet die Bayerische Handelsbank AG, München. Das Volumen an neu abgeschlossenen Hypothekendarlehen hat, wie Vorstandsmittglied Ludwig Reichert mitteilte, mit dem Rückgang der Zinsen vor allem in der zweiten Jahreshälfte erheblich zugenommen.

Die Neuzugänge stiegen auf 2,51 (1,95) Mrd. DM, auf das Hypothekengeschäft entfielen davon 849 (513) Mill. DM. Die Darlehensauszahlungen erhöhten sich auf 2,51 (2,09) Mrd. DM. Für die Refinanzierung wurden Mittel in Höhe von 7,18 (4,33) Mrd. DM beschafft. Die Bilanzvermehrung betrug 11,9 (8,4) Prozent auf 15,4 (13,8) Mrd. DM. Der Zins- und Provisionsüberschuss blieb bei 56,4 Mill. DM praktisch unverändert. Im Geschäftsjahr 1983 wurden bisher insgesamt 470 Mill. DM an Darlehen zugesagt.

**Magirus 1984 wieder in der Gewinnzone?**

VWD, Ulm

Gute Chancen für die Rückkehr in die Gewinnzone ab 1984 sieht der Vorstandsvorsitzende der Magirus Deutz AG (Ulm), Bernd Kosegarten, nach der mehrjährigen Verlust- und Sanierungsphase. Nach Eröffnung eines von Magirus in Kuwait errichteten Montagewerks der National Automotive Manufacturing and Trading Company (NAMTCO) sagte Kosegarten, errechnen nach Verlusten von weit über 100 Mill. DM in 1982 auch im laufenden Jahr mit einem erheblichen Minus. Die Verluste in 1982 seien zu 85 Prozent Sanierungsaufwendungen gewesen, allein die Stilllegung des stark defizitären Mainzer Omnibuswerkes habe rund 100 Mill. DM gekostet.

Der angekündigte Verkauf des Mainzer Omnibuswerkes an die „Mainz Industries“ soll laut Kosegarten noch in diesem Jahr abgeschlossen werden. Die Verhandlungen mit dem Unternehmen würden aufgrund des NATO-Status derzeit mit dem Bund geführt.

**BAUMEISTER / Wider Erwarten gut**

**Neues Heizsystem entwickelt**

H. BIALLOWONS, München

„Der Eigenheimbau steht zwar weiter im Schatten der schlechten Konjunktur, doch eine Aufwärtsentwicklung ist durchaus erkennbar. Die Anzahl der Vertragsabschlüsse in den ersten Wochen des neuen Jahres ist vielversprechend.“ So kennzeichnete Karlhan Bergauer, Aufsichtsratsmitglied der Baumeister-Haus GmbH, Nagold, die Situation der größten Vereinigung mittelständischer Bauunternehmer in der Bundesrepublik.

Wider eigenem Erwarten positiv und damit im Gegensatz zum allgemeinen Trend“, so Bergauer, verlief auch das vergangene Geschäftsjahr. Zwar konnte man 1982 nur 1380 (1358) Eigenheime absetzen, doch der Umsatz der Gruppe stieg um 6,9 Prozent auf 538,2 Mill. DM. Rechnet man die übrigen Aktivitäten der kooperierenden Bauunternehmer hinzu, erzielten die 70 Mitgliedsunternehmen einen Gesamtumsatz von knapp über 2 Mrd. DM.

Große Hoffnung setzt die Geschäftsleitung auf die Entwicklung eines neuen Heizsystems, wofür die Gruppe 1980 die Lizenz erworben hatte. Nach einem ersten Langzeittest des Landesgewerbeamtes in Nürnberg steht nun fest, daß sich über ein ganzes Jahr gerechnet insgesamt eine Nutzenergieeinsparung von über 70 Prozent ergibt. Auch wenn die derzeit niedrigen Erdölpreise den Absatz alternativer Heizsysteme nicht gerade befeuern, so setzt man bei Baumeister darauf, daß mittel- und langfristig die Energiepreise wieder anziehen werden.

**RENTENMARKT / Phantasie fehlt**

**Ein leichter Zinsanstieg**

etwas anderes hinzu, was die Zinsentwicklungstendenz bei uns gestoppt hat. Wegen des vermutlich nicht mehr sehr großen Spielraums für einen weiteren Zinsrückgang haben sich die Spekulanten vom Markt zurückgezogen. Außerdem ist nach der Wechselkurskorrektur im EWS die Mark-Aufwertungs-spekulation nicht mehr aktiv. Zudem belebt sich die Nachfrage nach langfristigen Kapital, weil mit einer wesentlichen Zinsverbilligung nicht mehr gerechnet wird. (cd.)

Emissionen	31. 3. 83	30. 3. 83	30. 12. 82	30. 12. 81	30. 12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,81	6,80	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,59	6,58	7,04	10,35	9,88
Sonderinstituten	5,82	5,82	7,61	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	7,33	7,39	8,24	11,52	8,35
Kreditanstalten u. Körperschaften	6,91	6,83	6,56	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,53	6,43	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,50	7,42	7,94	9,75	8,05
Inländische Emittenten insgesamt	6,90	6,83	7,63	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	7,96	8,07	8,45	10,32	8,32



Und so finden Sie uns auf der Hannover-Messe:

- Halle 1 CeBIT
- Hallengrund C 6802
- Telefon Nr. 1971
- Ausgang C 18
- DL-Pavillon
- Freigeleise vor Halle 13/Westallee

Den DL-Messeplaner senden wir Ihnen gern zu.

**Einladung zum Investitionsgespräch nach Hannover**

Sprechen Sie mit uns auf der Hannover-Messe '83 über Ihre Investitionsvorhaben. Wir sagen Ihnen, welche Vorteile Sie haben, wenn Sie Automobile, Computer und Produktionsanlagen leasen, und wir sagen Ihnen, wie Sie Leasing als Vertriebsinstrument für Ihre Produkte einsetzen können. Wir informieren Sie über die Vertragsmodelle und rechnen Ihnen aus, was Leasing kostet – mit einem betriebswirtschaftlichen Kostenvergleich. Nutzen Sie das Wissen und die Erfahrung unserer Leasing-Berater. Mit einem Kurzvortrag beantworten wir wichtige Fragen für alle, die über Investitionen entscheiden. Zu diesem Programm laden wir Sie täglich um 14.00 Uhr in unseren Messepavillon/Westallee ein. Treffen Sie die richtige Investitionsentscheidung mit der Deutschen Leasing. Bis bald in Hannover.

Deutsche Leasing AG, Hungener Straße 6 – 12, 6000 Frankfurt/M. 60, Tel. (06 11) 152 91  
Geschäftsstellen: Hamburg (040) 20 16 61, Hannover (05 11) 34 58 14, Bielefeld (05 21) 68 09 90, Düsseldorf (02 11) 804 34, Köln (02 21) 62 40 51, Frankfurt (06 11) 66 64 01, Nürnberg (09 11) 37 71 73, Karlsruhe (07 21) 229 52, Stuttgart (07 11) 29 96 61, München (08 9) 502 70 81  
Auf der Hannover-Messe '83: Halle 1 CeBIT, Stand C 6802 und DL-Pavillon/Freigeleise – Westallee

Deutsche Leasing





## ERGEBNISSE

### Nachholspiele

Bochum - Leverkusen	3:2 (1:2)
M'gladbach - Karlsruhe	5:0 (3:0)
Berlin - Bremen	0:1 (0:1)
K'lautern - Schalke	2:0 (0:0)



**Etwas Besonderes von **WELT** am **SONNTAG****



## HANDBALL / Gummersbach erneut im Europacup-Finale. Reinickendorf ausgeschieden

## Mäzen beurlaubte den Trainer, und die Spieler sind froh, „den Schinder“ endlich los zu sein

DIETER DOSE, Berlin  
Die 15:17 (7:11)-Niederlage im Rückspiel des IHF-Pokals beim sowjetischen Vertreter SL Saporschje und das damit verbundene Ausscheiden aus dem Endspiel ist für die Handballer der Reinickendorfer Füchse wie ein Schlag. Wie ein Schlag über den Trainer Peter Janjic. Denn für den 38-jährigen Jugoslawen dürfte aus dem zunächst bis 18. April befristeten Urlaub jetzt ein Rausschmeiß werden.

Nach der 15:19-Heimniederlage gegen die Russen in Berlin hatte Mäzen Willi Bendzko (43) unter dem Druck der Mannschaft, die Janjic einen „Schinder“ nennt, die Beurlaubung veranlaßt. Zwar ist der Immobilien-Makler Bendzko, Nummer eins der Branche in Berlin, nicht einmal Mitglied der Reinickendorfer Füchse, aber ohne sein Geld spielte der Verein wahrscheinlich nicht in der Bundesliga. Und weil nicht der Vorstand sondern Bendzko den ehemaligen Nationaltrainer Jugoslawiens und der Schweiz aus Banja Luka für 100 000 Mark Jahresgehalt geholt hatte, muß er ihn nun auch in die Wüste schicken.

Für Janjic wurde Ex-Trainer Peter Frank (38) zurückgeholt. Der Sportlehrer aus Berlin hatte aus beruflichen Gründen nach dem Sieg über Empor Rostock im Viertelfinale des IHF-Pokals das Handtuch geworfen, auch weil der Ver-

ein schon seit längerem plante, einen Vollprofi als Trainer zu engagieren.  
Das ging erst einmal schief. Der mit viel Verschiebung beehrte Janjic, vom Züchter „Sport“ nach seinen Erfolgen mit der Schweizer Nationalmannschaft „Menotti der Handballs“ genannt, geriet schnell in die Schußlinie der Mannschaft. Kaum eine Woche im Amt sah er sich öffentlicher Kritik der Stars ausgesetzt. Kernpunkt der Vorwürfe: „Der bolzt nur Kondition und macht uns kaputt.“

Ein mildes und taktisch katastrophal eingestelltes Reinickendorfer Team ging im Hinspiel gegen die Russen sang- und klanglos (15:19) ein. „Ohne den Trainer hätten wir das Hinspiel nicht verloren“, attackierte der Jugoslawe Predrag Timko. In dieser Meinung sind die Spieler nach ihrer knappen Niederlage in Saporschje erst recht bestärkt. Dort hatten sie zudem das Gefühl, daß die zwei bulgarischen Schiedsrichter kräftig Partei für die sowjetische Mannschaft ergreifen und ihr Kreisläufer Sendarusic mit einer Gehirnerschütterung vorzeitig das Parkett verlassen mußte. „In der Hölle des Löwen haben wir unsere Krise beendet“, geht auch Nationaltrainer Klaus Wüller davon aus, daß für den beurlaubten Trainer kein Weg zurückführt. Wahrscheinlich wird nun bis zum Ende der Bundesligasaison Peter Frank im Amt bleiben, denn noch

rechnen sich die Berliner Chancen aus, bei der Titelvergabe ein Wort mitzureden.

Für die 1981 in die Bundesliga aufgestiegenen Reinickendorfer Füchse ist das Scheitern des Halbfinals im IHF-Pokal dennoch ein Erfolg. Mäzen Bendzko machte ihn möglich. Vier Jahre lang war Berlin, einst Hochburg und Geburtsstätte des Handballs (auf dem Feld allerdings), in der Bundesliga nicht vertreten. Der Immobilien-Milliardär, der 1961 nur mit einem kleinen Koffer aus Ost-Berlin kam und auch außerhalb des Sports für Schlagzeilen sorgte, hat sich bisher mit einigen hunderttausend Mark für den Verein engagiert. Vom 600 000-Mark-Etat für diese Saison werden nur 320 000 Mark aus Zuschauereinnahmen gedeckt, rund 100 000 Mark steuert der Berliner Senat an Zuschüssen für Reiskosten bei Auswärtsfahrten. Dazu kommen noch Werbeeinnahmen. Für den Rest steht der Mäzen gerade.

Im Handball sind die Reinickendorfer in Berlin absolute Nummer eins. Die zweite Mannschaft spielt in der 2. Bundesliga, die Frauen ebenfalls in der Bundesliga, müssen allerdings jetzt absteigen. Den Aufstieg in die 2. Bundesliga haben die Volleyballer des rund 2500 Mitglieder zählenden Vereins aus dem Berliner Norden geschafft.

Solange Bendzko, der selbst noch für die Altherrenmannschaft

des SC Siemensstadt auf Torejagd geht, den Ehrgeiz besitzt, mit den Füchsen Deutscher Meister zu werden, wird es an der finanziellen Unterstützung nicht fehlen.

\*

sid, Barcelona

Der VfL Gummersbach steht zum zehnten Mal in einem Finale des Handball-Europapokals. Nach dem 21:16-Erfolg vor einer Woche gewann die Deutsche Mannschaft beim FC Barcelona mit 23:22. Gegner im Endspiel des Meister-Wettbewerbs ist ZSKA Moskau. Die 6000 Zuschauer in Barcelona erleben ein wechselvolles Spiel. Die Gummersbacher ließen sich in den ersten zwanzig Minuten nicht aus dem Konzept bringen und gingen mit 9:7 in Führung. Zusehends wurde ihr Spiel aber zerrütteter und die Spanier lagen zur Halbzeit mit 14:11 vorn. Nach dem Wechsel drohten die Gummersbacher dann ihren Vorsprung aus dem Hinspiel vollends zu verlieren, als Barcelona bis zur 30. Minute auf 17:13 erhöhte. Mit kämpferischem Einsatz kam der VfL Gummersbach schließlich noch zu einem knappen Erfolg.

Die Damen von Bayer Leverkusen verloren nach der 11:37-Niederlage im Hinspiel auch das Halbfinal-Rückspiel bei Spartak Kiew mit 17:27.

## GALOPP

## Meru stürzte. Ein Fehler des Jockeys?

KLAUS GÖNTZSCHE, Bremen

100 000 Mark hatte ein Schweizer Rennstallbesitzer über den Neusser Trainer Ferdinand Fossberg dem Großwildjäger Jürgen J. Bösch aus Dachsenhausen im Rhein-Lahn-Kreis für dessen fünfjährigen Wallach Meru vor einer Woche geboten. Meru gilt als derzeit bester deutscher Hindernisgalopper, die vier letzten Jagdrennen gewann er überlegen. Jockeys lehnte das Angebot ab, es war ihm zu wenig.

Karfreitag startete Meru, der nach einem Sieg in Tansania benannt ist, mit Jockey Peter Belau im Sattel als 18:10-Favorit im Großen Preis von Karlsruhe (25 000 Mark, 13 000 Mark des Siegers, 4000 m) auf der Rennbahn in Bremen. Es war nach dem Großen Preis des Union-Klubs, den Meru vor zwei Wochen überlegen vor Yolly Boy gewann, das zweite große Jagdrennen der Saison. Meru hat das Ziel des Rennens nicht erreicht, am vierten Sprung kam er erschöpft zu Fall. Aber zu diesem Zeitpunkt war er schon geschlagen. Das Hindernis zuvor sprang er mühevoll, zudem verbot sich ein Hufeisen am rechten Hinterbein, die zum Schutz vor Verletzungen angelegten Gamaschen lösten sich und behinderten ihn beim Galoppieren.

Noch steht nicht fest, ob Meru, der am 13. Oktober 1979 auf einer Auktion in Köln für 15 000 Mark seinen Käufer fand, das Bremer Rennen verletzungsbedingt überstanden hat. Eine der Ursachen für das Ausschneiden ist wohl auch in der taktischen Fehlleistung von Jockey Peter Belau zu suchen, der den Superspringer unüberlegt an die Spitze jagte und dem Pferd vorzeitig Kräfte raubte, die für die letzten Meter wichtig waren. Besitzer Jockeys, der das Pferd seit einigen Monaten auch selbst trainiert, plante für das Saisonende Starts auf der berühmten französischen Hindernisbahn in Auteuil bei Paris.

Das Rennen gewann nach dem Ausfall des Favoriten der sechsjährige Wallach Yolly Boy mit Jockey Rainer Ulrich, der zwei Längen vor der Stute Pink Rose das Ziel erreichte. Clint Fink und der enttäuschte Franzose Nuge de Lat belegten die weiteren Plätze. Yolly Boy wurde 1982 zum Hindernispreis des Jahres gewählt, bei drei Siegen kam er auf eine Gewinnsumme von 115 000 Mark. Züchter des Pferdes, das Norbert Sauer in Dortmund trainiert, ist der ehemalige Fußball-Bundesligaschiedsrichter Rudolf Eismann, ein Hopfenfabrikant aus Spechbach bei Heidelberg.

**GEWINNZAHLEN**  
Lotto: 4, 5, 15, 32, 39, 46, Zusatzzahl: 31. - Spiel 77: 4 37 8 6 2 8. - Rennquoten: Pferdewette: 8, 6, 5. - Pferdewette: 3, 4, 10, 15. (Ohne Gewähr)

## Nürnberg - Nabel von Luthers Welt

Alle reden von Luther, das Fernsehen also auch. Eigens zu Karfreitag und Ostersonntag ließ sich das ZDF von Theodor Schübel einen zweiteiligen Film über den Reformator schreiben, Martin Luther. Und alles, was gut und teuer ist unter deutschen Mäzen, versammelte sich zu Nürnberg für die Dreharbeiten.

Obwohl man nämlich an Menschen und Material nicht sparte - an Schauspielern samt Kompanie so wenig wie Zeit. Karfreitag heißt das - und obwohl glaubhaft berichtet wird, in einem Moskauer Fernsehstudio sei die halbe Hamburger Reeperbahn nachgebaut worden: Das ZDF verlegte alle Stationen aus Luthers Leben - jedenfalls diejenigen, die zeigte - in die Nürnberger Lorenzkirche.

Das ist ein schönes Stück gotischer Baukunst, ohne Frage. Wenn jedoch das Erfurter Augustinerkloster, die Universität und die Schloßkirche von Wittenberg, das nicht ferne Augsburg und der Reichstag von Worms, die Wartburg, ja selbst die Residenz des Papstes in Rom in diese eine Szenerie verlegt wird, wenn in Luthers Mönchskleidung und später in seine eheiche Wohnung die mächtigen Fenster des spätgotischen Hohen Chores hineinleuchten, so verliert man ein wenig die Orientierung.

Selbst wenn einer noch so gutwillig ist, es fehlt ihm die Bildung des Drehbuchautors. Denn das muß man Schübel lassen: Wo seine Texte übers Alltägliche hinausgehen, wo es um Theorien geht und um die Ideen der Reformation, hat er gewissenshaft auf Luthers Schriften und Briefe, auf die literarischen Ausprägungen seiner Zeit zurückgegriffen. Da stimmt alles, auch wenn die Leipziger Disputationen mit Dr. Eck gestrichen wurden.

Es stimmte ja auch in der Regie von Rainer Wolman vieles. Der Realismus der Darstellung, die Intensität der Schauspieler ließ keinen Wunsch offen. Vor allem beeindruckte die Porträtmalerei der Hauptfiguren: Lambert Hamel als Luther, als habe ihn Lucas Cranach

## KRITIK

Jörg Pleva als Kaiser, als habe ihn Dürer gemalt. Dieter Pfaff als Papst Leo, als sei er Raffaeles Gemälde entliehen.

Eine andere Frage ist es, ob eine Epoche geistigen Umbruchs wie diese - mit ihrem Glauben an den einzelnen Menschen - auch nur annähernd erfaßt werden kann, wenn man sie von einer einzelnen ihrer großen Gestalten aus ansieht. Luthers Charakter, sein Ringen um die Auslegung der Heiligen Schrift und den rechten Glauben, seine lauten Motive mögen sich derart darstellen lassen. Daher erhielt der erste Teil des Schübel-Films seine Spannung.

Die Kreise, die ein ins Wasser geworfener Stein verursacht, sind dagegen mit beherrschender Blick auf den Stein nicht mehr zu erläutern. Die alte philosophische Frage, ob eine Tat moralisch von ihren Absichten oder ihren Folgen her zu beurteilen sei, greift zu kurz.

Daran krankte der zweite, ohnehin allzu rassistische Filmteil. Er erwies wiederum, was Slawomir Mrozek in seinem Stück „Tango“ längst wusste: „Philosophie gibt es nicht illustrieren.“

KATHERIN BERGMANN

## Der alte Mann und das Kind

Es hat viele Autoren gereizt, dem Topos „Der alte Mann und ...“ neue Varianten hinzuzufügen. Nicht alles geriet zu Hemingways existentieller Symbolik, manches - wie etwa der alte Mann mit dem Hund des großen Werner Hintz - wurde mehr zu einer besinnlichen Studie über den sanften Schimmer auf senilen Wegen. Dem Begriffspaar alter Mann und Kind hat nun Heinz Rühmann eine stille und dennoch fröhliche Auslegung gegeben.

Die Geschichte ist einfach und von erstaunlicher Schlichtheit. Die Vorlage stammt von Georges Simenon, der Drehbuchautor ist unbekannt, der Regisseur ist Volker Jansy. Was immer man zu dieser besonnenen Episode sagen will: Es ist ein Stück Rühmann, das da auf uns zukommt mit der verschämten Distanz, der leise ins Ironische zurück-

genommenen Menschlichkeit, dem Schmunzeln nach innen, das eine ganze Generation hat nachdenklich stimmen können.

Rühmann ist nun 81, und man muß ihm dankbar sein, daß er sich immer wieder seinen Freunden stellt, auch wenn es nur in solchen leicht vorbeihuschenden Episoden ist: Es gibt noch Haselnußsträucher (ZDF).

VALENTIN POLCICH

## Bruno Gebeine im Bonner Brunnen

Mit charmantem Lächeln wünschte uns die Angsnerin viel Vergnügen beim Fernsehfilm „Bruno“ (ARD), von dem sie uns Spannung, Turbulenz und Heiterkeit versprach. Sie konnte es wohl nicht ahnen, daß uns statt dessen eine gequält dahinholpernde Spionagekomödie vorgesetzt wurde, die an Stümperei nichts zu wünschen übrig ließ.

Dabei war diese Suche nach dem auf dem Gelände der russischen Botschaft in Bonn in einem Brunnen liegenden toten Bruno nicht einmal eine schlecht aufgelegene Geschichte. Aber, aber - sie wollte ja nicht ernst gemeint sein, sondern wie eine von Schmunzeln begleitete Parodie, wie eine Satire auf alle seit den ersten Hollywood-Spionagefilmen bekannten Klischees sein.

Jedoch komödiantische Satire besteht aus mehr als aus dem Karikieren und Verhöhnungspfeilen von amerikanischen, russischen und arabischen Verhaltensmustern und mangelnder Agenten- und Diplomatenintelligenz. Satire muß ätzender Spott sein, muß als Wirklichkeit dargestellt, der Wirklichkeit strafend oder lachend ins Auge schauen.

Offensichtlich war hier ein Regisseur am Werke (Hajo Gies), dem jeder Sinn für das Niveau einer Satire fehlt. So kam bei dieser Ostersonntag-Unterhaltung nicht mehr heraus als eine Aneinanderreihung aller Gags sowie ein spannungsgeladenes Getuschel und Gemurrel befehliger Schauspieler. Ein gutes Stück versank zusammen mit den Gebeinen des gesuchten Bruno im Grabe der Banalität.

ALPHONS SILBERMANN

## STUDIO

dergründige Kostenstreit über den sogenannten Arbeitsgeheimnis schlag läßt sich - wie die bisher schon flexible Haltung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus zeigt - schnell beenden. An Staatsminister Professor Maier, Generalintendant Everding, Professor Sawallisch und Professor Fischer wird mit Sicherheit kein Projekt scheitern.

Von Mitte Juni bis Ende August wird das ZDF ein Sonder-

programm erproben, das den „spezifischen Lebensgewohnheiten und Programmwartungen der Zuschauer im Sommer“ entspricht. Geplant ist, das bereits erprobte Kinderferienprogramm auf zehn Wochen auszuweiten, das Vorabendprogramm neu zu strukturieren und einige neue Akzente im Abendprogramm zu setzen. Der Fernsehrat stimmte außerdem einer Fortsetzung des gemeinsamen Feldversuchs für Videotext von ZDF und ARD zu. Die ARD/ZDF-Gemeinschaftsredaktion plane eine Ausweitung des Serviceangebotes, eine Fortentwicklung der Nachrichten, der Sportmeldungen und der Kulturberichterstattung.



## ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau  
10.05 Radio und TV, Bruno  
11.05 Hier ist der Londoner Rundfunk

14.10 Tagesschau  
14.15 Unter deutsche Dächern  
Die kleine Freiheit  
Besprechungen auf einem Campingplatz  
Film von Dieter Koster (W. v. 82)

17.00 Was ist was  
Mit Professor Heinz Hober  
4. Das Kleintier und das Großtier, was wir uns vorstellen können  
Wenn wir den Makrokosmos betrachten, so haben wir es mit Milliarden von Lichtjahren zu tun; wenn wir den Mikrokosmos, das Reich der Atome, betrachten, haben wir es mit Milliarden von Millimetern zu tun. Das ist eine ungeheure Entdeckung des Raums.

17.30 Alpha 5  
Eine Computer-Spielshow  
17.50 Tagesschau  
20.00 Tagesschau  
20.15 Was bin ich?  
Hilfere Beruflerinnen mit Robert Lemke

21.00 Sport  
Eismarsch 1983 - Ein Zwei-Fronten-Bericht / Gift auf den Straßen - Umweltskandal infolge bundesweiter Streikaktionen / Wird in Deutschland zu schnell verhaftet?  
Moderation: Günther von Lojewski

21.45 Das  
22.30 Tagesschau  
23.00 Invi  
Eine Satire mit Witold Fischer und Heinz Herrmann über das veraltete Psychiatrie-System  
Ein Politiker gerät unversehens in die Mühle einer psychiatrischen Anstalt, und ein Patient schlüpft in seine Rolle.

23.45 Tagesschau

12.40 Tagesschau  
12.55 Presseschau  
13.00 Tagesschau

14.00 heute  
14.04 Moskau  
Ansicht heute-Schlagzeilen  
14.35 Die Vegetation  
Fameltarie nach der Erzählung von Barbara Euphon Todd  
Keine Chance für Wurzel

17.00 heute / Aus den Ländern  
17.15 Tele-Interview  
Zu Gast: René Kollo  
17.50 Das kann ja heiter werden  
Die Schatzsuche  
Ansicht heute-Schlagzeilen  
18.20 Mein Name ist Hanneli  
19.00 heute  
19.30 Miss Marple  
Der Wachblumenstrauch  
Engl. Spielfilm, 1963  
Mit Margaret Rutherford, Robert Morley u. a.

Anschließend:  
Rückblick für Kinogänger  
Footsie von Sidney Pollack  
„Frühlingssinfonie“ von Peter Schamoni  
Vorgestellt von Manfred Delling

21.00 heute  
21.30 Donald Reagans Bilanz  
Amerika ringt um die Sicherheitspolitik  
Aktueller Bericht von Dieter Kronzucker und Hanns Joachim Friedrichs  
Präsident Reagans Kompromißvorsorge für die Genfer Abrüstungsverhandlungen, seine in Los Angeles entwickelten sicherheitspolitischen Perspektiven und das lebhafteste, weitestläufige Echo darauf sind der aktuelle Anlaß für diese Sendung.

22.05 Propaganda  
Film von Klaus Harpprecht (1. Teil)  
22.50 Zeugen des Jahres  
Herbert von Karajan im Gespräch mit Friedrich Möller  
1. Aus dem Lebenslauf  
23.05 heute

## III.

## WEST

17.30 Dreizehn mit Denken (15)  
18.00 Telekolleg  
18.30 Samstag  
19.00 Altes Haus  
20.00 Tagesschau  
20.15 Tier-Report  
21.00 Format  
21.45 Landespokal  
Die Kultur im Gespräch  
22.15 Thema des Monats  
Zahlen für die Zukunft?  
Volkskinder

18.00 Samstag  
18.30 Die Wüste singt  
19.00 Altes Haus  
20.00 Tagesschau  
20.15 Tier-Report  
21.00 Format  
21.45 Landespokal  
Die Kultur im Gespräch  
22.15 Thema des Monats  
Zahlen für die Zukunft?  
Volkskinder

18.00 Samstag  
18.30 Die Wüste singt  
19.00 Altes Haus  
20.00 Tagesschau  
20.15 Tier-Report  
21.00 Format  
21.45 Landespokal  
Die Kultur im Gespräch  
22.15 Thema des Monats  
Zahlen für die Zukunft?  
Volkskinder

18.00 Samstag  
18.30 Die Wüste singt  
19.00 Altes Haus  
20.00 Tagesschau  
20.15 Tier-Report  
21.00 Format  
21.45 Landespokal  
Die Kultur im Gespräch  
22.15 Thema des Monats  
Zahlen für die Zukunft?  
Volkskinder

18.00 Samstag  
18.30 Die Wüste singt  
19.00 Altes Haus  
20.00 Tagesschau  
20.15 Tier-Report  
21.00 Format  
21.45 Landespokal  
Die Kultur im Gespräch  
22.15 Thema des Monats  
Zahlen für die Zukunft?  
Volkskinder

18.00 Samstag  
18.30 Die Wüste singt  
19.00 Altes Haus  
20.00 Tagesschau  
20.15 Tier-Report  
21.00 Format  
21.45 Landespokal  
Die Kultur im Gespräch  
22.15 Thema des Monats  
Zahlen für die Zukunft?  
Volkskinder

18.00 Samstag  
18.30 Die Wüste singt  
19.00 Altes Haus  
20.00 Tagesschau  
20.15 Tier-Report  
21.00 Format  
21.45 Landespokal  
Die Kultur im Gespräch  
22.15 Thema des Monats  
Zahlen für die Zukunft?  
Volkskinder

18.00 Samstag  
18.30 Die Wüste singt  
19.00 Altes Haus  
20.00 Tagesschau  
20.15 Tier-Report  
21.00 Format  
21.45 Landespokal  
Die Kultur im Gespräch  
22.15 Thema des Monats  
Zahlen für die Zukunft?  
Volkskinder

18.00 Samstag  
18.30 Die Wüste singt  
19.00 Altes Haus  
20.00 Tagesschau  
20.15 Tier-Report  
21.00 Format  
21.45 Landespokal  
Die Kultur im Gespräch  
22.15 Thema des Monats  
Zahlen für die Zukunft?  
Volkskinder

18.00 Samstag  
18.30 Die Wüste singt  
19.00 Altes Haus  
20.00 Tagesschau  
20.15 Tier-Report  
21.00 Format  
21.45 Landespokal  
Die Kultur im Gespräch  
22.15 Thema des Monats  
Zahlen für die Zukunft?  
Volkskinder

18.00 Samstag  
18.30 Die Wüste singt  
19.00 Altes Haus  
20.00 Tagesschau  
20.15 Tier-Report  
21.00 Format  
21.45 Landespokal  
Die Kultur im Gespräch  
22.15 Thema des Monats  
Zahlen für die Zukunft?  
Volkskinder

18.00 Samstag  
18.30 Die Wüste singt  
19.00 Altes Haus  
20.00 Tagesschau  
20.15 Tier-Report  
21.00 Format  
21.45 Landespokal  
Die Kultur im Gespräch  
22.15 Thema des Monats  
Zahlen für die Zukunft?  
Volkskinder

18.00 Samstag  
18.30 Die Wüste singt  
19.00 Altes Haus  
20.00 Tagesschau  
20.15 Tier-Report  
21.00 Format  
21.45 Landespokal  
Die Kultur im Gespräch  
22.15 Thema des Monats  
Zahlen für die Zukunft?  
Volkskinder

18.00 Samstag  
18.30 Die Wüste singt  
19.00 Altes Haus  
20.00 Tagesschau  
20.15 Tier-Report  
21.00 Format  
21.45 Landespokal  
Die Kultur im Gespräch  
22.15 Thema des Monats  
Zahlen für die Zukunft?  
Volkskinder

18.00 Samstag  
18.30 Die Wüste singt  
19.00 Altes Haus  
20.00 Tagesschau  
20.15 Tier-Report  
21.00 Format  
21.45 Landespokal  
Die Kultur im Gespräch  
22.15 Thema des Monats  
Zahlen für die Zukunft?  
Volkskinder

18.00 Samstag  
18.30 Die Wüste singt  
19.00 Altes Haus  
20.00 Tagesschau  
20.15 Tier-Report  
21.00 Format  
21.45 Landespokal  
Die Kultur im Gespräch  
22.15 Thema des Monats  
Zahlen für die Zukunft?  
Volkskinder

18.00 Samstag  
18.30 Die Wüste singt  
19.00 Altes Haus  
20.00 Tagesschau  
20.15 Tier-Report  
21.00 Format  
21.45 Landespokal  
Die Kultur im Gespräch  
22.15 Thema des Monats  
Zahlen für die Zukunft?  
Volkskinder

18.00 Samstag  
18.30 Die Wüste singt  
19.00 Altes Haus  
20.00 Tagesschau  
20.15 Tier-Report  
21.00 Format  
21.45 Landespokal  
Die Kultur im Gespräch  
22.15 Thema des Monats  
Zahlen für die Zukunft?  
Volkskinder

18.00 Samstag  
18.30 Die Wüste singt  
19.00 Altes Haus  
20.00 Tagesschau  
20.15 Tier-Report  
21.00 Format  
21.45 Landespokal  
Die Kultur im Gespräch  
22.15 Thema des Monats  
Zahlen für die Zukunft?  
Volkskinder

18.00 Samstag  
18.30 Die Wüste singt  
19.00 Altes Haus  
20.00 Tagesschau  
20.15 Tier-Report  
21.00 Format  
21.45 Landespokal  
Die Kultur im Gespräch  
22.15 Thema des Monats  
Zahlen für die Zukunft?  
Volkskinder

18.00 Samstag  
18.30 Die Wüste singt  
19.00 Altes Haus  
20.00 Tagesschau  
20.15 Tier-Report  
21.00 Format  
21.45 Landespokal  
Die Kultur im Gespräch  
22.15 Thema des Monats  
Zahlen für die Zukunft?  
Volkskinder

18.00 Samstag  
18.30 Die Wüste singt  
19.00 Altes Haus  
20.00 Tagesschau  
20.15 Tier-Report  
21.00 Format  
21.45 Landespokal  
Die Kultur im Gespräch  
22.15 Thema des Monats  
Zahlen für die Zukunft?  
Volkskinder

18.00 Samstag  
18.30 Die Wüste singt  
19.00 Altes Haus  
20.00 Tagesschau  
20.15 Tier-Report  
21.00 Format  
21.45 Landespokal  
Die Kultur im Gespräch  
22.15 Thema des Monats  
Zahlen für die Zukunft?  
Volkskinder

18.00 Samstag  
18.30 Die Wüste singt  
19.00 Altes Haus  
20.00 Tagesschau  
20.15 Tier-Report  
21.00 Format  
21.45 Landespokal  
Die Kultur im Gespräch  
22.15 Thema des Monats  
Zahlen für die Zukunft?  
Volkskinder

18.00 Samstag  
18.30 Die Wüste singt  
19.00 Altes Haus  
20.00 Tagesschau  
20.15 Tier-Report  
21.00 Format  
21.45 Landespokal  
Die Kultur im Gespräch  
22.15 Thema des Monats  
Zahlen für die Zukunft?  
Volkskinder

18.00 Samstag  
18.30 Die Wüste singt  
19.00 Altes Haus  
20.00 Tagesschau  
20.15 Tier-Report  
21.00 Format  
21.45 Landespokal  
Die Kultur im Gespräch  
22.15 Thema des Monats  
Zahlen für die Zukunft?  
Volkskinder

18.00 Samstag  
18.30 Die Wüste singt  
19.00 Altes Haus  
20.00 Tagesschau  
20.15 Tier-Report  
21.00 Format  
21.45 Landespokal  
Die Kultur im Gespräch  
22.15 Thema des Monats  
Zahlen für die Zukunft?  
Volkskinder

18.00 Samstag  
18.30 Die Wüste singt  
19.00 Altes Haus  
20.00 Tagesschau  
20.15 Tier-Report  
21.00 Format  
21.45 Landespokal  
Die Kultur im Gespräch  
22.15 Thema des Monats  
Zahlen für die Zukunft?  
Volkskinder

18.00 Samstag  
18.30 Die Wüste singt  
19.00 Altes Haus  
20.00 Tagesschau  
20.15 Tier-Report  
21.00 Format  
21.45 Landespokal  
Die Kultur im Gespräch  
22.15 Thema des Monats  
Zahlen für die Zukunft?  
Volkskinder

## LEICHTATHLETIK / Kubas erfolgreichster Läufer denkt an seinen Rücktritt

## Alberto Juantorena: „Ich werde ein alter Mann“

dpa/sid, Havanna  
Alberto Juantorena, Kubas Doppel-Olympiasieger von 1976, will seine Karriere 1984 in Los Angeles beenden. Der 33-jährige erklärte in Havanna: „Meine letzten großen Ziele sind die Weltmeisterschaft in diesem Jahr in Helsinki und Olympia. Dort will ich 800 m laufen. Anschließend ist es Zeit, zurückzutreten. Ich werde ein alter Mann.“  
Der erfolgreichste Leichtathlet Kubas gewann 1976 in Montreal die Goldmedaillen über 400 m und 800 m. Kürzlich siegte Juantorena bei einem Sportfest in San Juan auf Puerto Rico zweimal über 800 Meter in 1:46,33 und 1:47,48 Minuten. Er fühlt sich wieder in Form:

„Mit den Beinen habe ich keine Schwierigkeiten mehr. Die Folgen meiner Operation habe ich überwunden.“  
Schon im Vorjahr hatte sich der Weltcup-Sieger von 1977 auf die 800-m-Distanz spezialisiert. Er erreichte 1:45,15 Minuten, feierte in zehn Rennen neun Siege und wurde vom amerikanischen Fachorgan „Track & Field News“ hinter Englands Weltrekordler Sebastian Coe auf Platz zwei der Rangliste 1982 gesetzt. 1984 hofft er, über 800 Meter 1:44 Minuten laufen und damit in den Kampf um die Olympia-Medaillen eingreifen zu können.

Coleen Sommer, die im Vorjahr

als erste Frau der Welt in der Halle zwei Meter hochsprang, befindet sich zum Auftakt der Freiluft-Saison bereits in ausgezeichnetem Form. Bei einem Studenten-Sportfest in San Francisco meisterte die 23-jährige Amerikanerin 1,96 m. Die gleiche Höhe hatte sie bereits am 5. März in San Diego übersprungen. Für eine weitere gute Leistung sorgte die frühere Speerwurf-Weltrekordlerin Tina Lillak aus Finnland mit 66,44 Meter.

Mit einem Start-Ziel-Sieg des deutschen Meisters über 25 Kilometer, Michael Spöttel (LGK Verdien), endete der 37. internationale Osterlauf von Paderborn. Spöttel

gewann mit 80 Meter Vorsprung vor Christoph Harle (LAC Quelle-Fürth) und dem englischen Luftwaffenoldaten Mike Hurd (RAF Wilton). Spöttel blieb über die 25 Kilometer mit 1:14,50 Stunden um 32 Sekunden hinter dem Streckenrekord des Engländer Hugh Jones zurück und erreichte die insgesamt drittbeste Zeit in dem zum 37. Mal ausgetragenen Wettbewerb.

Das Rennen der Frauen gewann die Dänin Dorthe Rasmussen in der neuen Rekord- und Weltklassezeit von 1:25,28 Stunden. Die holländische Favoritin Maria Wolkie schied nach zehn Kilometern wegen einer Oberschenkelzerrung aus.



Miss Marple (Margaret Rutherford) tritt wieder in Aktion. Hier zur Seite steht: Stringer Dicks. (Der Wachblumenstrauch ZDF, 19.30 Uhr)  
FOTO: KINDERMANN



Dieses Stück pendelt zwischen  
grassem Realismus und einer an  
enet erinnernden Poesie der Ge-  
alt. Am Ende überzeugten doch  
eniger die barocken Exzesse der  
sprache, die politisches Bewußt-  
ein mit Keulenschlägen einzu-  
leuen versucht, sondern die Figur  
er Antiheldin, die sich trotz allem  
nen Rest ihrer menschlichen  
ürde bewahrt.

**SIEGFRIED HELM**

Hensel zugesprochen. Friedrich Dieckmann und Helmut H. Schulz sind die Träger des diesjährigen Heinrich-Mann-Preises der Akademie der Künste der DDR.

Richard Attenborough wurde für seinen Gandhi-Film mit der

Der tunesische Film „Traversons“ erhielt den großen Preis beim Straßburger 11. Festival des Films über die Menschenrechte.

Clara Nunes, brasilianische „Königin des Samba“, ist in Rio de Janeiro im Alter von 39 Jahren gestorben.

**Friedrich Dieckmann und Helmut H. Schulz** sind die Träger des Preises der Akademie der Künste der DDR.  
**Richard Attenborough** wurde für seinen Gandhi-Film mit dem

Der tunesische Film „Traversee“ erhielt den großen Preis beim Straßburger 11. Festival des Films über die Menschenrechte. Clara Nunes, Brasilien, „Königin des Samba“, ist in Rio de Janeiro im Alter von 39 Jahren gestorben.

Folgt man dem Vortrag „Der Platz Martin Luthers in der Geschichtsschreibung der DDR“ des an der Humboldt-Universität lehrenden Historikers Günter Vogt und seinen Ausführungen in der anschließenden Diskussion, so ist die Aufwertung Luthers jenseitig

gen. Nur selten aber wird dies in einer so kongenialen Atmosphäre wie im Bibliothekssaal des Juleums in Helmstedt sein, wo Giordano Brunos Bild herablickt. Er hatte 1589/90 dort gelehrt - zehn Jahre später wurde er in Rom verbrannt. **HENK OHNESORGE**



## Ein rollender Aprilscherz, an dem alles glaubhaft ist

Von FRITZ WIRTH

Wer eine Viertelmillion Mark für ein Auto ausgibt, wird irgendwo sehr schweigsam. Ein 250 000-Mark-Auto macht den Menschen so vornehm oder so verlegen, daß er öffentlich nicht mehr über sein Eigentum spricht. Denn, das wissen inzwischen selbst jene, die solchen Luxus bauen und verkaufen: es gibt kein Auto in der Welt, das 250 000 Mark wert ist. Für dieses Geld kauft man kein Auto, sondern eine Legende.

Für die noblen Herren von „Rolls-Royce“ schafft das Problem. Wie wirbt man für eine Legende? Mit einer nackten Dame auf dem Kühler? Mit Nachrichten aus dem Windkanal? Mit Notizen aus dem Leben eines Benzin-Spar-schweinchens?

Geht alles nicht. Und so wurden die Produzenten dieses Autos bald so schweigsam wie ihre Kunden. Wer fremden Leuten so viel Geld aus der Tasche holt, spricht nicht gern über sich selbst. Diese noble Art der schweigsamen Werbung ging so lange gut, wie das Ding sich von selbst verkaufte.

Nun aber, da Hunderte von „Rolls-Royce“ unverkauft in den Schaufenstern herumstehen, sind die schweigsamen Verkäufer von Rolls plötzlich sehr gesprächig geworden. Sie werben seit Monaten ganzseitig und sie werben, wie es sich gehört, nicht für ein Auto, sondern für eine Legende. Diese Anzeigen sind die größte Enthüllungsgeschichte im Dasein dieser Firma - sie entlarven alle Legenden um dieses Auto als reine Wahrheit.

Beispielsweise die Sache mit den Testpuppen. Fragte da ein amerikanischer Journalist, ob denn die neuen Modelle zu Testzwecken mit einer Plastikpuppe am Steuer gegen eine Mauer gefahren werden. Antwort von „Rolls-Royce“: „Wissen Sie, Sir, wir können ja schlecht ordinaire Plastikpuppen in einen Rolls-Royce setzen. Unser Problem ist, daß immer weniger Lords in ihren Testamenten ihre Körper für solche edlen Zwecke freigeben. Und so lassen wir es lieber.“ Die Antwort enthält die Werbe-Marschrichtung derer von Rolls: Du kaufst nicht nur eine Legende, Du wirst Mitglied im Club der letzten Exzentriker dieser Welt.

Dieser Trick, mit Legenden zu werben, war gut und eindrucksvoll bis zum letzten Wochenende. Da erschien in der „Times“ die jüngste Fortsetzung dieser „Rolls-Royce“-Legenden, und plötzlich entstanden Zweifel. Man weiß, daß das Auto rostfester ist und die Türen einbruchssicher. Was man nun je-

doch nicht mehr weiß: wie april-scherzhaft sind die Legenden um dieses Auto. Denn die Leute von Rolls nahmen in dieser Anzeige sich und ihre Legenden selbst auf die Rolle.

Und so ist es denn nun jedem selbst überlassen, zwischen Legende und Wahrheit zu unterscheiden. Da ist beispielsweise die Geschichte vom Viscount Arthur Rumpel-mere, einem bankrotten notorischen Spieler, der im Jahre 1923 wegen Trunkenheit vor Gericht erschien. Als Wohnort gab er einen Rolls-Royce „Silver Ghost“ an, den er am Themse-Ufer geparkt hatte. Nachdem er seine zehn Tage Haft abgesessen hatte, kehrte der Viscount in seine „Residenz“ an der Themse zurück und lebte darin bis zu seinem Tode im Jahre 1952.

Wahrheit oder Legende? Wer mag da noch fragen. Ebenso fraglos akzeptiert man die Nachricht, daß bis zum Jahre 1933 kein „Rolls-Royce“ mit Rückwärtsgang gebaut wurde. Firmenchef Sir Henry Royce betrachtete diese Art der Fortbewegung als eines „Rolls-Royce“ unwürdig.

In jenen Katastrophenfällen, in denen ein „Rolls-Royce“ Motor vorübergehend den Gehorsam verweigert und einen Blick unter die Motorhaube nötig macht, erklingt

neuerdings beim Öffnen der Haube automatisch die Melodie „Land of Hope and Glory“, gespielt vom Londoner Sinfonieorchester, und hält den Glauben ans Britische hoch.

Unwahrscheinlicher dagegen erscheint die von den Rolls-Leuten verbreitete Legende, daß die Firma als Belastungsprobe für ihre Autositz-einen 200 Pfund schweren künstlichen Test-Hintern namens „Squirming Irma“ benutzt. Das Maskottchen der Firma, die „Flying Lady“ wird nach einer Legende mit dem Puder von geriebenen Kirschkernen poliert und nach einer anderen Legende für 21 Tage in feuchte Tabakblätter gehüllt.

In der Provinz M'anga in Unter-volta wurde ein „Rolls-Royce“ so behauptet die Firma, jahrelang als heilig verehrt. Es lag nach Recherchen von „Rolls-Royce“ daran, daß der dortige Missionar Sir Archibald Cameron wegen Sprach-schwierigkeiten den Einheimischen nicht den genauen Unterschied zwischen einem „Silver Ghost“ und einem „Holy Ghost“ klar zu machen vermochte.

Da der Rolls eben nicht nur ein Auto, sondern eine Lebensform ist, sind Sonderwünsche zur Legende geworden. So produzierte die Firma Wagen mit eingebautem Klavier, mit fließendem warmem und

kalttem Wasser, mit einem Bett, eingebauter Hobelbank; ein Modell wurde gar in einen atomsticheren Luftschutzbunker verwandelt.

Wer Legenden baut, lebt hart am Rande des Unglaubhaften. Bevor aus einer kleinen Lüge eine neue große Legende wird, sei deshalb die Wahrheit enthüllt: der Viscount am Themse-Ufer ist von „Rolls-Royce“ am 1. April dieses Jahres erfunden worden, ebenso der Test-Hintern, ebenso der Rückwärtsgang und die Tröstmelodie vom „Land of Hope and Glory“ unter der Kühlerhaube. Es fehlen ferner Beweise vom heiliggesprochenen „Silver Ghost“ in „Untervolta“ und vom atomsticheren Rolls mit Hobelbank.

Der Rest jedoch ist reine Wahrheit: es gibt einen Test-Hintern in der „Rolls-Royce“-Fabrik, die „Lady of Ecstasy“ wird mit dem Puder geriebener Kirschkerne poliert, wenn auch nicht in Tabakblätter gehüllt, und es gibt Wagen mit Klavier, fließendem kaltem und warmem Wasser und eingebautem Bett.

Das ist halt das Legende an den „Rolls-Royce“-Legenden: an diesem Wagen hält man nichts mehr für unmöglich. Ein fahrender Aprilscherz, an dem alles glaubhaft ist.

## Chaos in vom Erdbeben zerstörter Stadt Popayan

dpa, Popayan

Der kolumbianische Präsident Belisario Betancur hat gestern sein Kabinett zu einer Sonder-sitzung einberufen, um Berichte über Plünderungen und Chaos bei der Verteilung von Hilfsgütern in der vom Erdbeben weitgehend zerstörten Stadt Popayan zu prüfen. Das schwere Beben vom Gründonnerstag hat nach Angaben der Behörden mehr als 250 Menschenleben gefordert. 235 Leichen sind unter den Trümmern der eingestürzten Häuser und Kirchen gefunden worden. 16 weitere Opfer wurden in umliegenden kleineren Ortschaften geborgen. Etwa 30 Personen werden noch vermisst. Erste Schätzungen von rund 500 Toten scheinen sich nicht zu bestätigen.

Unter den 100 000 Obdachlosen, die am Rande der zu 60 Prozent zerstörten Stadt kampieren, ist zunehmender Unmut über die zu langsam anlaufenden Hilfsmaßnahmen der Regierung laut geworden. Die meisten

der Menschen, die während des nur 16 Sekunden dauernden Erdbebens ihre Häuser verloren haben, mußten bereits drei Nächte bei bis zu sieben Grad Kälte im Freien verbringen.

Trotz einer bereits am Karfreitag eingerichteten Hubschrauber-Luftbrücke zwischen der Hauptstadt La Paz und Popayan fehlt es nach wie vor an Zeiten und Lebensmitteln. Mehrere Geschäfte sind von Obdachlosen auf der Suche nach Lebensmitteln geplündert worden.

Die Regierung kündigt sich mehr um die Bewachung der Kunstwerke durch Militärposten als um die Versorgung der Menschen, erklärte ein Familienvater einem kolumbianischen Rundfunkreporter. Nach Angaben von mehreren Obdachlosen sollen die 1100 von den USA gespendeten Militärzeile nicht kostenlos verteilt, sondern für umgerechnet 30 Mark verkauft werden.

Unterdessen treffen zunehmend Hilfsgüter aus

dem Ausland auf den Flughafen von Bogotá und der rund 150 Kilometer von Popayan entfernten Stadt Cali ein. Ausländische Beobachter haben jedoch den Eindruck gewonnen, daß es an einer Koordination der Hilfsmaßnahmen mangelt.

Über 70 Prozent des historischen Stadtkerns von Popayan, das als eine der ältesten und schönsten Städte Lateinamerikas aus der spanischen Kolonialzeit gilt, sind bei dem Erdbeben zerstört worden. Unter anderem stürzten Teile der Kathedrale ein, in der zur Zeit des Bebens Gründonnerstag um 8.15 Uhr Ortszeit eine Messe gelesen wurde. Zahlreiche Gläubige wurden unter den Trümmern begraben.

Der mittelamerikanische Staat Costa Rica wurde in der Nacht zum Ostersonntag von einem heftigen Erdstoß erschüttert. Menschen kamen jedoch nicht zu Schaden. Auf Sumatra sind gestern bei einem Erdstöß mindestens 100 Menschen verletzt worden.



Unter den Trümmern der Kathedrale starben mehr als 20 Gläubige. FOTO: UPI

## „Vampir“ von Amiens bevorzugt blonde Frauen

Polizei: Geisteskranker oder verschämter Liebhaber

SAD, Amiens Angst und Schrecken verbreitet ein Unbekannter mit einem Dolch in Nordfrankreich. In Amiens griff „Vampir“, wie er von der Polizei bezeichnet wird, in einer Woche drei junge Frauen nachts auf den Straßen der 120 000 Einwohner zählenden Industriestadt an und verletzte sie mit Dolchstichen.

Der Vampir, nach Aussagen der Opfer ein Mann zwischen 20 und 25 Jahren in Bluejeans, vergriff sich stets an dem gleichen Typ von Frauen. Sie sind klein und rundlich, haben lange blonde Haare und tragen Hosen. Bisher stach der Unhold stets zwischen 21.00 und 22.00 Uhr zu.

Sein erstes Opfer überfiel er am 23. März. Monica, 19 Jahre alt, befand sich mitten in der Stadt nahe des Sportstadions Coubertin auf dem Heimweg. Plötzlich hörte sie Schritte hinter sich. Sie drehte sich um und sah die Klinge eines Dolches, den ihr der Angreifer in die Brust stach. Wie durch ein Wunder zerbrach die Klinge am Amulett, das das junge Mädchen um den Hals trug. Daraufhin versuchte der Angreifer sein Opfer zu erwürgen. Er ließ erst von ihm ab, als es um Hilfe schrie.

Zwei Tage später, am selben Ort und zur gleichen Stunde, hatte es der „Täter“ auf die 19jährige Genevieve abgesehen, die gerade vom

Judo-Training kam. Wieder schlich sich der Angreifer von hinten an. Genevieve hörte ihn und warf ihm mit einem Judo-Griff zu Boden. Doch er richtete sich wieder auf und fiel erneut über die Judo-Kämpferin her. Trotz mehrerer Dolchstiche im Brustkorb, die sie jedoch nur oberflächlich verletzten, konnten die Frau den Angreifer in die Flucht schlagen.

Beim dritten Angriff versetzte der unheimliche Mann der 20 Jahre alten Carole einen Dolchstoß durch die Brust in die Lungen. Das geschah in der Nähe des Nordbahnhofs am vergangenen Dienstag, ebenfalls zwischen 21.00 und 22.00 Uhr. Die Verletzte rettete sich durch laute Hilferufe.

In keinem der drei Fälle versuchte der Angreifer, seine Opfer zu berauben. Die Polizei vermutet, daß es sich um einen Geisteskranken handelt oder um einen verschämten Liebhaber. Da er sich stets an dem gleichen Typ von Frauen vergriff, ist anzunehmen, daß er sich an ihnen rächen will, weil sie seiner Freundin ähneln.

1972 versetzte ein Unbekannter schon einmal die Frauen von Amiens in Panik. Mit einem Küchenmesser überfiel er im Morgengrauen sieben Frauen auf ihrem Weg zur Arbeit. Er wurde schließlich gefaßt und kam in eine Irrenanstalt.

## 19 Menschen starben Ostern auf den Straßen

dpa, Düsseldorf

Obwohl die österliche Reiseweile in diesem Jahr ebenso wie vor Jahresfrist bei wenig frühlinghaftem Wetter rollte und sich an den neuralgischen Punkten der Autobahn Ruhrtangente und dem Kölner Ring oft staut, gab es in der Unfall-Bilanz für Nordrhein-Westfalen deutliche Unterschiede: Weniger Unfälle mit Personenschaden, weniger Verletzte, doch mehr Tote. Die Zahl der Unfälle von Gründonnerstag bis einschließlich Ostersonntag war mit 730 gegenüber 784 im Vorjahr deutlich geringer, auch wurden mit 974 wesentlich weniger Menschen verletzt als 1982 mit 1087, doch stieg die Zahl der Todesopfer von 14 auf 19 an. Allerdings geschah die ganz überwiegende Zahl der tödlichen Unfälle nicht auf den Autobahnen. Auf diesen Schnellstraßen starb im diesjährigen Ostertageverkehr ein Mensch, im Vorjahr waren es noch vier, die ihr Leben ließen. Auch sonst erwies sich die überlasteten Autobahnen wieder als die sichersten Strecken im Straßen-netz: 46 Unfälle mit 78 Verletzten registrierte die Polizei an den vier Tagen 1982 waren es 59 mit 92 Verletzten.

Acht Zentner Gold gestohlen

dpa, New York

Unbekannte haben über die Osterfeiertage aus einer Juwelier-Großhandlung im New Yorker Stadtteil Manhattan goldene Ketten in einem Gesamtgewicht von 410 Kilogramm gestohlen. Der Wert der Beute beträgt rund 14,5 Millionen Mark.

Kommt „Shergar“ frei?

dpa, Dublin

Das gestohlene Zuchtferd „Shergar“ wird möglicherweise heute zurückgegeben. Über Ostern meldete sich ein Mann beim nationalen irischen Rundfunksender in Dublin und erklärte, es seien mehr als 3,5 Millionen Mark für die Herausgabe des Pferdes gezahlt worden. Die Polizei hält diese Ankündigung für einen verspäteten Aprilscherz.

Evakuierung beendet

rtt, Denver

Etwa 6000 Einwohner eines Vororts von Denver im US-Bundesstaat Colorado sind Sonntagabend in ihre Wohnungen zurückgekehrt, nachdem sie wegen Bildung einer Giftwolke evakuiert worden waren.

Flugzeugabsturz in China

dpa, Kanton

In der Nähe der chinesischen Stadt Kanton ist gestern vier Minuten nach dem Start ein Flugzeug abgestürzt. Wie die Nachrichtenagentur Xinhua meldete, kamen dabei drei Besatzungsmitglieder und fünf Passagiere ums Leben. Das Flugzeug war von der französischen Ölgesellschaft Total gemietet worden.

Tod nach Überdosis

AP, Mindelheim

Zwei junge Männer im Alter von 21 und 22 Jahren sind Ostern in ihrer gemeinsamen Wohnung in Mindelheim (Schwaben) an einer Überdosis Rauschgift gestorben. Die Hausbesitzerin fand die beiden Toten. Suche auf Mindanao

AFP, Manila

Nach einer schweren Trockenheit sind auf der südphilippinischen Insel Mindanao Seuchen ausgebrochen, denen bisher mindestens 80 Menschen zum Opfer fielen. Die meisten Opfer sind Kinder, die an Malaria, Ruhr und Malaria erkrankt waren.

Familientragödie zu Ostern

dpa, Krefeld

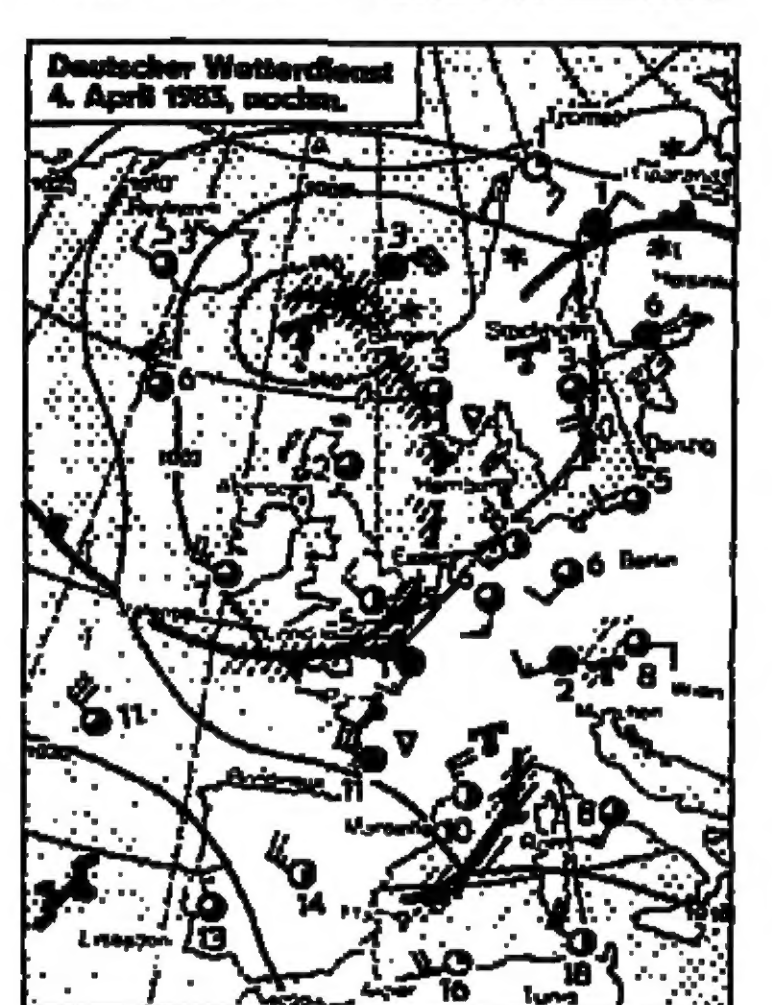
Eine Familientragödie auf einem großen Hof im niederrheinischen Kempen hat Ostersonntag fünf Todesopfer gefordert. Der Hofbesitzer erschoss mit einem Jagdgewehr seine Frau, seine Tochter und seine beiden Söhne. Dann richtete er die Waffe gegen sich selbst. Vorher aber hatte er noch die Feuerwehr alarmiert. Sie fand im Keller des neuen Bungalows, der neben dem alten Herrenhaus errichtet worden war, die fünf Leichen. Über ein Tatmotiv ist nichts bekannt.

ZU GUTER LETZT

Später lud die verstorbene Fürstin den Star und seine Familie für in den Grimaldipalast ein. Aus „Bild am Sonntag“

## WETTER: Unbeständig und kühl

Wetterlage: Im Bereich eines umfangreichen West- und Mitteleuropas überdeckendes Tiefdruckgebietes bleibt die eingeflossene frische Meeresluft weiterhin wetterbestimmend.



Deutscher Wetterdienst 4. April 1983, morgen.

### Vorhersage für Dienstag

Bundesgebiet und Raum Berlin: Meist starke Bewölkung und zeitweilige Niederschlag, der auch in den Niederungen mit Schnee durchsetzt fallen wird. In Höhenlagen oberhalb 300 Meter Schneefälle, mit Gefahr von Straßenglätte. Tageshöchsttemperaturen im Flachland 4 bis 7 Grad Celsius, im Bergland um den Gefrierpunkt.

Weitere Ansichten für Mittwoch: Unbeständig mit weiteren Niederschlägen.

### Temperaturen am Montag, 13. Uhr:

Berlin	6°	Kairo	21°
Bonn	7°	Kopenhagen	5°
Dresden	7°	Las Palmas	18°
Essen	8°	London	5°
Frankfurt	6°	Madrid	14°
Hamburg	6°	Mailand	11°
Lissabon	9°	Mailand	10°
München	2°	Moskau	17°
Stuttgart	4°	Nizza	12°
Algier	16°	Oslo	0°
Amsterdam	5°	Paris	1°
Athen	19°	Prag	6°
Barcelona	12°	Rom	8°
Brüssel	4°	Stockholm	3°
Budapest	12°	Tel Aviv	18°
Bukarest	13°	Tunis	18°
Helsinki	6°	Wien	8°
Istanbul	16°	Zürich	3°

Sonnenaufgang: am Mittwoch: 6.48 Uhr, Untergang: 20.02 Uhr, Mondaufgang: 4.23 Uhr, Untergang: 12.17 Uhr. \* in MEZ, zentraler Ort Kassel

## Immer noch werden Gefallene identifiziert

dpa, Paderborn

Auch 38 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs werden bei Umbettungen alljährlich noch an die 1000 als „unbekannt“ registrierte Gefallene identifiziert; insgesamt waren es seit 1953 rund 137 000 deutsche Soldaten, deren Identität die Spezialisten des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge feststellten. Diese Zahlen nannte jetzt in Paderborn Wolfgang Hamer-lack, der Leiter der Abteilung Gräber-nachweis dieses Bundes. Häufig sind Skelettbilder wichtige Hilfsmittel. Sie geben über früher erlittene Verletzungen oder Anomalien Aufschluß. Mehr als fünf Millionen Namen und Grabplätze umfaßt die zentrale Kartei des Volksbundes in Kassel.

Künftig wird die Suchdienstkartei des Roten Kreuzes mit den Daten von 50 000 deutschen Soldaten, die in westlichen Ländern verschollen sind, mit jener der dort als unbekannt bestatteten 45 000 Deutschen verglichen. Wenig Hoffnung gibt es allerdings für die Angehörigen der Soldaten, die in der Sowjetunion vermisst werden. Der Volksbund betreut 1,4 Millionen Kriegsgräber in 18 Ländern in Europa, Afrika und Nordamerika.

## Professor mit Doppelleben verblüfft Amerikas Polizei

Der Wissenschaftler hatte 34 Namen und 70 Kreditkarten

SAD, Harrisburg Die Ermittlungen gegen Paul Crafton, Amerikas höchst ungewöhnlichen Uni-Professor mit Mehrfach-Doppelleben, brachten auch in der vergangenen Woche erstaunliche Details ans Licht. Der 59jährige, der insgesamt 34 Namen benutzte und noch jüngst unter fünf von ihnen an ebensoviele Hochschulen gleichzeitig unterrichtete, war auch ein erfolgreicher Erfinder - nicht nur immer neuer Namen und Lebensgeschichten. Wie sich herausstellte, erwarb derselbe Mann, der 70 Kreditkarten auf verschiedene Namen besaß, vor sieben Jahren ein Patent für ein neuartiges Kreditkarten-Überprüfungsgerät.

Unter seinem wirklichen Namen, unter dem er seit 1956 an einer Universität in Washington Verwaltungstechnik lehrte, meldete Crafton in den 70er Jahren beim US-Patentamt insgesamt sieben Erfindungen zum Patent an, alles Geräte und Techniken zur Vereinfachung und Kontrollierung moderner Verwaltungsvorgänge.

Die mit dem Fall beauftragten Beamten staunten nicht schlecht, als sie feststellten, daß ausgerechnet „ih“ Mann 1976 eine Methode

zur Echtheitsprüfung von Kreditkarten zum Patent angemeldet hatte. Für das entsprechende elektronische Gerät entwickelte er ein völlig neues Codesystem, das nach der Patentbeschreibung Betrugereien unmöglich macht.

Crafton war vor zwei Wochen verhaftet worden und hatte zunächst als gewöhnlicher Hochschullehrer getarnt, der unter falschen Namen und Titeln an mehreren Hochschulen gleichzeitig unter anderem Mathematik und Volkswirtschaft gelehrt hatte. Später stellte sich heraus, daß er unter seinem wirklichen Namen seit 1956 ordentlicher Professor in Washington war und daß er die schwierigkeiten in dem Freikartell hat Jaman jetzt

Vorsorge getroffen, noch entspannter und ausgerollter als zuvor in die hektischen Konferenzen zu gehen. Dafür ließ sich der bährige Minister in seiner Privat-Boeing vom Typ 747 ein Wasserbett installieren. Die Ausstattung seines Jumbo-Schlafzimmers mit einem Wasserbett erfolgte im Rahmen einer aufwendigen Umgestaltung seiner Räume in der Maschine, in der ein neuer Teppich verlegt werden mußte.

## LEUTE HEUTE

### Sportunfall

Der schleswig-holsteinische Landwirtschaftsminister und derzeitige Vorsitzende der Umweltministerkonferenz der Bundesrepublik Günter Plessner, hat bei einem Sportunfall während eines Osterurlaubes in Westerland auf Sylt eine schwere Verletzung am rechten Auge erlitten. Beim Training mit einem Expander rutschte ihm das Gerät vom Fuß ab und sprang ihm ins Auge. Der Minister wurde inzwischen in der Kieler Universitätsklinik operiert.

### Jumbo mit Wasserbett

Saudi-Arabien Ölmyster Scheich Jaman gilt bei den Opec-Konferenzen als der Mann des Ausgleichs und der Balance. Angesichts zunehmender Schwierigkeiten in dem Freikartell hat Jaman jetzt Vorsorge getroffen, noch entspannter und ausgerollter als zuvor in die hektischen Konferenzen zu gehen. Dafür ließ sich der bährige Minister in seiner Privat-Boeing vom Typ 747 ein Wasserbett installieren. Die Ausstattung seines Jumbo-Schlafzimmers mit einem Wasserbett erfolgte im Rahmen einer aufwendigen Umgestaltung seiner Räume in der Maschine, in der ein neuer Teppich verlegt werden mußte.

## Schutz des Wettbewerbs in falschen Händen.

Das Unwesen sogenannter „Gebührenvereine“ greift um sich. Diese Vereine nutzen die gesetzlichen Möglichkeiten, um gegen tatsächliche oder vermeintliche Wettbewerbsverstöße mit Abmahnungen vorzugehen und ganz nebenbei einen kräftigen finanziellen Schnitt zu machen. Ihnen kommt es weniger auf den Schutz des Wettbewerbs an als auf das Kassieren der Pauschalgebühren für Abmahnungen.

Jeder am Wirtschaftsleben Beteiligte kennt sie. Viele resignieren. Immer stärker wird aber auch die Abwehrfront.

Was ist gegen Gebührenvereine zu tun?

Prüfen Sie jede Abmahnung, bevor Sie eine Unterlassungserklärung abgeben und eine Kostenpauschale zahlen.

- Prüfen Sie sorgsam, wer hinter einer Abmahnung steht und ob der Verein überhaupt abmahnen und klagebefugt ist.
- Fragen Sie Ihre Industrie- und Handelskammer, Ihren Berufsverband, oder ziehen Sie einen Anwalt zu Rate.

Der Zentralausschuß der Werbewirtschaft e. V. (ZAW) hat Ratschläge für das Verhalten bei Abmahnungen zusammengestellt. Fünf Spitzenverbände der Wirtschaft haben darüber hinaus „Grundsätze für die Tätigkeit von Wettbewerbsvereinigungen“ aufgestellt. Diese Unterlagen können Sie kostenlos beim ZAW anfordern.

Helfen Sie, einen fairen Wettbewerb zu verteidigen. Dazu gehört auch: Den Gebührenvereinen muß das Handwerk gelegt werden.

An ZAW  
Abt. Kommunikation  
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2  
Bitte senden Sie mir die Informationen  
über Abmahnungen an folgende Anschrift

Name: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

**ZAW**

Zentralausschuß der Werbewirtschaft e. V.  
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2